

DAS BRENNENDSTE PROBLEM

157 Länder entsandten ihre Vertreter zur 2. UNO-Abrüstungssondertagung, die dem brennendsten Problem der Gegenwart — der Abrüstung — über den toten Punkt hinaushelfen muß.

Die UdSSR erklärte mit aller Bestimmtheit, daß sie maximal zum Erfolg der Tagung beitragen werde. Das Wettrüsten bedroht den Weltfrieden und muß deshalb in geduldiger, beharrlicher gemeinsamer Arbeit gebremst und eingestellt werden. „Welchen Sinn sollte es haben, immer neue Möglichkeiten der gegenseitigen Vernichtung zu erlangen?“ sagte Leonid Breshnew. „Es ist Zeit, einzuhalten. Es geht um etwas Größeres als das Gefühl für Maß. Es geht letztendlich um die Zukunft der Menschheit.“ Das ist die konsequente Position der UdSSR.

Die US-Regierung dagegen demonstrierte schon vor Eröffnung der Sondertagung ihre Einstellung zum Abrüstungsproblem und zur Meinung der Weltöffentlichkeit: Sie benutzte den Umstand, daß sich das UNO-Hauptquartier in New York befindet, um den Vertretern vieler internationaler und nationaler Massenorganisationen, namhaften Friedenskämpfern und Journalisten, die zur Tagung bzw. zur Teilnahme an Maßnahmen zu deren Unterstützung eingeladen waren, die Einreise zu verweigern.

Damit zeigten die USA, was ihre „friedliebenden“ Beteuerungen wert sind: Deren einziges Ziel ist es, den entbrannten Antikriegskampf auf unserem Planeten einzuschlafen. Zielen die jüngsten US-Vorschläge zu den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung nicht ebenfalls darauf ab? In Worte ist Washington für eine Reduzierung der Rüstungen, aber in der Tat?

Betrachten wir einmal das „neue Herangehen“ der US-Regierung an die Begrenzung der strategischen Rüstungen und die US-Position, wie sie in der Rede des Präsidenten vom 9. Mai formuliert wurde. Vor allem liegt der Akzent darin auf der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ländern und auf der „Umrüstung Amerikas“ zwecks Erlangung der militärischen Überlegenheit über die UdSSR. Nach langen

Verzögerungen willigte der US-Präsident in den sowjetischen Vorschlag ein, die Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen wieder aufzunehmen, was an sich ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wie sieht jedoch die US-Plattform für solche Verhandlungen aus? Unter allen strategischen Mitteln heben die USA nur ballistische Raketen hervor, ganz besonders die landgestützten interkontinentalen ballistischen Raketen (ICBM). Warum?

Obwohl die strategischen Potentiale unserer beiden Länder einander die Waage halten, ist ihre Struktur in der UdSSR und den USA verschieden. In der UdSSR entfallen rd. 70% der Gefechtsköpfe auf die landgestützten ICBM, bei den USA rd. 20%. Dafür tragen die ballistischen Raketen der amerikanischen U-Boote und schweren Bomber über 80% der Gefechtsköpfe, d. h. ein Mehrfaches der entsprechenden Komponente der sowjetischen strategischen Streitkräfte. Nach Annahme des Vorschlags des US-Präsidenten müßte die UdSSR über die Hälfte ihrer ICBM reduzieren, die USA dagegen würden davon faktisch nicht betroffen sein. Wäre der US-Plan realisiert, so würde das sowjetische strategische Kernwaffenpotential (der Zahl der Gefechtsköpfe nach) nur noch ein Drittel des amerikanischen ausmachen. Außerdem planen die USA die Stationierung von zusätzlichen Tausenden see- und landgestützter Flügelraketen. Die UdSSR muß auch die Pläne Washingtons in Betracht ziehen, Westeuropa mit neuen Mittelstreckenraketen „nachzurüsten“. Klar zeigt sich die frappante Einseitigkeit in der Haltung der USA, ihr Wunsch, die gegenwärtige an nähernde Balance in den strategischen Waffen zu stören und das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit, das sich in den vielen Jahren der Verhandlungen vollkommen bewährt hat und im Interesse sowohl der UdSSR als auch der USA liegt, auszutilgen.

Not tun nicht taktische Züge und erneute „Null-Lösungen“, bei denen die Null nur der UdSSR vorbehalten bliebe, sondern ernstgemeinte Verhandlungen und Entscheidungen auf weite Sicht. Not tun unaufschiebbare Maßnahmen, die das Niveau der militärischen Konfrontation wesentlich senken, und ehrliche, gerechte Vereinbarungen, die die Interessen keiner Seite schmälern. Das bezieht sich sowohl auf die schon vor sich gehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenraketen als auch auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Waffen. Das bezieht sich auch auf die 2. UNO-Abrüstungssondertagung. Die UdSSR will die Hortung und Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel stoppen. Ihre Vorschläge haben den Zweck, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges von den Menschen abzuwenden und den Frieden auf Erden zu erhalten.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 24 JUNI 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktsionskollegium: S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Das brennendste Problem	1
D. Nikitin — Die Macht der Sowjets	5
B. Koslow — UdSSR—CSSR. Im gleichen Sinne	7
W. Dolgow — Forum in Havanna	7
A. Stepanow — Tel Avivs Aggression und Washingtons Heuchelei	8
F. Gorjunow — D'accord in Differenzen	9
D. Wolski — NATO und dritte Welt	10
K. Karagesian — Im Paff	11
I. Titow — Großbritannien. In der Sackgasse	12
Die „Bereitschaft“ der USA zur Begrenzung der Kernwaffen	13
Notizen ♦ Glossen	16
A. Pin — Bulgarien. Denkmal für Dimitroff	18
O. Michailow — Vernebelte chemische Bedrohung	21
S. Kusmin — Wieder Herren und Knechte!	23
A. Medwedenco — Argentinien. „Weder Amerikaner noch Engländer!“	25
J. Tawrowski — Japan—China. Zehn Jahre Illusionen	26
S. Kapiza — Wissenschaftler und Frieden	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32

Am 18. Juni jährt sich der Geburtstag Georgi Dimitroffs (1882—1949), des bulgarischen Revolutionärs und Internationalisten, eines hervorragenden Vertreters der kommunistischen Weltbewegung, zum 100. Male.

Heldenhaft kämpfte er gegen den deutschen Faschismus. Georgi Dimitroff war einer der Begründer der VR Bulgarien und leitete die radikalen sozialistischen Umgestaltungen im Lande.

Titelbild: Aus dem Leben Georgi Dimitroffs: Das ZK der BKP faßt den Beschuß über den bewaffneten Aufstand 1923; Im Leipziger Reichsgericht 1933; Unter Sofioter Jungen Pionieren 1948.



Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plotschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plotschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 1. bis zum 4. Juni weilte in der UdSSR eine Partei- und Regierungsdelegation der CSSR unter dem Generalsekretär des ZK der KPTsch Gustáv Husák, Präsident der CSSR, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch. Es fanden Zusammenkünfte und Verhandlungen mit einer Partei- und Regierungsdelegation der UdSSR unter Leonid Breschnew statt. Während des Besuchs überreichte Gustáv Husák Konstantin Tscherenkenko den Klement-Gottwald-Orden, die höchste staatliche Auszeichnung der CSSR (S. 7).

Am 8. Juni trat die RGW-Tagung in Budapest zu ihrer 36. Sitzung zusammen. Daran nahm eine sowjetische Delegation unter Nikolai Tichonow teil.

Am 7. Juni begann in New York die 2. UNO-Abrüstungssondertagung. Der sowjetische Chefdelegierte Andrej Gromyko betonte in einer Erklärung nach Ankunft in New York, daß die Tagung die große und verantwortliche Aufgabe hat, in kollektiven Anstrengungen aller UNO-Staaten einen Schritt vorwärts bei der Zügelung des Wettrüstens zu tun, das die Kriegsgefahr verstärkt und der sozialökonomischen Entwicklung und der Sicherung des Wohlstands der Völker enorme Mittel entzieht. Der UdSSR, die unermüdlich energischen Kampf für reale Maßnahmen zur Rüstungseinschränkung und Abrüstung in jedem Bereich kämpft, ist diese Aufgabe nah und verständlich. Wie Andrej Gromyko sagte, ist die sowjetische Delegation bereit, tatkräftig alle konstruktiven Initiativen auch anderer Staaten zu unterstützen, die die Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen gegen das Wettrüsten, für die Abrüstung und die Verhütung eines neuen Krieges einsehen.

Das Sowjetische Friedenskomitee erließ einen Aufruf an die Teilnehmer der 2. UNO-Abrüstungssondertagung: Da die Verhütung eines Kernwaffengebäudes und die Einstellung des Wettrüstens die akuteste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft sei, erwartet das Komitee von der Tagung konkrete Schritte in dieser Richtung. Ähnliche Appelle an die Tagung beschlossen die Parlamentsgruppe der UdSSR, der Sowjetischen Friedensfonds, der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften, das Sowjetische Komitee der Kriegsveteranen, der Zentralverband der Konsumgenossenschaften der UdSSR, der Wissenschaftliche Rat der UdSSR zur Erforschung der Friedens- und Abrüstungsprobleme sowie sowjetische Mediziner.

In den Tagen vor Eröffnung der 2. UNO-Abrüstungssondertagung fanden in verschiedenen Ländern Massenaktionen für Frieden, gegen das Wettrü-



Am 2. Juni fand im Kreml ein freundschaftliches Gespräch zwischen Leonid Brezhnev und Gustáv Husák statt. TASS-Bild: Vor Beginn des Gesprächs.

sten statt. Am Abend des 3. Juni traf das in Griechenland angezündete Olympische Feuer auf dem kanadischen Flughafen Mirabel ein. Am Morgen des 5. Juni starteten die kanadischen Teilnehmer der Friedensfackete in Mirabel und brachten die Friedensfackel nach Montreal, wonach sie Vertreter des US-Bundesstaates New York übergeben wurde und am 6. Juni die US-Grenze passierte. Von der zweiten Strecke der Stafette wird berichtet, daß im bulgarischen Grenzort Kulata am 3. Juni feierlich eine Delegation der griechischen Öffentlichkeit empfangen wurde, die die Schale mit dem Feuer aus dem alten Olympia mitbrachte. Die Friedensfackel wurde dann durch Bulgarien, Rumänien und Ungarn getragen. Das Ziel dieser Strecke ist Bonn. In Rom fand am 6. Juni eine Antikriegsdemonstration von 300 000 Friedenskämpfern aus ganz Italien statt. In Spanien begann am 6. Juni ein Antikriegsmarsch vieler Tausende auf Torrejon de Ardoz, bei dem ein US-Fliegerhorst liegt.

Am 3. Juni begann in Prag die XI. Generalversammlung des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Leonid Brezhnev richtete ein Grußschreiben an die Teilnehmer. Darin heißt es u. a.: „Die Geschichte zeigt uns, daß nicht die Jugend Kriege entfesselt, aber gerade sie trifft das schwere Los, Waffen in die Hand zu nehmen. Ebendeshalb schaltet sich die Jugend heute so aktiv, kühn und mutig in die breite Bewegung der Kriegsgegner zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe ein. Die Mädchen und Jungen der UdSSR setzen sich aktiv für diese heute wichtige

tigste, humanste und dringlichste Sache ein. Davon zeugen der vor kurzem abgeholtene XIX. Komsomol-Kongreß und seine Beschlüsse.“

Am 7. Juni veröffentlichte die Sowjetpresse den Beschuß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Ratifizierung der Konvention über das Verbot oder die Begrenzung des Einsatzes konkreter Arten konventioneller Waffen, die außergewöhnliche Zerstörungen anrichten oder nichtselektive Wirkung haben“. Die Konvention wurde im Namen der UdSSR am 10. April 1981 in New York unterzeichnet.

Am 4. Juni hatten Boris Ponomarjow und der Erste stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR Iwan Archipow ein Gespräch mit dem Mitglied des Revolutionären Kommandats Tarig Aziz, stellvertretender Ministerpräsident der Republik Irak, wobei einige Fragen der sowjetisch-irakischen Beziehungen erörtert wurden.

Im ZK der KPdSU hatten Boris Ponomarjow und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung im ZK der KPdSU Vitali Schaposchnikow ein Gespräch mit Hans I. Kleven, Vorsitzender der KP Norwegens.

Vom 2. bis zum 4. Juni weilte eine Partei- und Regierungsdelegation der

DDR unter dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Ungarn, wo sie mit einer Delegation der Ungarischen VR unter János Kádár, Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, verhandelte.

Am 4. Juni weilte eine Partei- und Regierungsdelegation der VR Polen unter dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP Wojciech Jaruzelski, Vorsitzender des Ministerrates der VR Polen, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Bukarest. An den rumänisch-polnischen Verhandlungen nahmen der Generalsekretär der Rumänischen KP Nicolae Ceaușescu, Präsident der SRR, und andere rumänische Spitzenpolitiker teil.

Vom 31. Mai bis zum 5. Juni befand sich Zhao Ziyang, Vorsitzender des Staatsrates der VR China, zu einem offiziellen Besuch in Japan, wo er mit dem japanischen Ministerpräsidenten Zenko Suzuki verhandelte (S. 26).

Vom 2. bis zum 5. Juni tagte in Havanna das Koordinierungsbüro der nicht-paktgebundenen Länder auf Außenministerebene. Es nahmen die Delegationen von über 90 Staaten und nationalen Befreiungsbewegungen teil (S. 7).

In Genf kam das 6. Treffen der internationalen Pugwash-Bewegung zum Abschluß. In einer Erklärung betonten die Teilnehmer die Notwendigkeit, die militärischen Doktrinen, die die Möglichkeit eines „begrenzten“ Nuklearkrieges zulassen, zu verwerfen.

Am 6. Juni überschritten die israelischen Streitkräfte die Staatsgrenze Libanons und drangen in sein Territorium ein. Der Invasion zu Lande gingen dreitägige massive Bombenangriffe auf libanesische Ortschaften und auf Lager der palästinensischen Flüchtlinge sowie der Beschuß unter Einsatz israelischer Kriegsschiffe, die sich der libanesischen Küste bei Saida und Tyre genähert hatten, voraus. Nach vorläufigen unvollständigen Angaben wurden unter der Zivilbevölkerung 220 Personen getötet und über 400 verwundet. Israel setzte sich über die Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates hinweg, das Feuer bis 6 Uhr Morgen des 6. Juni (Ortszeit) einzustellen. Auf einer abermaligen

außerordentlichen Sitzung billigte der Sicherheitsrat eine Resolution, in der von Israel entschieden gefordert wird, „unverzüglich und vorbehaltlos alle seine Streitkräfte zu der international anerkannten Grenze Libanons zurückzuziehen“. In einer TASS-Erklärung vom 8. Juni heißt es, daß die UdSSR die Aggression Israels gegen das libanesische und das palästinensische Volk entschieden verurteilt und eine sofortige Einstellung der bewaffneten Invasion verlangt (S. 8).



In Tokio verließen die weiblichen Angestellten einer hauptstädtischen Versicherungsanstalt ihre Arbeitsplätze und belagerten das Direktionsgebäude aus Protest dagegen, daß sie trotz gleicher Arbeit nur die Hälfte der Gehälter der männlichen Kollegen erhalten.

Foto: Japan Press/TASS

Premierministerin Thatcher gab den britischen Truppen auf den Falklandinseln (Malvinen) Weisung, „den Sturm auf Port-Stanley zu beginnen, sobald die Wetterverhältnisse es erlauben und die Truppen zu einer Entscheidungsschlacht bereit sind“. Im UNO-Sicherheitsrat legten Großbritannien und die USA ein doppeltes Veto gegen einen Resolutionsentwurf ein, der zur sofortigen Feuerstille im Raum der Inseln aufrief. Für die Resolution stimmten die meisten Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates (S. 12).

Einer Meldung aus Mexico vom 6. Juni zufolge legte die Kommission für Menschenrechte in El Salvador einen Protest gegen die andauernden Strafaktionen der Truppen gegen die Zivilbevölkerung des Landes ein. Nach Angaben der Kommission wurden von Januar bis April d. J. 2149 Personen ermordet.

Am 2. Juni trat US-Präsident Reagan eine 10tägige Europareise an. Er soll Paris, London, Rom und Westberlin besuchen sowie am Gipfeltreffen der

größten kapitalistischen Staaten in Versailles (Frankreich) und an der NATO-Ratstagung in Bonn teilnehmen.

Vom 4. bis zum 6. Juni fand in Versailles eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der BRD, Italiens, Kanadas und Japans statt (S. 9).

Am 2. Juni führten die italienischen Werktätigen einen Generalstreik aus Protest gegen die unverhohlene Willkür des Großkapitals durch. Die Führung der Confindustria (italienischer Industriellenverband) beschloß, das Abkommen mit den Gewerkschaften über die Lohngleitskala (Lohnerhöhung in Übereinstimmung mit der Teuerung) zu brechen.

Der Oberste Rat der Militärjustiz Spaniens gab am 3. Juni das Urteil über 33 Teilnehmer des am 23. Februar v. J. unternommenen Versuchs eines Staatsstreichs bekannt. Nur zwei Angeklagte — Generalleutnant Milans del Bosch, Ex-Befehlshaber des Militärbezirks Valencia, und Oberstleutnant der Zivilgarde Molina Tejero, der den Angriff auf den Deputiertenkongress geleitet hatte — wurden gemäß der Forderung des Staatsanwalts zu 30 Jahren Haft verurteilt. Die Strafe für die übrigen Angeklagten wurde gegenüber der Forderung des Staatsanwalts beträchtlich gemildert. Elf Angeklagte wurden überhaupt freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Alle größten Parteien und die Gewerkschaften Spaniens gaben ihren entschiedenen Protest gegen das Urteil bekannt.

Am 6. Juni fanden in Hamburg (BRD) die Bürgerschaftswahlen statt (S. 13).

Einer Meldung der France Presse aus N'Djamena zufolge nahmen die Truppen der Streitkräfte des Nordens (FAN) unter Kommando des ehemaligen Verteidigungsministers Hissène Habré die Hauptstadt von Tschad. Die Truppen der Übergangsregierung Goukouni Oueddeis erwiesen ihnen praktisch keinen Widerstand. Über den Aufenthalt Oueddeis sei nichts bekannt. Früher wurde gemeldet, daß FAN-Truppen mehr als die Hälfte des Territoriums von Tschad unter Kontrolle genommen hatten.

Ich habe den Bericht von Leonid Breschnew auf dem Plenum des ZK der KPdSU über das Lebensmittelprogramm bis zum Jahre 1990 gelesen. Es wäre wünschenswert, daß davon möglichst viele Menschen in der Welt erfahren. Denn die Annahme des Lebensmittelprogramms widerspiegelt eindrucksvoll und anschaulich die Sorge unserer Partei um die Verbesserung der Lebensbedingungen des ganzen Sowjetvolkes. Wenn man manchmal in der Rubrik „Diskussion mit dem Leser“ Fragen ausländischer Abonnenten liest, staunt man, wie wenig sie eigentlich von der Entwicklung unseres Landes wissen, davon, wie der Sowjetbürger arbeitet und lebt, woran er denkt.

A. S. TSCHERNYSCHOW
Dnepropetrowsk, Ukr. SSR

Einige Vertreter der regierenden Kreise in den USA haben sich die größte Mühe, um den antikommunistischen Elementen von der „Solidarność“ zu helfen, die offen mit einem Sturz der legitimen Regierung Polens drohten. Es ist kaum vorstellbar, welchen Krawall es gegeben hätte, wenn sich die Regierung Polens an der Seite irgendeiner Gewerkschaft so unverblümmt in die inneren Angelegenheiten der USA eingemischt hätte. Wie ich gehört habe, sollen jetzt einige Funktionäre aus der „Solidarność“ Zuflucht in der Republik Südafrika gefunden haben, wo sie als Streikbrecher den schwarzen Arbeitern ihre Arbeitsplätze wegnehmen. So tief sanken diejenigen, die für sich die Rolle der Verteidiger der Werktätigen beanspruchten.

Reben BARR
San Francisco, USA

Reaktionäre Politiker Italiens und unsere offiziellen Massenmedien führen eine zügellose Verleumdungskampagne gegen die UdSSR. Sie versteigen sich bis ins Absurde, die UdSSR sei ein aggressives Land, das angeblich andere unterwerfen wolle. Wenn man nur die Zahl der Skandale in den Kreisen der herrschenden Klasse Italiens während der letzten Jahre berücksichtigt, könnte man ihnen nur empfehlen, still zu sein.

Emanuele DELFINO
Vado Ligure, Italien

DIE MACHT DER SOWJETS

Dmitri NIKITIN

In seinem Artikel „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, der kurz vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution erschien, verwies der Begründer unseres Staates W. I. Lenin darauf: die Sowjets seien der neue Staatsapparat, eng verbunden mit den Massen, mit den mannigfachsten Berufen, und dank der Wählbarkeit und Absetzbarkeit seines Bestandes nach dem Willen des Volkes viel demokratischer als die früheren Apparate.

Die Bolschewiki, die Kommunisten haben diese Macht behauptet. Und heute gehört sie voll und ganz dem Volk, das unter der Führung der Partei die neue kommunistische Gesellschaft aufbaut.

Die Sowjets der Volksdeputierten verkörpern unseren machtvollen sozialistischen Staat. Sie sind die starke, das volle Vertrauen des Volkes besitzende Staatsmacht, und als solche erfordert sie ständige Festigung, Weiterentwicklung und Verbesserung. „Die historischen Erfahrungen lehren: Dort, wo es zu einer Schwächung der Rolle und der Macht des sozialistischen Staats kommt, dort wachsen die Elemente der Anarchie und Spontaneität, sind die Errungenschaften des Sozialismus bedroht“, sagte Leonid Breschnew.

Der besseren Arbeit der Sowjets, der Stärkung ihrer Rolle als Machtorgane, der Realisierung der Leninschen Prinzipien von der Wählbarkeit und Absetzbarkeit gilt jetzt die gesellschaftspolitische Kampagne zur Vorbereitung der turnusmäßigen Wahlen in die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten am 20. Juni 1982. Dabei ist eine große Arbeit zu leisten, denn mehr als 51 000 Machtorgane, denen fast 2,3 Millionen Deputierte angehören werden, sind neu zu bilden.

Die Bedeutung dieser Kampagne ergibt sich daraus, daß in ihrem Ergebnis die Machtorgane gebildet werden, die den engsten Kontakt zur Bevölkerung haben. Sie besitzen ein weites und umfassendes Wirkungsfeld: leiten die wichtigsten Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus und des gesellschaftlichen Lebens in dem ihnen unterstellten Gebiet, entscheiden über grund-sätzliche Fragen der Sowjetbürger

und gewährleisten die Durchsetzung ihrer Entscheidungen. Es gibt keinen Bereich des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, der nicht im Blickfeld der örtlichen Machtorgane stünde.

Der Deputierte ist die zentrale Figur im Sowjet. Von ihm, von seinem Vermögen, den Willen der Wähler zu akkumulieren und auszudrücken, bei der Entscheidung jeder Frage die breite Palette von Meinungen und Vorschlägen zu berücksichtigen und gleichzeitig aus staatlicher Position zu handeln, hängt in vielem der Erfolg der Arbeit der Sowjets und die richtige Lösung ihrer Aufgaben im Interesse des Volkes ab. Das hohe Ziel des Deputierten ist der Dienst am Menschen, die vielfältige Sorge, daß unsere Bürger besser leben, arbeiten, sich erholen können.

Bei uns gibt es keine Berufsparlamentarier. Die Deputierten arbeiten dort weiter, wo sie vor ihrer Wahl in die Sowjets beschäftigt waren. Das sichert ihren ständigen Kontakt mit den Wählern, hilft ihnen, die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu kennen und sich im täglichen Wirken der Sowjets von deren Interessen leiten zu lassen.

Die Deputierten werden für die Dauer von zweieinhalb Jahren gewählt. Dieser Zeitraum gestattet es, neue Menschen in die Machtorgane einzubeziehen. Bei den vorangegangenen Wahlen wurde der Bestand der örtlichen Sowjets um fast die Hälfte erneuert.

Unser Wahlsystem schafft die günstigsten Voraussetzungen für die massenweise und aktive Beteiligung der Werktätigen an der Organisation der Wahlen. Die Organe der Werktätigen — die Wahlkommissionen, denen mehr als 8 Millionen Bürger angehören — gewährleisten die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen. Die Kommission hat so wichtige Funktionen wie die Beobachtung der richtigen Einteilung der Wahlbezirke, die Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten, die Registrierung der Kandidaten und die Feststellung der Wahlergebnisse. Diese Arbeit verläuft unter hoher Publizität, zu den Kommissionssitzungen werden Vertreter gesellschaftlicher Organe und Arbeitskollektive, Mitarbeiter der Massenmedien eingeladen.

Das Sowjetvolk ist daran interessiert, die besten seiner Vertreter in die Sowjets zu wählen, wodurch die Aufstellung der Kandidaten besondere Bedeutung erlangt. Sie wird von gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektiven sehr demokratisch durchgeführt, was es den Wählern gestattet, sich ihre Meinung über die Kandidaten in vollem Umfang und objektiv zu bilden. In Versammlungen werden die politischen und moralischen Eigenschaften der Kandidaten sowie ihr Engagement erörtert, ihre Arbeitsleistungen und ihre gesellschaftspolitische Tätigkeit beurteilt.

Natürlich läßt sich jetzt noch nicht sagen, wie die Zusammensetzung der Deputierten nach den Wahlen dieses Jahres aussehen wird. Die Kontinuität der in unserem Lande entstandenen Wahltraditionen jedoch gestattet die Ansicht, daß sie vermutlich der jetzigen Zusammensetzung der örtlichen Sowjets ähnlich sein wird. Dort aber machen Arbeiter und Kolchosbauern, also unmittelbar in der materiellen Produktion Beschäftigte, mehr als die Hälfte aus.

Als Kandidaten benannt wurden auch Leitungskader der Partei-, Sowjet- und Wirtschaftsorgane, Fabrik- und Werkdirektoren, Kolchosvorsitzende, Leiter von Baubetrieben usw. Unsere Leitungskader kommen aus dem Volk. Bekanntlich haben mehr als 80% der leitenden Partei- und Sowjetfunktionäre in den Republiks- und Gebietsgliederungen sowie etwa 70% der Minister und Vorsitzenden staatlicher Komitees der UdSSR als Arbeiter und Bauern angefangen. Dieser Prozeß hat einen kontinuierlichen Charakter angenommen.

Stark vertreten unter den Kandidaten sind die sowjetischen Geistes-schaffenden, Kommunisten und Parteilose, Frauen, Jugendliche, Vertreter aller Nationen und Völkerschaften des Landes. Das ist insgesamt ein gutes Spiegelbild des gesamt-nationalen Charakters unseres Staates, der Integrität und Dynamik seiner sozialen Struktur, des hohen Niveaus der politischen Kultur des Volkes, der Stabilität und Einheit der sowjetischen Gesellschaft.

Die Demokratie der Wahlen wird bei uns durch die konsequente Ein-

haltung der Prinzipien des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung gesichert. In der Gesellschaft des realen Sozialismus, die von Natur her die Heranziehung breiter Volksmassen zur Ausübung der Macht und der Leitung erfordert, sind Wahlen tatsächlich allgemein: Jahrzehnte hindurch beteiligen sich an ihnen praktisch alle Wähler — mehr als 99%. Das ist der Beweis für die hohe staatsbürgerliche Verantwortlichkeit der Sowjetmenschen bei der Aufstellung der Organe der Staatsmacht.

Jeder Wähler hat eine Stimme, Männer und Frauen, Angehörige der Streitkräfte, Bürger der verschiedenen Republiken und unterschiedlicher Nationalitäten beteiligen sich auf gleichberechtigter Grundlage an den Wahlen, die bei uns direkt sind, was bedeutet, daß jeder Wähler mit der persönlichen Stimmabgabe unmittelbar seine Einstellung zu dem Kandidaten ausdrückt. Die Abstimmung ist geheim, eine Kontrolle über die Willensäußerung des Wählers ist unzulässig.

Die strikte Einhaltung der Paragraphen der UdSSR-Verfassung und der Wahlgesetzgebung ist das Unterpfand für ihren wahrhaft demokratischen Charakter und gestattet die vollständigste und klarste Willensäußerung des Wählers. Das Gesetz legt genau die Termine für die Wahlveranstaltungen, die Regeln für die Bildung von Wahlbezirken und -lokalen, für die Aufstellung der Wählerlisten sowie das Recht für Vertreter der Öffentlichkeit fest, der Auszählung der Stimmen und der Bekanntgabe der Wahlergebnisse beizuhören.

Alle mit den Wahlen verbundenen Kosten übernimmt der Staat. Weder die Kandidaten noch die Wähler haben irgendwelche Ausgaben zu tragen. Auch darin kommt die hohe Demokratie unseres Systems zum Ausdruck, das dem Volk die Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen und staatlichen Leben bietet.

Während der Wahlkampagne erhalten die Werktätigen den künftigen Deputierten Aufträge. Das gehört zur Volksinitiative, darin kommt die Sorge des Volkes um die Angelegenheiten seines Staates, um die gesellschaftlichen Interessen, um die maximale Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und geistigen Bedürfnisse des arbeitenden Menschen zum Ausdruck.

Zur Arbeit mit den Wähleraufträgen verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR im September 1980 eine entsprechende Verordnung, die zur besseren Realisierung der Aufträge beiträgt. Von

fast 800 000 Wähleraufträgen aus der vorigen Wahlkampagne, die von den Sowjets zur Ausführung angenommen wurden, waren mehr als 600 000 bis zum Beginn d. J. erfüllt. Und ein jeder erfüllte Auftrag bringt den Menschen Nutzen.

An der Wahlkampagne beteiligen sich Millionen Menschen in den Wahlkommissionen, in den Wahlveranstaltungen, bei Begegnungen mit den Kandidaten. Hunderttausende wirken als Agitatoren. An konkreten Beispielen und Fakten zeigen sie klar und deutlich, was unsere sozialistische Ordnung jeder Familie, jedem sowjetischen Bürger an Leistungen bietet, die dem arbeitenden Menschen im Kapitalismus unerreichbar sind. Überall gibt es Wählerclubs, wo Vorträge, Begegnungen mit Kriegs- und Arbeitsveteranen, mit Wissenschaftlern und Kulturschaffenden stattfinden. Veranstaltet werden thematische Buchausstellungen sowie Frage- und Antwortstunden, wo die Werktätigen ihre Wünsche und Vorschläge äußern.

Gleichzeitig mit der Wahlvorbereitung wird eine Art Leistungsschau der Sowjets veranstaltet. Dabei legen im ganzen Land die Exekutiv- und Verwaltungsorgane vor den Sowjets und der Bevölkerung, die Deputierten vor den Wählern Rechenschaft ab. Solche Rechenschaftlegungen werden übrigens bei uns jährlich und nicht nur während der Wahlperiode durchgeführt. 1981 legten mehr als 51 000 Exekutivkomitees (99,9%) auf Versammlungen der Arbeitskollektive und der Wohngebiete vor mehr als 59 Millionen Menschen Rechenschaft ab. Hinzu kamen über 54 000 (97%) Abteilungen und Verwaltungen der Exekutivkomitees von Regions-, Gebiets-, Bezirks-, Stadtbezirks- und Stadtsowjets, die mehr als 20 Millionen Menschen erreichten. Das sind selbst nach unseren Maßstäben riesige Zahlen.

Während der Wahlvorbereitungen wird ständig nach neuen Formen zur Aktivierung des gesellschaftspolitischen Lebens der Bevölkerung gesucht. So wurde in Turkmenien eine Konferenz zum Thema „Sozialistische Demokratie in Aktion“ veranstaltet, auf der unter anderem die Wirksamkeit einer so erprobten Form der demokratischen Leitung der Produktion hervorgehoben wurde, wie es die Ständigen Produktionsberatungen sind. Sie gehören in der UdSSR zu den Formen der sozialistischen Demokratie, der gesellschaftlichen Kontrolle und der praktischen Einbeziehung der werktätigen Massen in die Leitung der Produktion. Diese Beratungen werden für die Amtszeit der Gewerkschaftskomitees gewählt, arbeiten unter deren Anleitung und

werden nach Bedarf, jedoch nicht seltener als einmal im Vierteljahr, einberufen. Sie beteiligen sich an der Ausarbeitung und Diskussion der laufenden und der Perspektivpläne, an der Rechenschaftslegung der Betriebsleiter über die Ergebnisse der finanzwirtschaftlichen Arbeit und über die Ausführung früher gefasster Beschlüsse. Auf der Konferenz wurden folgende Zahlen angeführt: In der Unionsrepublik Turkmenien bestehen heute rund 800 dieser Ständigen Produktionsberatungen, an deren Arbeit sich 30 000 Personen beteiligen, 62% davon Arbeiter. Im vorigen Planjahrfünft wurden mehr als 700 000 Arbeiter und Angestellte über diese Beratungen in die Leitung der Produktion einbezogen. Sie reichten Zehntausende Vorschläge ein, deren Überleitung in die Produktion einen Einsparungseffekt von mehreren Millionen Rubel ergab.

Mit den in diesem Monat bevorstehenden Wahlen werden die Staatsorgane gebildet, die die neuen Aufgaben zum weiteren Aufschwung der Wirtschaft und des Lebensniveaus des Volkes zu lösen haben, auch im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Lebensmittelprogramms. Die Bemühungen der Sowjets müssen sich jetzt auf die Sicherung der zunehmenden Agrarproduktion, auf die Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus aller Kolchose und Sowchose richten. Die Sowjets nämlich verkörpern die Einheit der territorialen und zweigebundenen Leitung, sind gleichzeitig für die Entwicklung der Produktion wie für die zunehmende Qualität der Betreuung der Bürger, für Umgestaltungen auf dem Lande, den Bau von Wohnungen, Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Handelseinrichtungen verantwortlich.

Die Stärke des Sozialismus besteht ja eben darin, daß wir Probleme nicht nur voraussehen, sondern ihre Lösung auch rechtzeitig planen können. Interesse an den gemeinsamen Angelegenheiten, Meinungsaustausch, offene und prinzipielle Kritik und Selbstkritik sind kennzeichnende Merkmale unserer Sowjets, unserer Demokratie. Während der Wahlkampagne haben sich deren Vorzüge erneut gezeigt.

Die diesjährigen Wahlen finden im 60. Gründungsjahr der UdSSR statt. Die Sowjets bemühen sich mit ihrer gesamten Arbeit um die allseitige Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Nationen und Völkern unseres Landes. Darin liegt das Wesen der Nationalitätenpolitik der KPdSU und unserer Sowjetmacht.

IM GLEICHEN SINNE

„Die sowjetisch-tschechoslowakische Zusammenarbeit hat seit langem einen ausgedehnten, erfüllten Inhalt. Zwischen den ZK unserer Parteien und den örtlichen Parteiorganen bestehen enge Kontakte. Überhaupt sprechen wir in politischen Fragen die gleiche Sprache, handeln im gleichen Sinne...“

Eine Bestätigung dieser Worte L. I. Breschnew auf dem Essen zu Ehren der Partei- und Regierungsdelegation der CSSR waren auch die beiderseitigen Verhandlungen. Die Begegnungen in Moskau waren eine Art Leistungsschau der gemeinsamen Arbeit. Während der Gespräche wurden das Resümee der koordinierten Pläne für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beider Länder gezogen, die Schlüsselfragen zur weiteren Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen KPdSU und KPTsch, UdSSR und CSSR sowie aktuelle internationale Probleme besprochen.

Es besteht aller Anlaß, mit den Resultaten unserer Zusammenarbeit zufrieden zu sein. Das sowjetisch-tschechoslowakische Handelsvolumen betrug im abgelaufenen Planjahr fünf rund 30 Md. Rubel. Praktiziert wird der Zusammenschluß materieller und Arbeitskraftressourcen beider Länder zur Errichtung großer Produktionskomplexe sowie zur Erschließung und rationellen Nutzung der Naturreichtümer. In der Realisierung begriffen ist das bis 1990 geltende Programm des Ausbaus der Spezialisierung und Kooperierung, das viele Industriezweige einbezieht.

Die Verhandlungen ermöglichten nicht nur eine Bewertung der Leistungen, sondern auch die Inangriffnahme neuer Bereiche der Zusammenarbeit. Unter den Wirtschaftsaufgaben unserer sozialistischen Länder werden zwei besonders wichtige hervorgehoben: Erstens die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Übergang zu einer intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft. Zweitens, die Anbahnung direkter Kontakte in der Industrie, einschließlich einzelner Betriebe. Beachtung galt insbesondere der weiteren Vertiefung der Arbeitsteilung, der gemeinsamen Ausarbeitung und Einführung fortgeschritten wissenschaftlich-technischer und Produktionslösungen, die Gründung gemeinsamer Firmen. Die Erfahrung zeigt, daß hier kolossale ungenutzte Möglichkeiten verborgen liegen. Betont wurde die Notwendigkeit konzentrierter Anstrengungen der beiden Seiten in solchen die moderne technische Entwicklung bestimmenden Bereichen wie die Produktion von energiesparender und modernster Elektronentechnik, darunter Mikrorechnern, Indu-

stierobotern und programmgesteuerten Werkzeugmaschinen.

Beide Seiten sprachen sich für eine intensive Nutzung der kollektiven Erfahrungen, insbesondere aus der Praxis der sozialistischen Wirtschaftsführung aus.

In dem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei werden auch künftig die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft als den fundamentalen Faktor der Friedenserhaltung allseitig fördern, ihren Beitrag zur Stärkung des militärpolitischen Verteidigungsbündnisses der Warschauer Vertragsstaaten leisten, das die sozialistischen Errungenschaften und die Aufbuarbarkeit der Völker der Bruderländer zuverlässig garantiert und koordinierte Aktionen zur Realisierung ihres gemeinsamen außenpolitischen Kurses in Fragen der europäischen und der internationalen Sicherheit gewährleistet.

Sie verurteilten entschieden die feindseligen Aktionen der imperialistischen Kreise, die Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten und jegliche Art diskriminierender Maßnahmen gegenüber der Volksrepublik Polen und anderen sozialistischen Ländern. Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei erweisen dem sozialistischen Polen, ihrem Freund und Verbündeten, bei der Überwindung der entstandenen Schwierigkeiten nach wie vor allseitige Unterstützung.

Der Besuch der Partei- und Regierungsdelegation aus der CSSR fiel in eine Zeit, da der entschlossene Kampf gegen die Gefahr eines Nuklearkriegs zum vitalen Bedürfnis der Menschheit wird. UdSSR und CSSR können den Versuchen der NATO gegenüber nicht gleichgültig bleiben, Streitkräfte und Rüstungen in Europa aufzustocken und den Geist der Feindseligkeit auf Handel, Finanzen, Wissenschaft und Technik und andere Bereiche auszudehnen. Die Zukunft Europas darf nicht auf Konfrontation basieren, sondern muß sich auf die konsequente Einhaltung der Friedenscharta von Helsinki, ihre Prinzipien und Punkte durch alle Unterzeichnerstaaten stützen.

Die von der Tschechoslowakei und den anderen sozialistischen Staaten unterstützten Friedensinitiativen der Sowjetunion sowie unsere konstruktiven Schritte entsprechen den dringenden Wünschen der Völker.

Das gute Fazit der Moskauer Verhandlungen bot ein klares Bild von der brüderlichen Einheit unserer kommunistischen Parteien, unserer Länder, ein Beispiel der Geschlossenheit im Interesse der gesamten sozialistischen Gemeinschaft.

B. KOSLOW

FORUM IN HAVANNA

Hauptthema der Tagung des Koordinierungsbüros der nichtpaktgebundenen Länder auf Außenministerebene war die Sorge um die Erhaltung des Friedens und der Entspannungspolitik. Dafür besteht ein gewichtiger Grund: Die scharfe Zuspitzung der Weltlage, auf der Tagung wurde festgestellt, die USA setzen das Wettrüsten fort und versuchten, auch die westeuropäischen Länder einzubeziehen. Besondere Aufmerksamkeit galt der gefährlichen Situation im Südatlantik, wo Großbritannien mit direkter Unterstützung der Reagan-Administration seine Kolonialherrschaft mit Waffengewalt aufrechterhalten will. Obwohl die Begegnung vor Beginn der jetzigen israelischen Aggression endete, verurteilten die Vertreter der Nichtpaktgebundenen entschieden die Vorbereitungen des barbarischen Angriffs auf Libanon. Erneut wurde die Forderung an die USA laut, das Selbstbestimmungsrecht der Völker Mittelamerikas anzuerkennen.

Diese und andere auf dem Forum in Havanna debattierten Fragen fanden ihren Ausdruck im Kommuniqué. Es zeigte, daß die Versuche der Gegner der Nichtpaktgebundenheit, die Teilnehmer dieser Bewegung zu spalten und sie selbst zu untergraben, erfolglos bleiben. Das Kommuniqué drückt Besorgnis über die zunehmende Gefahr eines Nuklearkriegs aus und appelliert an die 2. Abrüstungssondertagung der UNO, dem Kampf für die allgemeine und vollständige Abrüstung einen mächtigen Impuls zu geben. Viele Delegationschefs maßen in ihren Ansprachen den Friedensinitiativen Leonid Breschnew zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe hohen Wert bei.

Die politische Erklärung betont die Notwendigkeit einer Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte am Verhandlungstisch. Gleichzeitig aber wird eine Warnung gegen die Beeinträchtigung der territorialen Integrität der Staaten laut. So solidarisierte sich das Koordinierungsbüro mit Argentinien und sprach sich für eine Lösung des Falkland-[Malvinen]-Konflikts mit friedlichen Mitteln auf gerechter Grundlage aus. Vorgelegt wurde ferner ein Plan zur Einstellung der Kämpfe zwischen Irak und Iran.

Die in Havanna getroffenen Entscheidungen gestalten eine weitere Aktivierung der internationalen Rolle der Nichtpaktgebundenenbewegung im Interesse von Frieden und Freiheit der Völker.

W. DOLGOW

TEL AVIVS AGGRESSION UND WASHINGTONS HEUCHELEI

Andrej STEPANOW

Nach massiven Bombenangriffen auf libanische Städte und auf Lager palästinensischer Flüchtlinge, was Hunderte friedliche Einwohner das Leben kostete, begann der israelische Militärklüngel eine großangelegte Invasion des souveränen arabischen Nachbarstaates. Motorisierte und Panzerkolonnen, die in drei Richtungen vorgingen, drangen tief ins libanesische Territorium ein. Die Gemeinsamen Truppen der Nationalpatriotischen Kräfte Libanons und der Palästinensischen Widerstandsbewegung (PR) leisten den Aggressoren entschiedenen Widerstand. In ihrem Hinterland setzte der Gegner selbst in Vororten Beiruts Luftlandetruppen und Marineinfanterie ab. Syrisch-israelische Artillerieduelle wurden gemeldet. Erbitterte Kämpfe sind im Gange. Die Pläne eines „Blitzkrieges“, den Israel bis ins Detail vorbereitet hatte, stießen auf die gewachsene Kampfkraft und Organisiertheit der palästinensischen Bewegung und ihrer libanesischen Verbündeten. Wie ein BBC-Korrespondent durchgab, „kämpfen die Palästinenser bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone“. Der Aggressor erleidet empfindliche Verluste. Aber die meisten Opfer sind unter der libanesischen und palästinensischen Zivilbevölkerung zu beklagen. Erneut ist der Himmel über dem leidgeprüften Libanon rauchüberzogen, erneut ziehen Flüchtlingsströme nordwärts, um dem Tod zu entgehen. Die Presse berichtet, daß Israel die Kriegshandlungen über die libanesischen Grenzen hinaus ausdehnen will.

Der Überfall wurde seit langem erwartet. Tel Aviv brauchte nur einen Vorwand. Ihn lieferten die Schüsse auf den israelischen Botschafter in London. Obwohl ein Vertreter der PLO die Verantwortung für das Attentat zurückwies, „überhörte“ Tel Aviv das Dementi. Seine Kriegsmaschinerie wurde in Gang gesetzt.

So verging die Fata Morgana eines angeblich von Camp David eingeleiteten friedlichen Prozesses endgültig. Die wahren Triebkräfte des Nahostkonflikts liegen nun auf der Hand. Der israelische Expansionismus fordert erneut die ganze arabische Welt heraus. Wer nicht von der hemmungslosen zionistischen Hetzpro-

paganda vergiftet ist, sieht klar, daß hinter dem Aggressor auch diesmal seine US-Beschützer stecken. Zwar stimmte der US-Verteidiger im Sicherheitsrat für die Resolution, die Israel zur Feuerstellung in Libanon und zum Abzug seiner Truppen hinter die libanesischen Grenzen aufforderte, aber das zeugt vor allem von dem Wunsch Washingtons, sich der Verantwortung für die Verbrechen der Zionisten zu entziehen.

Schon die Zeit des Überfalls spricht Bände. Daß Israel die Kriegshandlungen begonnen habe, als in Versailles das Gipfeltreffen im Gange gewesen sei, lesen wir in der britischen „Financial Times“, zeige die absolute Überzeugung Beigangs davon, daß Westeuropa und die USA ihn weiterhin unterstützen.

Nicht minder aufschlußreich ist, daß gerade in diesem Moment Philip Habib, der persönliche Beauftragte Präsident Reagans, in den Nahen Osten reiste. In letzter Zeit unternahm er mehrere „Pendelfahrten“ in die Region und spielte sich als Friedensstifter auf. In Wirklichkeit brachte jeder seiner Besuche den Arabern neue Opfer und bewirkte eine neue Eskalation des militärtanten Wahnwitzes der israelischen Führung. Auch Habibs jüngster Jerusalem-Besuch verfolgt eindeutig das Ziel, das Vorgehen der USA und Israels zu koordinieren.

Die US-Administration distanziert sich heuchlerisch von Israels barbarischen Handlungen und fordert ebenso heuchlerisch zur „Zurückhaltung“ auf, hat aber die Unterstützung für Tel Aviv bei der Vorbereitung der Aggression nicht eingestellt. In Washington wußte man besser als sonstwo, daß Tel Aviv das palästinensische Problem nicht am Verhandlungstisch, sondern durch eine „großangelegte militärische Operation“ zu lösen gedachte, nach der, wie der israelische Generalstabschef General Eitan sagte, „entweder die PLO vernichtet oder dermaßen geschwächt sein wird, daß sie für uns keine Gefahr mehr ist.“ Ende Mai war Verteidigungsminister Sharon in den USA — offenkundig zu dem Zweck, sich ihrer Unterstützung bei der neuen Aggression zu versichern. Nach seiner Rückkehr erklärte er geradezu: „Die US-Admi-

nistration teilt Tel Avivs Standpunkt in bezug auf die PR und gewährt Israel die nötigen Mittel zum Kampf gegen die Palästinenser.“ Bekanntlich aber besteht der Standpunkt Tel Avivs in bezug auf die PR in dem Streben, ihre Truppen zu zerstören, der gerechten Sache der Palästinenser die breite internationale Unterstützung zu nehmen sowie die Protestbewegung in den okkupierten arabischen Gebieten einzuschüchtern und niederzuhalten.

Doch wird die Übereinstimmung der Standpunkte Washingtons und Tel Avivs, zumindest in der diplomatischen Sphäre, von den Amerikanern sorgfältig getarnt. Es ist nämlich so, daß das Weiße Haus in seinem Doppelspiel im Nahen Osten



Ein Opfer des israelischen Bombenangriffs.

Telefoto: UPI/TASS

verstärkt die arabischen konservativen Regimes hofiert. Es vertuscht das Wesen des arabisch-israelischen Konfliktes und schlägt palliative Lösungen des palästinensischen Problems, z. B. den Plan der berüchtigten Autonomie, vor, um einen anderen Konflikt, den irakischi-iranischen, herauszustreichen. Mit seiner Hilfe will die US-Administration die Araber spalten und ihren Widerstand gegen die israelische Expansion schwächen. Ihren konzentrierten Ausdruck fand das in einer Nahostrede Außenminister Haigs, die er kurz vor dem israelischen Einfall in Libanon hielt. Nunmehr ist endgültig klar, was das von ihm strapazierte Wort „Frieden“ wert ist. Das Leitmotiv seiner Rede: „Wir müssen die Nahostentwicklung bestimmen.“ Dazu gibt es auch den bewährten strategischen Verbündeten Israel, dem die USA stets „eine qualitative militärische Überlegenheit“ über die Araber sichern wollen.

Heute sei der Nahe Osten, so Haig, ein „Labor des 20. Jahrhunderts für politische Experimente“. Wie viel Leid solche Experimente, angefangen mit der zionistischen Kolonialisierung Palästinas bis zur Camp-David-Abmachung und der heutigen

Aggression in Südalbanon, den Völkern der Region brachten, darüber schweigt er selbstverständlich. Abschließend rief Haig emphatisch: „Lassen Sie uns hoffen, daß die Nahostvölker an die Amerikaner nicht im Zusammenhang mit Kriegerdenkmälern, sondern mit ihren Handlungen zur Errichtung des Friedens zurückdenken werden.“

Kaum war Haigs Rede verklungen, da bat der US-Verteidigungsminister Weinberger den Kongreß um die Zustimmung zum Verkauf weiterer 75 Kampfflugzeuge F-16 für 2,5 Md. Dollar an Israel. Das war eine anschauliche Illustration zur Rede des Außenministers. Kein Wunder, daß Tel Aviv sie als grünes Licht für die Invasion Libanons empfand. So nimmt die Zahl von „Kriegerdenkmälern“, an deren Entstehung die Amerikaner tätig mitwirkten, zu. Immer mehr Menschen sehen in der US-Politik der Ermunterung des Aggressors die größte Gefahr für die Sicherheit der Region.

Inzwischen ignoriert der frech gewordene Aggressor alles: die UNO-Beschlüsse und die UNO-Streitkräfte, die seit 1978 in Südalbanon stehen. Wird das israelische Militär nicht schon allein durch die Tatsache entlarvt, daß gegenwärtig Angehörige der UNO-Truppen zu seinen ersten Opfern geworden sind?

Die Verbrechen der Aggressoren haben überall in der Welt Empörung ausgelöst. Der syrische Präsident Hafez Assad versicherte dem Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees Yasser Arafat, daß Syrien es niemandem erlauben wird, die palästinensische Revolution zu vernichten. Das syrische Volk und seine Soldaten werden Schulter an Schulter mit den Palästinensern für die gemeinsame Sache kämpfen. Die Streitkräfte Jordaniens sind in volle Gefechtsbereitschaft versetzt. Wie die syrische „As-Thawra“ schreibt, müsse die neue Aggression gegen Libanon eine eindringliche Lehre für jene Araber sein, die auf einen kapitalistischen Frieden mit Israel setzen wollen. Die einzige richtige Position unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei entschiedene Zurückweisung der antiarabischen Umrübe des US-Imperialismus, Israels und ihrer Handlanger.

In einer TASS-Erklärung wird der Überfall Israels als Abenteuer qualifiziert, das für Israel selbst und sein Volk böse Folgen haben kann. Die UdSSR fordert, die Aggression sofort einzustellen und die israelischen Truppen aus Libanon abzuziehen. Die arabischen Völker, vor allem das mutige Volk von Palästina, wissen, daß sie in ihrem gerechten Kampf nicht allein stehen.

NZ

STANDPUNKT

D'ACCORD IN DIFFERENZEN

Das erste Juniwochenende brachte Vielfalt in die westlichen TV-Programme. Spots von britischen „Harrier“, die die Südatlantinseln mit Raketen belegten, und von israelischen „Phantom“, die palästinensische Flüchtlingslager in Libanon bombardierten, wechselten mit Bildern von dem offiziellen Ritus in Versailles ab. Er war so pompös, daß selbst Ludwig der XIV. neidisch geworden wäre.

Bevor der Vorhang über dem Versailler Gipfeltreffen der „Sieben“ — USA, Kanada, BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan — am 6. Juni fiel, wurde eine gemeinsame Erklärung angenommen. Wie bei den vorangegangenen Wirtschaftsdebatten gaben die „Sieben“ nur Willenserklärungen ab und vermieden konkrete Entscheidungen. Darüber hinaus zeichneten sich bei dem achten Treffen scharfer als früher die ernsten Differenzen auch hinsichtlich der Prioritäten in der Wirtschaftspolitik ab. Die Gummiformulierungen des Schlußdokuments, die einander häufig widersprachen, fixierten im Grunde nur, daß man in den Differenzen d'accord ging.

In der Erklärung lassen sich Worte vom „gemeinsamen Verständnis für die gravierende Weltwirtschaftssituation“ finden sowie von der Notwendigkeit der „Erzielung der Vollbeschäftigung, der Preisstabilität und eines andauernden und ausgeglichenen Wirtschaftswachstums“. Hier liest man auch von einer „Förderung produktiver Investitionen“ und von dem Wunsch, „jedes Land sollte die Folgen der eigenen Politik für andere Länder berücksichtigen“. In der Erklärung wird auch von dem Bemühen um eine „sinnvolle monetäre Politik und von einer strengerem Kontrolle über defizitäre Haushalte“, von der Senkung der „unannehmbar hohen Zinssätze und der Sicherung stabiler Wechselkurse“ gesprochen.

Keinerlei Wertung aber erfahren die konkreten Aktivitäten der führenden westlichen Macht, der USA, die die Hauptverantwortung für die angeführten wirtschaftlichen Misere tragen. Kein Wort darüber, daß produktive Investitionen, eine sinnvolle monetäre Politik und ausgeglichene Haushalte mit der Militarisierung der Wirtschaft unvereinbar sind, die übrigens auch von den Verbündeten Washingtons bezahlt werden muß.

Wieder einmal gaben die „Sieben“ die Tatsache zu, daß „das Wachstum des Welthandels in all seinen Aspekten sowohl ein notwendiges Element für das Wachstum jedes Landes als auch die Konsequenz dieses Wachstums ist“. Andererseits aber ist eine dieser Schlußfolgerung direkt entgegengesetzte Formel enthalten, und zwar über die „Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und zu Osteuropa“. Darunter versteht man eine „Verbesserung des internationalen“ (lies: NATO-)Systems der Exportkontrolle über strategische Güter und „die Notwendigkeit kommerzieller Vernunft und limitierter Exportkredite“.

Die Westpresse macht jetzt viel davon her, Präsident Reagan sei es in Versailles nicht gelungen, die restlichen „Sechs“ zu einer Handelsblockade der sozialistischen Länder zu veranlassen. Diese fixe Idee aber war eigentlich der einzige „wirtschaftliche“ Vorschlag, den der US-Präsident im Gepäck hatte. Die Medien schreiben auch, die von westeuropäischen Diplomaten gemilderten Formulierungen der Versailler Erklärung zu dieser Frage seien hinter den Kulissen ausgehandelt worden.

Ob das wirklich so ist, bleibt zunächst Geheimnis der westlichen Diplomatie. Journalisten kam nur die Äußerung des kanadischen Premiers Trudeau zu Ohren, der Ronald Reagan auf die Forderung, den Handel zur UdSSR abzublocken, antwortete: „Wie können Sie von uns die Verteidigung westlicher Interessen verlangen, wenn Sie uns wirtschaftlich umbringen?“

Wie stark aber der Widerstand gegen den Druck aus den USA in Versailles auch gewesen sein mag, faktisch ging es darum, daß die anderen Länder der „Sieben“ den von den regierenden Kreisen der USA bereits verfolgten Kurs der Handels- und Kreditbeschränkungen des Westens gegenüber den sozialistischen Ländern sanktionieren sollten. Und so bedeutet die kaum zu etwas verpflichtende Formulierung in der Versailler Erklärung bezüglich des „Osthandels“ ein weiteres Abrücken von den vor sieben Jahren in Helsinki erzielten internationalen Obereinkünften.

Die Erklärung von Versailles steht im eindeutigen Widerspruch zur Beurteilung des Hauptentwicklungsweges der Weltwirtschaft wie sie in der Schlubakette enthalten ist: „... die zunehmende weltweite wechselseitige Abhängigkeit im Bereich der Wirtschaft erfordert in wachsendem Maße gemeinsame und wirkungsvolle Anstrengungen zur Lösung der großen Probleme der Weltwirtschaft...“ Dies aber ist die objektive Tendenz. Und sie läßt sich nicht durch von der politischen Konjunktur vorgegebene diplomatische Passagen ändern.

Felix GORJUNOW

NATO UND DRITTE WELT

Dmitri WOLSKI

Aufflammende Konflikte bringen nicht selten jene Tendenzen in der Weltpolitik ans Licht, die unterirdisch schwelen. So auch der Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien. Er zog seine Kreise weit über die südatlantischen Weiten hinaus und machte deutlich, wovon bislang nur hinter vorgehaltener Hand gesprochen wurde: Das Bestreben der NATO-Führung, entgegen allen geographischen Gesetzen und Rechtsnormen ihren traditionellen Einflußbereich auszudehnen. Muß man noch betonen, daß damit das internationale Gleichgewicht verletzt und die weltpolitische und militärische Situation noch mehr destabilisiert werden kann?

Gleich nach Washington schlug sich die NATO, mit Ausnahme Italiens, offen auf die Seite Londons. „Die NATO wird England auch bei einer Eskalation der Kampfhandlungen unterstützen“, erklärte Mitte Mai ihr Generalsekretär Luns. Und die Sache beschränkte sich nicht nur auf politische Unterstützung. Das NATO-Oberkommando schuf die Möglichkeit zur Konzentration der britischen Flotte und Luftwaffe im Südatlantik, die in seinem nördlichen Teil durch Schiffe und Flugzeuge anderer Staaten ersetzt werden. Der NATO-Spitzenreiter unterstützte Großbritannien auch direkt mit zusätzlichen Waffen.

Dabei hatte man in Washington eine Ausdehnung des Einflußbereichs der NATO nicht allein auf den Südatlantik im Auge. Es ist symptomatisch, daß US-Verteidigungsminister Weinberger in einer kürzlichen Äußerung die Ereignisse in dieser Region als Beispiel hinstellte, das die Ansprüche der US-Streitkräfte gegenüber einer völlig anderen Region — Nahost und Persischer Golf — bestätigte, wohin die USA die NATO seit langem orientieren. Und zwar nicht ohne Erfolg. Erinnern wir nur an die Aufnahme militärischer Einheiten der vier west-europäischen NATO-Partner in die „multinationale Streitkräfte“, die die israelischen Okkupanten auf Sinai ablösen. Mögen das auch nur symbolische Kontingente sein, die die amerikanische Militärpräsenz tarnen, es handelt sich jedenfalls um ein keineswegs abstraktes Symbol! Eines der Ziele der „multinationale Streitkräfte“ ist es schließlich, das israelische Hinterland an der ägyptischen Seite zu sichern und Tel Aviv die Hand in anderen Richtungen freizuhalten. Für die jetzige israelische Aggression im Südlibanon trägt die NATO also Miterantwortung. Und ist es nicht die aus 5 NATO-Mitgliedern bestehende „Kontaktgruppe“,

die sich realen Schritten zur Befreiung Namibias, das von den RSA-Rassisten illegitim besetzt wurde, widersetzt?

Kurz, in verschiedenen Regionen der „dritten Welt“ unternimmt die NATO eine weitreichende neokolonialistische Offensive. Ist das eine neue Tendenz? Ja und nein.

Es ist nämlich so, daß die NATO seit ihrer Gründung 1949 von den Westmächten nicht nur als Werkzeug in der antisowjetischen Strategie betrachtet wird, sondern auch als Kontrollinstrument über die damalige Kolonialwelt. Benutzt wurde dieser Mechanismus jedoch hauptsächlich zur Koordinierung der politischen, nicht aber der militärischen Unterstützung kolonialistischer Abenteuer einzelner Mitglieder der Allianz. Wohl nur Portugal dürfte unmittelbar auf den Nordatlantikpakt gestützt einen Kolonialkrieg in Afrika geführt haben. Die NATO erwies weder den Franzosen in Algerien noch den Briten in Kenia und Malaysia oder gar den Amerikanern in Vietnam Unterstützung. Das rührte einmal von den Widersprüchen zwischen den Mitgliedern her wie auch vom Wunsch, die jungen Staaten nicht vor den Kopf zu stoßen. Man verließ sich darauf, daß man sie einer indirekten Herrschaft der NATO unterwerfen könne, und zwar durch ein System von „Tochterorganisationen“, in die die westliche Diplomatie die frei gewordenen Länder schon zu Zeiten Dulles' verstärkt einbezogen wollte.

US-Soldaten bei Manövern im Nahen Osten

Telebild: UPI—TASS



Diese Methode hat sich jedoch nicht bewährt. Die einen „Tochterorganisationen“ (CENTO in Mittelost und SEATO in Südostasien) gingen zu Bruch, andere heimlich still und leise ein, während dritte schon im Ansatz steckenblieben, wie die Südatlantische Organisation (SATO), in der die rassistische RSA mit großen lateinamerikanischen Staaten zusammengeschlossen werden sollte. Das gleiche Schicksal ereilte auch den Plan des „strategischen Konsenses“ zwischen Israel und den konservativen arabischen Ländern. Weder das Bemühen Alexander Haigs, der sein persönliches Ansehen mit diesem Plan verband, noch das Schreckgespenst der „sowjetischen Bedrohung“ oder verschiedenste Versprechen Washingtons an die arabischen Partner konnten diese dazu veranlassen, wie der verstorbene Anwar Sadat einem Bündnis mit den israelischen Militaristen beizutreten, das die Rechte der Araber negiert. Die Ermordung Sadats wie auch der Sturz des Schahs in Iran machen deutlich: Je enger sich der Imperialismus mit dem einen oder anderen Regime liiert, desto weniger Chancen hat es, innere Stabilität zu erlangen. Es gibt auch andere Beispiele (erinnern wir an das Schicksal Somozas!), die diese Gesetzmäßigkeit bestätigen, in der die unlösbar Widersprüche zwischen den Bestrebungen des Imperialismus und den Lebensinteressen der Völker in den Entwicklungsländern aufscheinen.

Offenbar haben sich die Washingtoner Politiker überzeugt, daß sie diese Widersprüche nicht bewältigen können. Und so fragten sie sich, ob es sich überhaupt lohne, mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, wenn ein so erprobter Mechanismus wie die NATO besteht. Sie steht ja nicht nur auf dem Papier, sondern ist durch ideologische Identität, durch die Gemeinsamkeit der Klassenpositionen verklammert und hat eine klare militärische Struktur, gar nicht zu reden von der ungeheuren Menge erstklassiger moderner Waffen. Und die Hauptsache, sie wird unmittelbar von US-Generalen kontrolliert, die dort Schlüsselpositionen innehaben, angefangen schon beim Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte in Europa.

Es hat seine Logik, daß just General Rogers, der diesen Posten von Alexander Haig übernahm, besonders hartnäckig für die Ausdehnung der Einflußzone des Blocks über den ihm „unterstellten“ europäischen Kontinent eifert. Europa ist für diese Generale in Uniform und in Zivil nur einer der potentiellen „Kriegsschauplätze“ für die Auseinandersetzung, die die US-Mi-

litaristen möglichst von ihren Verbündeten austragen lassen wollen.

Weder im Pentagon noch im Brüsseler NATO-Hauptquartier dachte man also daran, die unzähligen Pressemeldungen zu demontieren, die USA wollten mit dem Segen Londons letztlich die Falklands (Malwinen) zu einem „großen Luftwaffen- und Marinestützpunkt“ machen, der dazu gedacht ist, die Seewege des Südatlantik zu kontrollieren, aber auch, einen Druck auf lateinamerikanische Staaten auszuüben, die von dort aus leicht zu bedrohen wären. Bei einer Analyse dieser Pläne entdeckte die brasiliatische Zeitung „Folha de São Paulo“ folgenden Aspekt: Die führenden NATO-Mächte hofften darauf, „in die Gendarfunktionen für die Interessen des Westens im Südatlantik“ die rassistische RSA einsetzen zu können, und würden als Gegenleistung die Durchsetzung der Unabhängigkeit Namibias behindern.

Wir sehen also, wie eng die kolonialistischen Vorstellungen der NATO-Führung in den verschiedenen Regionen verknüpft sind. Und überall stützen sie sich auf jene politischen Kräfte, die besonders zum internationalen militärischen Abenteuer neigen: Auf die südafrikanischen Rassisten, die chilenische Junta, die israelische Regierung Begin-Sharon. Dabei kommt es dazu, daß der Schwanz anfängt, mit dem Hunde zu wedeln, was unkontrolliert, nach Meinung des in London erscheinenden Magazins „Middle East International“ sogar erschreckende Folgen birgt, über die offenbar niemand (im Westen) nachdenken will. Am 23. April schreibt das Magazin:

„Jetzt ist es schon nicht mehr die Frage, ob Israel die Bombe besitzt, sondern wie viele Bomben es besitzt... Es ergeben sich immer mehr Beweise dafür, daß Israel eine ganze Reihe moderner Nuklearwaffen entwickelt. Viele glauben heute, daß die von Satelliten Ende 1979 registrierte Explosion bei den Prinz-Eduard-Inseln im Südatlantik, die einer Kernexplosion ähnelte, ein gemeinsamer Kernwaffentest Israels und der RSA gewesen ist.“

Möglicherweise ist es ein Zufall, daß auch die jetzigen stürmischen Ereignisse im Südatlantik toben. Kein Zufall dürfte es sein, daß erneut ein nuklearer Schatten über dieser von den Weltzentren so entfernten Region liegt. Der Oberkommandierende des in den Südatlantik entsandten britischen Geschwaders, Konteradmiral Woodward, teilte mit, er sei ermächtigt, „sich bei Vorliegen schwerwiegender Umstände“ auch mit Atomwaffen zu verteidigen“. Die britischen Konservativen können sich also beglückwünschen, da sie nun unter denen sind, die selbst bei lokalen Konflikten den nuklearen Geist aus der Flasche lassen wollen. Folgerichtig sind sowohl die NATO, die ja Großbritannien „selbst bei einer Eskalation“ unterstützen will, als auch Washington in der gleichen feinen

Gesellschaft! Ist das aber ein Wunder, wo doch der kürzliche Pentagonbericht über die Strategie eines nicht mehr lokalen, sondern schon globalen Kernkriegs folgenden Punkt enthält: „Die Strategie für Südwestasien, einschließlich des Persischen Golfs, weist die amerikanischen Streitkräfte an, notwendigenfalls auf eigene Initiative Stellungen in dieser Region zu beziehen, ohne die Bitte einer befreundeten Regierung abzuwarten, wie es die offizielle Politik verlangte.“ Das also sind die offiziellen Erklärungen gegenüber den Entwicklungsländern wert: Sogar jene „befreundeten Regierungen“ sollen zu rechtlosen und schweigenden Opfern der globalen antisowjetischen Strategie verdammt werden. Dem Westen unliebsamen Regimes aber wird einfach der Krieg erklärt...

Angesichts der jüngsten Ereignisse lassen sich die glatten Formulierungen im Kommuniqué der Mai-Tagung des militärischen Planungsausschusses der NATO hinsichtlich des „gemeinsamen Interesses an Sicherheit und Stabilität, Unabhängigkeit und Souveränität der außerhalb der NATO-Zone liegenden Länder“ sowie die Bereitschaft der NATO-Mitglieder, dazu „einen entweder direkten oder indirekten Beitrag“ zu leisten, nur so interpretieren. Besonders zu beachten ist, daß in diesem Kommuniqué die NATO faktisch die „Eingreiftruppe“ der USA unter ihre Fittiche genommen hat. Die Strafaktionen dieses Stoßtrupps des US-Neokolonialismus werden von vornherein mit den „Sicherheitsinteressen“ und dem Verteidigungspotential des Bündnisses“ verknüpft, wobei die übrigen Mitglieder die unzweideutige Verpflichtung übernahmen, „ein Eingreifen der Truppe außerhalb der NATO-Zone zu erleichtern“.

Solche Formulierungen könnten jene teuer zu stehen kommen, die sie unterschrieben haben. Denn hier entstehen verschiedene Fragen. Wie werden die Völker der Entwicklungsländer, die bis Ende des Jahrhunderts rund 90% der Menschheit stellen, auf die neuen Versuche, sie ins Steinzeitalter zurückzutreiben, reagieren? Wohin führen diese Versuche die west-europäische Wirtschaft, die ja sehr viel mehr als die der USA vom Handel mit den Entwicklungsländern, vor allem von lebenswichtigen Rohstofflieferungen, abhängt? Wohin führen die unausbleiblichen Konflikte, die aus der neokolonialistischen Politik der NATO entstehen? Und schließlich: Werden sich die Westeuropäer damit abfinden, in Konflikte hineingezogen zu werden, die sie nichts angehen?

Niemand weiß natürlich, welche konkreten Antworten die Geschichte auf diese Fragen bereithält. Klar ist nur, daß sie ganz anders aussehen werden als die, auf die die imperialistischen Politiker der NATO hoffen.

IM PATT

„Am 6. Juni, wenn 1,2 Millionen Hamburger ein neues Parlament wählen, entscheiden sie nicht nur über die politische Zukunft ihrer Stadt, zur Abstimmung gestellt ist zugleich das sozialliberale Regierungsbündnis in Bonn.“

Für diese Einschätzung des „Spiegel“ bestand guter Grund. Hamburg ist nicht nur eine der größten BRD-Städte, sondern besitzt den Status eines Bundeslandes. In den Nachkriegsjahren hatten die Sozialdemokraten hier fast alle Wahlen gewonnen. Bei einem Sieg der rechtsbürgerlichen CDU in Hamburg hätte diese ihre Mehrheit im Bundesrat so stark ausbauen können, daß sie damit die Handlungsfreiheit der Bonner Regierung blockiert hätte.

Dazu kam es nicht. Obwohl die CDU hier 43,2% der Stimmen (1978 37,6%) auf sich vereinte, erhielt sie nicht die Möglichkeit, den Hamburger Senat zu bilden. Vor der Tür blieben erneut die Freien Demokraten, die nicht die notwendige 50%-Klausel übersprangen. Der Block der „Grünen“ erhielt zum erstenmal einen ausreichenden Stimmenanteil (17,7%), um im Senat vertreten zu sein. Der Erfolg dieser Gruppierung erklärt sich nicht nur durch die Aktualität der Umweltfragen, sie scharfe, wie man hier sagt, das „Protestpotential“ um sich, also viele von denen, die weder mit den Regierungsparteien noch mit der Opposition zufrieden sind. Die Grünen jedoch haben keinen Wunsch, eine Koalition mit der CDU einzugehen. Deshalb konnten die Sozialdemokraten, trotz der starken Verluste und mit weniger Stimmen als die CDU — 42,8% — ihren Status als Regierungspartei beibehalten. (Laut Verfassung kann der jetzige Senat im Amt bleiben, bis das Parlament mit Stimmenmehrheit einen neuen Senat wählt. Diese Mehrheit aber hat die CDU nicht.) Da der Status aber recht unsicher ist, schließt man hier Neuwahlen nicht aus.

Die Unfähigkeit der Bonner Regierung, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, sowie ihre widersprüchliche Außenpolitik haben dieses Wahlergebnis beeinflußt.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Hamburg, am 7. Juni

IN DER SACKGASSE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Igor TITOW

Am Sonntag, dem 6. Juni, kam der Straßenverkehr in London für einige Stunden zum Erliegen. Aus drei Richtungen marschierten Kolonnen von Demonstranten zum Hyde Park. Viele hatten mit ihren Rucksäcken Hunderte Meilen zurückgelegt, um an dieser mächtvollen Friedensdemonstration von Briten verschiedenster Alters und unterschiedlicher politischer Überzeugungen teilzunehmen. Unter den 250 000 Demonstranten waren Vertreter von 80 Friedensorganisationen, Branchengewerkschaften, Parteien und Jugendbewegungen. Allein der Zeitpunkt der Demonstration bestimmte ihre drei Hauptziele: von der Regierung eine Beendigung des nuklearen Wettrüstens und die Einstellung der Kriegshandlungen im Südatlantik zu verlangen und gegen den Großbritannienbesuch von US-Präsident Ronald Reagan zu demonstrieren. Auf den Plakaten standen Lösungen wie „Nein zu Cruise Missiles und Tridents“, „Fort mit den amerikanischen Stützpunkten aus unserem Land!“, „Beendet den blutigen Krieg im Südatlantik!“ und „Nein zum Reagan-Besuch!“

Die von Präsident Reagan vorgeschlagene „Null-Lösung“ wird die Nuklearstützpunkte in Schottland unangetastet lassen und die Regierung nicht hindern, das wahnsinnige Trident-Vorhaben zu verwirklichen, betonte die Vizevorsitzende der Schottischen Nationalistischen Partei, Isabel Lindsay. Die britischen Nuklearkräfte müssen in die Verhandlungen über eine Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen einbezogen werden, erklärte sie.

Während in London diese Großkundgebung stattfand, setzten auf den fernen Falklandinseln (Malvinen) britische Fallschirmjäger und Marineinfanteristen, die in Nordirland und bei NATO-Übungen in Norwegen „Erfahrungen“ gesammelt hatten, die Operation zur Einkreisung von Port Stanley fort. Das Verwaltungszentrum der Inseln wurde unaufhörlich von Land, Wasser und Luft aus beschossen. Auf dieses „übergroße Dorf“, wie TV-Kommen-

tatoren es nannten, gingen viele Tausende Tonnen Raketen, Bomben und Geschosse nieder. Die Regierung verhehlt ihre Ziele nicht — die argentinische Garnison von Port Stanley aufzureißen und die Inseln vollständig zu besetzen. Doch die Tories müssen die zunehmende Zahl der Opfer des Konflikts berücksichtigen. Ebendeshalb wollen die britische Armada und die Landetruppen vor der „entscheidenden Schlacht“ die Positionen der argentinischen Einheiten intensiv beschießen und bombardieren und sie so zur Kapitulation zwingen. Größtmögliche Verluste auf argentinischer Seite bei geringstmöglichen britischen — das wäre nach dem Gusto der Tories.

Auf der Woge der bis zum äußersten getriebenen Kriegshysterie vermochte die Regierungspartei, das unaufhaltsame Sinken ihrer Popularität zu stoppen und einen Teil der Bevölkerung von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen abzulenken. Doch selbst im Lager der Konservativen melden sich jetzt Politiker, die darüber nachdenken, ob der Preis für die Rückgewinnung der Inselkolonie nicht zu hoch ist. Differenzen traten auch im Kabinett auf. Der „Times“ zufolge ließen Erklärungen von Außenminister Francis Pym, Großbritannien werde letztlich Verhandlungen mit Argentinien über die Zukunft der Inseln aufnehmen müssen, Margaret Thatcher wütend werden. Die Beziehungen zwischen der Ministerpräsidentin und Pym, betont die Zeitung, haben sich so zugespielt, daß einige Kabinettskollegen Thatchers den Außenminister im Unterhaus und selbst in Gesprächen mit Abgeordneten anderer Parteien zu beleidigen begannen. Nach Meinung der „Times“ teilen Innenminister Whitelaw und Expremier Heath Pym's Ansichten zum Geschehen im Südatlantik.

Die Tories sind mit vielen Problemen konfrontiert. Nach allgemeiner Auffassung hiesiger Beobachter wird es nicht gelingen, eine derartige chauvinistische Euphorie lange am Kochen zu halten. Das politische Leben werde unweigerlich in seine

Bahnen zurückkehren. Außerdem werde zu den bestehenden Problemen die Trauer der Nation um die Gefallenen kommen. Wenn die Armada unvollständig zurückkehrt, wenn der ganze Preis der Operation der Eingreiftruppe deutlich wird, dann wird Thatcher vor der tatsächlichen Herausforderung ihrer Führungsrolle stehen, schreibt der bekannte britische Publizist Anthony Sampson.

Das Fehlen einer klaren Haltung zum Krieg im Südatlantik hat der Popularität der größten Oppositionspartei, der Labour Party, geschadet. Die Labour-Führer, die den Beschuß der Regierung unterstützt hatten, die britische Armada zu den Falklandinseln (Malvinen) zu entsenden, müssen jetzt die bitteren Früchte ernten. In der Partei nehmen die Differenzen zwischen dem rechten und dem linken Flügel zu. Bei den Nachwahlen Anfang Juni belegte der Labour-Kandidat nur den dritten Platz. Angesichts dieses Mißfolges verstärkten die Rechten in der Partei ihre Machenschaften hinter den Kulissen. Sie wollen die Parteiführung zwingen, vom Kurs der letzten Parteikonferenzen auf soziale und wirtschaftliche Reformen, auf den Kampf für Frieden und Abrüstung abzugehen. Manch einer von ihnen hätte nichts dagegen, die entstandene Lage für einen innerparteilichen Umsturz, d. h. für eine Auseinandersetzung der Führer, auszunutzen. Genannt werden sogar mögliche Kandidaten für diesen Posten: Peter Shore und Denis Healey.

Diskutiert werden verschiedene Varianten der Regierungspolitik. Eine von ihnen, schreibt der „Guardian“, ist die Schaffung einer großen Militärbasis der USA, die die Verteidigung des Archipels ähnlich wie der Insel Ascension übernehmen würden. Die Errichtung eines solchen Stützpunktes auf den Falklandinseln (Malvinen) würde nach Meinung der Zeitung geopolitische Ambitionen der USA „befriedigen“. Einstweilen aber sterben britische Soldaten im Südatlantik. Der Konflikt eskaliert weiter. Wie weiter? Diese Frage stellen sich jetzt viele Briten.

London, am 7. Juni

DIE „BEREITSCHAFT“ DER USA

ZUR BEGRENZUNG DER KERNWAFFEN

Die Hauptrichtung der außenpolitischen Tätigkeit der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Ländergemeinschaft war und bleibt der Kampf für Frieden, Entspannung und Einstellung des Wettrüsts, vor allem des nuklearen. Die Friedensinitiativen und die konstruktiven Vorschläge der Sowjetunion, die auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU und in den nachfolgenden Reden des Genossen Leonid Breshnew vorgebracht wurden, erfassen einen weiten Komplex konkreter Maßnahmen sowohl politischen als auch militärischen Charakters. Gemeinsam haben sie das eine Ziel, alles Erdenkliche zu tun, um die Völker aus der Gefahr eines Kernkriegs zu erlösen und den Frieden auf Erden zu erhalten. Genosse Leonid Breshnew führt aus: „Dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, einen Fortschritt zur Verängerung und im Endergebnis zur Beseitigung der Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe zu erzielen — das ist das Hauptproblem, das heute auf der Tagesordnung unseres Lebens steht. Gerade hier und in dieser Richtung wird die Kardinalfrage entschieden, wie sich die internationale Lage weiter entwickeln wird, gerade hier entbrennt gegenwärtig der schärfste Kampf.“

Auch die Regierung der USA scheint, besonders in den letzten Monaten, für einen Rüstungsabbau einzutreten. Aber weder ihr politischer Kurs noch ihre praktischen Maßnahmen bestätigen das. In den letzten anderthalb Jahren sind die USA von der Entspannungspolitik abgegangen und haben auf die Positionen der Konfrontation und des Aufheizens der internationalen Spannungen hinübergewechselt.

Ein Beispiel dafür liefert auch die außenpolitisch programmatiche Rede des US-Präsidenten vom 9. Mai d. J. In ihr wird Kurs auf einen Zweikampf mit den sozialistischen Ländern und darauf genommen, die Orientierung auf eine „Umrüstung Amerikas“ zu dem Zweck beizubehalten, eine militärische Überlegenheit über die UdSSR zu erlangen.

Zugleich wird nach langen Aufschüben in dieser Rede endlich dem Vorschlag der Sowjetunion beigestimmt, die Verhandlungen über eine Begrenzung und einen Abbau der strategischen Rüstungen wieder aufzunehmen. Der Präsident hat

„mit allem Ernst und aller Gewissenhaftigkeit“ zu verhandeln versprochen, damit eine langwährende Übereinkunft erzielt werde, die eine Verringerung der Kernwaffensysteme und einen Abbruch der Aufstockung der strategischen Streitkräfte vorsehen wird. Das werde den Weg „zu künftigen noch weiterreichenden Maßnahmen“ bahnen.

Viele Politiker und Militärs und die breite Öffentlichkeit hätten in der Rede des US-Präsidenten gern Anzeichen für den Wunsch entdecken wollen, daß die internationales Beziehungen im allgemeinen und die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im besonderen in ein konstruktives Gleis gebracht werden. Hoffnungen darauf sind laut geworden, daß Washington seinen Kurs auf eine Gewaltkonfrontation und eine Schmälerung der Positionen und Interessen anderer Staaten in realistischem Sinne einer Revision unterziehen werde.

Inwiefern entsprechen die Vorschläge des amerikanischen Regierungschefs zur Lösung des Problems der strategischen Rüstungen diesen Hoffnungen nicht formal, sondern wirklich?

I.

Es ist klar, daß die Einwilligung des US-Präsidenten in die Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs über die strategischen Rüstungen an und für sich ein Schritt in der richtigen Richtung ist. Die Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen ist im wahrsten Sinne des Wortes die Kardinalfrage der Gegenwart. Das trifft nicht allein für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu, sondern ist global gültig. Ihre konstruktive Lösung entspräche den Zielen einer Erhöhung der Stabilität auf dem weltpolitischen Schauplatz, einer Festigung des Friedens und der Sicherheit. Deshalb trat und tritt die Sowjetunion konsequent und nachdrücklich dafür ein, daß im Prozeß der Begrenzung und des Abbaus der strategischen Rüstungen keine Unterbrechung, ja nicht einmal ein Abflauen eintritt und daß der Aufstockung der nuklearen Rüstungen ein Ende bereitet wird.

Entspricht diesen Zielen die sogenannte „neue Einstellung“ zur

Begrenzung der strategischen Rüstungen, die von der US-Regierung angekündigt worden ist? Wenden wir uns der Stellungnahme der USA zu, wie sie in der Rede des Präsidenten vom 9. Mai d. J. formuliert ist.

Sein Vorschlag betrifft einen stuifenweisen (separaten) Abbau. In der ersten Phase, auf die die US-Regierung das größte Gewicht legt, sollen nur die ballistischen (boden- und seegestützten) Raketen abgebaut werden, in der zweiten ist nur von einer sehr vagen „Festsetzung der Höchstgrenzen für die anderen Komponenten der strategischen Kernstreitkräfte“ die Rede. Für die ballistischen Raketen wird in der ersten Phase vorgeschlagen, die Gesamtzahl ihrer Sprengköpfe auf ein Drittel (der Erklärung des Präsidenten zufolge vom jetzigen Stand von 7500 auf 5000) zu verringern, unter der Bedingung, daß nicht mehr als die Hälfte dieser Zahl (2500 Einheiten) auf bodengestützten interkontinentalen ballistischen Raketen (IBR) angebracht sein soll, während die Gesamtzahl der Raketen auf einen gleichen Stand gesenkt wird, der etwa der Hälfte der jetzigen amerikanischen ballistischen Raketen, d. h. von 1700 auf 850 Einheiten, entspricht.

Rein äußerlich scheint das annehmbar zu sein — es sind wesentliche Einschränkungen, und sie erfassen wirklich bedrohliche Systeme. Man braucht aber nur gründlicher hinzusehen, dann entdeckt man in der Stellungnahme der USA eine krasse Einseitigkeit, die Absicht, das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit, das sich in jahrelangen Verhandlungen vollauf bewährt hat und das den Interessen sowohl der UdSSR als auch der USA entspricht, restlos aufzuheben.

Die Vereinigten Staaten sondern aus der Gesamtheit der strategischen Mittel als Verhandlungsgrundlage nur die ballistischen Raketen aus, wobei sie den Nachdruck vor allem auf die bodengestützten IBR legen. Es fragt sich: Warum?

Die strategischen Rüstungen der UdSSR und der USA sind sich strukturell nicht gleich. Sie haben sich Jahrzehntelang in verschiedenen Richtungen entwickelt. In der Sowjetunion sind traditionsgemäß die bodengestützten IBR mehr entwickelt worden, in den USA dage-

gen die seegestützten ballistischen Raketen und die strategische Luftwaffe. In der Sowjetunion entfallen auf die bodengestützten IBR etwa 70% der Gefechtsköpfe, in den USA dagegen etwa 20%. Dafür sind bei ihnen über 80% der Gefechtsköpfe an ballistischen Raketen in U-Booten und auf schweren Bombern installiert, also ein Mehrfaches dessen, was auf den entsprechenden Bestandteilen der sowjetischen strategischen Kräfte untergebracht ist.

Ungeachtet dieser strukturellen Unterschiede sind die beiderseitigen strategischen Potentiale ausbalanciert. Das bestätigen die Angaben über den Stand der strategischen Streitkräfte der UdSSR und der USA, die die Seiten 1979 beim Unterzeichnen des SALT-II-Vertrags austauschten. Der SALT-II-Vertrag sieht vor, daß jede der Seiten die Zahl der Träger, die sie bei seinem Inkrafttreten hat, bis Ende 1981 auf 2250 Einheiten verringern wird.

Das ungefähre Gleichgewicht in den strategischen Rüstungen besteht auch jetzt. Vor kurzem erklärte Leonid Breschnew: „Die Sowjetunion hat vom Augenblick der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags im Jahre 1979 an auf dem Gebiet der strategischen Rüstungen überhaupt nichts getan, was zu einer Veränderung der hergestellten annähernden Parität geführt hätte.“

Der Präsident benutzt den strukturellen Unterschied der strategischen Rüstungen und schlägt einen Abbau vor, der größtenteils die sowjetischen IBR, die amerikanischen Rüstungen aber unvergleichlich weniger betreffen soll. In konkrete quantitative Indizes umgerechnet, würde das zu einem etwa 50- bis 60prozentigen Abbau der Gefechtsköpfe auf den sowjetischen IBR und des größten Teils der Raketen selbst führen. Was die USA betrifft, so bekämen sie nach dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Abbau einer gewissen Zahl von Gefechtsköpfen durch Ausmusterung mehrerer veralteter U-Boote eine Möglichkeit, die Zahl der Sprengköpfe auf bodengestützten IBR durch Aufstellung neuester Raketen sogar noch zu vermehren. Der Abbau würde das größte Arsenal der Gefechtsköpfe unberührt lassen, das auf amerikanischen schweren Bombern installiert ist.

Folglich wären die vom US-Präsidenten vertretenen sogenannten „radikalen“ Einschränkungen nur auf sowjetischer Seite so. In Washington möchte man mehr als die Hälfte der sowjetischen IBR abgebaut sehen, ohne selbst irgendetwas einzubüßen. Nach Berechnungen,

die sich aus dem amerikanischen Vorschlag ergeben, wird klar, daß die USA vorhaben, die jetzige ungefähre Parität der strategischen Rüstungen aufzuheben und den USA unverkennbare Vorteile zu sichern.

Es genügt zu sagen, daß bei einer Ausführung des Plans der US-Regierung das sowjetische strategische Kernwaffenpotential (der Zahl der Gefechtsköpfe nach) nur ein Drittel des amerikanischen ausmachen würde. Hinzu kommen einige Tausend see- und bodengestützte Flügelraketen, die die USA zusätzlich aufzustellen beabsichtigen. Die Sowjetunion kann auch deren Absichten zu einer „Nachrüstung“ Westeuropas mit neuen Mittelstreckenraketen nicht unbeachtet lassen. Bei einer Annahme der jetzigen amerikanischen Vorschläge müßte die UdSSR nicht nur ihr strategisches Potential stark verringern, sondern auch ihre strategischen Kernstreitkräfte radikal umbauen, während die USA die strategischen Rüstungen ungehindert aufstocken würden, u. zw. durch eine planmäßige Aufstellung der neuen IBR „MX“, der seegestützten ballistischen Raketen „Trident 1“ und „Trident 2“, durch strategische B-1B-Bomber und durch Flügelraketen von großer Reichweite.

Mit anderen Worten rechnen die Vereinigten Staaten auf ein so gearbeitetes Abkommen über einen Abbau der strategischen Rüstungen, das zu einseitigen Vorteilen führen und die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR, ja aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft, empfindlich schädigen würde. Und so etwas gibt die US-Regierung für einen „konstruktiven Schritt“ aus und stellt es als „vernünftiges militärisches Gleichgewicht“ hin.

Die US-Regierung sollte wissen, daß es ihr unter den jetzigen Umständen nicht gelingen wird, eine Überlegenheit zu erlangen. Dazu hat Genosse Leonid Breschnew klipp und klar gesagt: „Auf ein Abkommen, das den USA einseitige Vorteile brächte, lassen wir uns nicht ein. Da sollte es keine Illusionen geben.“

Der Präsident hat seine Vorschläge damit motiviert, daß die bodengestützten IBR besondere „destabilisierende Eigenschaften“ hätten. Solche Behauptungen sind, gelinde gesagt, ungenau. Sie widersprechen der wirklichen Sachlage. Die Entwicklung strategischer Offensivwaffen bewegt sich jetzt in einer Richtung, in der alle ihre Komponenten hinsichtlich ihrer Einsatzmöglichkeiten vergleichbar werden.

So erreichen die Gefechtsköpfe der seegestützten ballistischen Raketen in Reichweite, Stärke der Kernladung und Treffsicherheit das Niveau der bodengestützten Mittel und können diese in absehbarer Zeit übertreffen. Das gleiche gilt für die strategischen Bomber.

Nehmen wir z. B. die auf U-Booten untergebrachten amerikanischen ballistischen „Trident“-Raketen. Schon jetzt haben Raketen dieses Typs — die „Trident 1“ — fast genau solche Kampfqualitäten wie die bodengestützten IBR. Die neuen, mit „Trident-2“-Raketen bestückten U-Boote, die ins Rüstzeug aufgenommen werden sollen, werden aber, nach Angaben der amerikanischen Presse, in ihren Kampfqualitäten die bodengestützten IBR übertreffen. Diese U-Boote werden 24 Startrampen haben. Ihre Reichweite bis zu 11 000 km wie auch die Treffsicherheit und Stärke der Kernladungen werden nicht geringer als die der bodengestützten IBR sein. Ein U-Boot mit „Trident-2“-Raketen kann 336 Kerngefechtsköpfe tragen. Wie Verteidigungsminister Weinberger im Kongress erklärt hat, werden „mit Trident-2-UR bestückte Raketen-U-Boote verschiedenartige sehr schwer zerstörbare und gutgeschützte Ziele zu treffen imstande sein“.

Ahnliche Aufgaben werden die Weitstreckenbomber mit Flügelraketen (die bis zu 2600 km Reichweite haben) erfüllen können. In einem Bericht der Vereinigten Stabschefs an den US-Kongress heißt es, daß „die Flügelraketen dank ihrer außerordentlichen Treffsicherheit zur Vernichtung bestgeschützter Ziele auf dem Boden der UdSSR verwendet werden können“. Es ist geplant, die mit den hochpräzisen Flügelraketen bestückten „B-1B“-Bomber, die in den USA geschaffen werden, zu Schlägen gegen Objekte auf dem Boden der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zu verwenden, ohne daß sie in die Wirkungszone ihrer Luftabwehrsysteme einzufliegen brauchen. Insofern kann man die Absicht der USA, die Debatte über die strategische Luftwaffe auf eine „zweite Phase“, auf später zu verschieben und über die ganz gleich wie gestützten Flügelraketen überhaupt nicht zu verhandeln, wie man will, bloß nicht als Kennzeichen einer sachlichen, verantwortungsbewußten Einstellung zum Problem des Abbaus der strategischen Rüstungen qualifizieren.

Während die USA neue Systeme strategischer Waffen entwickeln und aufstellen, erklärt der amerika-

nische Regierungschef, daß er in dem Wunsch handelt, „eine wirkliche und langwährende Begrenzung der sowjetischen Militärprogramme zu erreichen“. Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Präsident den Wunsch, die USA auf- und die Sowjetunion abzurüsten, eindeutig genug geäußert hat. Die extreme Unausgeglichenheit und das Fehlen jedes Gefühls für das rechte Maß sind vielen amerikanischen Persönlichkeiten und westeuropäischen Politikern aufgefallen. Vorzuschlagen, daß die Sowjetunion den Schirm beseitigen soll, der sie und ihre Freunde vor imperialistischen nuklearen Bedrohungen schützt, und zugleich das umfangreichste Umrüstungsprogramm in der Geschichte der USA auszuführen — das geht sogar der an politische Sensationen gewöhnten bürgerlichen Öffentlichkeit über die Hutschnur.

Deshalb haben die Vorschläge der amerikanischen Regierung zum Abbau der Kernrüstungen in der Form, wie sie am 9. Mai d. J. gemacht wurden sind, bei vielen den Eindruck hinterlassen, daß es ihr vor allem nicht darum geht, eine Einigungsgrundlage zu schaffen, sondern um das Gerede über Verhandlungen. Dieser Eindruck nahm noch zu, nachdem einige andere Repräsentanten der US-Regierung neulich Reden gehalten hatten.

II.

Die Sowjetunion betrachtet es als Hauptaufgabe, die Kernkriegsgefahr zu verringern und dann zu banen. Dazu muß man sich einigen, den Wettlauf im Horten und Entwickeln immer neuer strategischer Mittel einzustellen. Das wiederum ist unerreichbar, ohne daß beide Seiten die Versuche aufgeben, eine militärische Überlegenheit zu erlangen, und ohne daß das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit rückhaltlos gewahrt wird. Die „neue Einstellung“, die dieses Prinzip leugnet oder falsch interpretiert, verurteilt die Weltöffentlichkeit zu einem jahrelangen unfruchtbaren Zweikampf, zum Verausgaben kolossaler Ressourcen und zu einem Risiko und einer Gefahr, die ständig zunehmen. Nach Ansicht der Sowjetunion müssen die Verhandlungen der Aufgabe dienen, bei den strukturell verschiedenen strategischen Rüstungen der Seiten mit Rücksicht auf politische, geographische und andere Faktoren beiderseits annehmbare langfristige Lösungen zu finden, die die militärische Konfrontation der UdSSR und der USA ohne Schaden für ihre Sicherheit wesentlich verringern würden.

Dafür ist es, wie die USA früher

auch selbst vorschlugen, notwendig, alle Bestandteile des strategischen Potentials in ihrem Komplex zu erörtern. Eine andere, aus dem Komplex herausgerissene Erörterung der strategischen Rüstungen der Sowjetunion und der USA wird bei den objektiv vorhandenen Unterschieden zwischen ihnen unweigerlich zu einer schweren Störung des bestehenden Gleichgewichts der strategischen Potentiale führen und die Sicherheitsinteressen einer Seite schmälern.

Außer für die quantitative Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen tritt die Sowjetunion auch für eine Begrenzung ihrer qualitativen Perfektionierung ein. Notwendig ist die Ergänzung der quantitativen durch qualitative Begrenzungen ebenfalls nach dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit. Solche Begrenzungen sollen es jeder der Seiten unmöglich machen, durch Perfektionierung der Rüstungen alleinige Vorteile zu erlangen.

Die UdSSR hält es für eminent wichtig, alle Kanäle für eine Fortsetzung des strategischen Wettrüstens zu sperren. Das bedeutet, daß die Entwicklung neuer strategischer Waffen, z. B. solcher wie der ganz gleichwohl gestützten Flügelraketen, entweder verboten oder maximal begrenzt werden muß. Die Aufstellung großer Mengen von Flügelraketen, noch dazu ohne Begrenzung durch künftige Abkommen, wird eine wirksame Kontrolle der strategischen Rüstungen unmöglich machen. Die Flügelraketen sind ein ernster nuklearer Gefahrenherd geworden. Ihr Ausschluß aus einem Abkommen wird eine für beide Seiten annehmbare Übereinkunft über eine Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen überhaupt problematisch machen.

Konkrete Maßnahmen zum quantitativen Abbau der strategischen Rüstungen und zur Begrenzung ihrer weiteren qualitativen Perfektionierung müssen direkt im Laufe der Verhandlungen formuliert werden, für die man sich Zeit lassen muß. Damit die Verhandlungsdauer selbst nicht mit einer weiteren intensiven Aufstockung der Kernrüstungen ausgefüllt werden kann, schlägt die Sowjetunion vor, schon bei Verhandlungsbeginn zu vereinbaren, daß die Waffen mit strategischer Bestimmung quantitativ auf Eis gelegt und daß ihre Modernisierung maximal begrenzt werden soll. Weiter treten wir dafür ein, daß weder die USA noch die UdSSR während der Verhandlungen etwas

unternehmen, das die Stabilität der strategischen Situation stören könnte. Solche an und für sich wichtigen Schritte zum Einfrieren würden ein Vorwärtskommen bei den Verhandlungen bedeutend erleichtern und günstige Voraussetzungen für eine möglichst baldige Annahme wirksamer Beschlüsse schaffen.

In die künftige Vereinbarung über eine Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen sollte man alles Positive übernehmen, das die Seiten bei den früheren Verhandlungen erreicht haben. Nach Dafürhalten der Sowjetunion könnte dadurch auch ein ungerechtfertigter Zeitverlust vermieden werden.

• • •

Bestrebt, die Verhandlungen über die strategischen Rüstungen von Anfang an zielstrebig und konstruktiv zu gestalten, hat die Sowjetunion — was Leonid Breshnew auf dem XIX. Komsomolkongreß in seiner Rede eindeutig erklärte — vorgeschlagen, daß sich beide Seiten beim Verhandeln strikt an das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit halten sollen, daß bei den Verhandlungen keinerlei Versuche gemacht werden, die hergestellte Parität anzutasten, daß die Verhandlungen wirklich darauf ausgerichtet sein sollen, die strategischen Rüstungen zu begrenzen und einzuschränken. Bei einem solchen Verhalten eben ist auf konstruktive Resultate der Verhandlungen zu rechnen.

In der Sowjetunion möchte man hoffen, daß bei denen, die jetzt über die Politik der USA bestimmen, eine nüchterne, realistische Einstellung die Oberhand gewinnen wird. Wichtige Probleme der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen harren ihrer Lösung. Genosse Leonid Breshnew hat betont: „Das Schicksal von Krieg und Frieden wird in vieler Hinsicht auch davon abhängen, ob eine sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über eine Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen erzielt werden wird oder nicht. Eine ehrliche, gerechte, niemandes Interessen schmälernde Vereinbarung.“

Aus „Prawda“ vom 4. 6. 1982

UMGEHUNGSMANÖVER

VON NORDEUROPA

Washington zeigt eine selte-ne Hartnäckigkeit dabei, den NATO-Verbündeten von der Einfuhr sibirischen Erdgases abzuraten. Nachdem der Fron-talangriff gescheitert war, lei-teten die USA eine Offensive von Nordeuropa aus ein — über Norwegen, das Erdgasla-ger im Kontinentschelf der Nordsee hat.

Propagandistisch wurde das Manöver in der Presse vorbereitet. In den letzten Wochen wurden die norwegischen Zeitungen mit amerikanischen Beiträgen über die größere Rolle Norwegens als Exportland von Öl und Gas geradezu überschwemmt. Richard Perle, Assistent des US-Verteidigungsministers für Fragen der internationalen Sicherheitspolitik, sucht angst zu machen: Durch das sibirische Gas könne Norwegen seinen Absatzmarkt in Westeuropa verlieren. „Wäre ich Norweger, würde ich Besorgnis über die künftigen Absatzmöglichkeiten von norwegischem Erdgas bekunden“, pflichtet ihm Robert Hormats, Assistent des US-Außenministers für Fragen der Wirtschaft und des Unternehmertums, bei. Und überhaupt wird jenseits des Atlantik getrommelt, müsse Norwegen sobald wie möglich Vorschläge für größere Gaslieferungen an die EG-Länder vorlegen, da die norwegischen Gasvorkommen angeblich größer seien als erwartet.

Die EG-Kommission ging dieser Frage nach, wobei sie entdeckte, daß Präsident Reagan bezüglich des norwegischen Erdgases als einer Alternative zum sibirischen falsch informiert war. Bislang, erklärte ein Sprecher der EG-Kommission, gibt es dazu keine norwegische Alternative.

Nichtsdestoweniger gibt man in Washington nicht auf. Wie die norwegische Zeitung „Af-

tenposten“ konstatierte, ist die Operation Norwegen der letzte und, wie wir meinen, verzweifelte Versuch des Weißen Hauses, die Lieferung von sibirischem Erdgas nach Westeuropa doch noch zu vereiteln.

D. POGORSHELSKI

...UND VOM FERNEN OSTEN AUS

„Monatelang haben uns das State Department und das Finanzministerium eingeredet, es sei bereits zu spät, die Errichtung der Gaspipeline in Europa abzublocken. Doch jetzt sei gerade der Augenblick gekommen, einen entsprechenden Durchbruch der Russen im Fernen Osten abzubremsen.“

Die „New York Times“, die offenbar Washingtoner Falken zitierte, meint mit dem fernöstlichen „Durchbruch der Russen“ das bereits in den 70er Jahren geschlossene sowjetisch-japanische Abkommen über die Prospektierung und Erschließung der Öl- und Gasvorkommen im Schelf von Sachalin. Die Zeitung plädiert dafür, daß das Weiße Haus die Erfüllung dieses Abkommens durch Japan auf die gleiche Weise verhindert, wie es die

Realisierung des Erdgas-Rohre-Projekts zu bremsen suchte, und zwar durch ein Lieferungsverbot für US-Anlagen.

„Dann können die Japaner wegen fehlender amerikanischer Technologie für vielleicht 2 Mio Dollar bei dem Kontrakt hochgehen, wegen dem sie, von Profitsucht und dem unerschütterlichen Glauben an die amerikanische Nachsichtigkeit getrieben, in die Macht der Russen gerieten... Wenn wir nur einen Schritt tun, und zwar die Exportlizenzen verweigern, können wir den Japanern zeigen, daß ihre Geschäftemacherei in den USA nicht unbemerkt blieb“ und zugleich den „Europäern demonstrieren, daß wir konsequent und seriös verfahren“, schrieb die „New York Times“.

Der Artikel unter der Überschrift „Der Handel von Sachalin“ wurde am 30. Mai von der „New York Times“ veröffentlicht — fünf Tage vor dem „Weltwirtschaftsgipfel“ in Versailles wollten die Washingtoner Strategen offenbar die widerspenstigen Partner erschrecken: Wenn ihr den Forderungen des Weißen Hauses nach Drosselung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion nicht nachkommt, habt ihr selbst schuld.

Wieder ein Erpressungsmanöver, doch auf „höchster Ebene“.

P. ANDREJEW

HEIMLICH.

Wasch' mir den Pe-
naß! Das möchten auch
Experten. Einerseits w-
tion auch weiterhin
Waffen versorgen. A-
Waffenlieferungen an
zur VR China erneut b-

Keine leichte Aufgabe reits einige Varianten

Variante Nr. 1. An
fenspartien zu senden,
mehr als 50 Mio Dol.
werden muß und folgt:
Wenn man aber eine
stungsgüter in zwei Li-
aufteilt, wird das Ge-
sen Gedanken kamen.

sein Gedanken kamen

BLÜHENDE DEMOKRATIE

Der südkoreanische Verleger Lee Tae Bok bekam von einem Süolen-Gericht lebenslänglich. Gleichzeitig wurden weitere 20 Personen wegen der „Verbreitung ideologisch feindlicher Schriften“ abgeurteilt. Und das, obgleich die Schriften, wegen derer Lee Tae Bok ins Gefängnis geworfen wurde, wie ein Professor sagte, nur übliche Lehrbücher für Studenten der Wirtschaftswissenschaften waren.

Die Angeklagten wurden brutal gefoltert. Der Söuler Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ bezeichnete das als die übliche Prozedur bei „politischen Verbrechen“. Ex-Fallschirmjäger Tschun Doo Hwan übernahm von seinem Vorgänger

Park Tschung Hi alle Repressionsmethoden. Panzer gegen Studenten, Foltern und Verfolgung von Andersdenkenden sind auch für das derzeitige Söuler Regime kennzeichnend.

Doch das hindert die Amerikaner nicht, große Sprüche über die „blühende Demokratie“ zu klopfen. Der US-Botschafter in Südkorea, Walker, lobte kürzlich ein weiteres Mal das Regime wegen „Fortschritten“ bei den Menschenrechten und nannte die Vertreter der Opposition „verwöhnte Lümmel“. Der Oberkommandierende der vereinigten amerikanisch-südkoreanischen Streitkräfte, General Wickham, denkt da anders: Noch sei die Zeit nicht gekommen, eine Demokratie in Südkorea zu er-



**Polizei im
des Söuler**

richten. Wen-
er wohl, w-
schon den Be-



„Japan, USA, EG: Countdown vor dem Match“ — so betitelte die Wochenschrift „Far Eastern Economic Review“ (Hongkong) im April eine Artikelserie über die starke Zuspitzung der Handelsgegensätze der drei imperialistischen Hauptrivalen. Die Versuche, ihre Streitigkeiten in Versailles friedlich beizulegen, blieben erfolglos. Zeichnung: W. Tscharakiridis

einige Mitglieder des Unterausschusses für asiatische Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Erfahrungen hat man ja: Im März d. J. gelang es Washington bereits, Taipeh heimlich Rüstungsgüter für 37 Mio Dollar zukommen zu lassen.

Variante Nr. 2. So zu verfahren, daß Taipeh in nächster Zukunft keine Lieferungen von Waffen und Ersatzteilen aus den USA benötigt. Hierfür ist bereits nicht wenig geschehen: Hunderte Millionen Dollar Militärhilfe wurden in den Aufbau der Rüstungsindustrie auf Taiwan investiert. F-5E-Jäger, Geschütze, Granatwerfer und Schußwaffen werden dort bereits einige Jahre nach US-Lizenzen erzeugt. Jetzt nimmt das eine neue qualitative Dimension an. Der Prototyp eines Düsenjägers taiwanesischer Konstruktion wird getestet, und in nächster Zeit wird dessen Massenproduktion anlaufen. Elektronische U-Boot-Abwehrsysteme, Raketenzielscheineinrichtungen, Panzerabwehrkanonen, ein neuer Schützenpanzerwagen, eine 155-mm-Haubitze und ein 20-mm-Schnellfeuergeschütz wurden entwickelt. Geplant sind ein Küstenwachboot, neue Jagdflugzeuge und Bomber, Raketenysteme und Panzer. An all diesen Entwicklungen beteiligen sich aktiv der „Free China Weekly“ (Taiwan) zufolge „ausländische Experten“. Woher diese stammen, ist klar. Unterhält ja das State Department in Taipeh eine „inoffizielle“ Vertretung, besetzt mit Diplomaten im „zeitweiligen Urlaub“. Warum also sollten US-Rüstungskonzerne nicht auf Taiwan „ausländische Experten“ haben?

Es gibt auch andere Möglichkeiten, Taiwan heimlich, still und leise aufzurüsten. So über die amerikanischen NATO-Verbündeten, durch Förderung der militärischen Zusammenarbeit Taipehs mit Söul, Pretoria und Tel Aviv. Unterhalten sie ja keine diplomatischen Beziehungen zu Peking und haben also nichts zu verlieren.

Kürzlich meldete die japanische „Mainichi“ mit Hinweis auf Vertreter des State Departments, daß die USA und China Konsultationen über nucleare Zusammenarbeit aufgenommen haben. Die Verlockung für Peking ist so groß, meint man wohl in Washington, daß mit Zugeständnissen in der Taiwanfrage zu rechnen sei. Dann erübrigten sich auch die diversen Tricks und Raffinessen.

IM TEUFELSKREIS

„Latta“, „Jones“ und „Aspin“ — so benannt nach ihren geistigen Vätern wurden Voranschläge für den Haushalt 1983, die Ende Mai vom Repräsentantenhaus des US-Kongresses erörtert wurden.

„Latta“ bedeutet eine enorme Anhebung der Verteidigungsausgaben, wodurch in den kommenden drei Jahren ein Defizit von 253 Md. Dollar entstehen wird. Die Etats für Lebensmittelhilfe, Wohnungsbau und Gesundheitswesen werden stark zusammengestrichen.

Jones" verheißt einen etwas bescheideneren Anstieg der Rüstungsausgaben, ein Dreijahresdefizit von ca. 230 Md. Dollar und einen geringeren Abbau der Sozialausgaben.

„Aspin“ ist ein Kompromiß zwischen den beiden ersten Varianten.

Und schließlich als letzter Schrei ein bislang noch namenloser Vorschlag einer Koalition gemäßigter Kongreßabgeordneter.

Trotz aller Unterschiede haben die vier Vorschläge vier gemeinsame Züge. Erstens: „Das Repräsentantenhaus ist gegen die Armen“ („New-York

Times"). Zweitens: Alle Varianten würden bei ihrer Annahme durch den Kongreß zu einem größeren Haushaltsdefizit führen. Und drittens: Keiner der besagten Voranschläge kam im Kongreß durch.



„Handelsblatt“ (BRD)

Und schließlich der vierte gemeinsame Zug: Alle Vorlagen wandeln nur die Haushaltsbotschaft des Weißen Hauses ab, dessen Wirtschaftskurs gerade dafür verantwortlich ist, daß diese Vorlagen keine parlamentarische Zustimmung finden.

G. SIDOROWA

FORTBILDUNG BEI PINOCHET

Kürzlich traf in Santiago de Chile eine kanadische Delegation ein, der außer einem halben Hundert Militärs hohe Beamte verschiedener Ministerien und sogar Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören. Den kanadischen Verbündeten schlossen sich Militärs und Diplomaten aus den USA, aus Großbritannien und Australien an.

In Chile werden sie sich nicht nur einige Tage aufhalten, sondern ein ganzes Jahr. Warum so lange? Der offiziellen Version der kanadischen Botschaft in Chile zufolge trafen sie zur „Weiterbildung“ an der Akademie für nationale Sicherheit Chiles ein. Und womit die sich befaßt, ist hinreichend bekannt.

Der chilenische Geheimdienst hat reiche Erfahrungen bei Folterungen, politischen Morden und dem „Ver- schwindenlassen“ unbequemer Elemente“ gesammelt. Pinochets Helfershelfer haben sich auch bei der Niederschlagung von Proteststreiks und der „Bekämpfung subversiver „Machenschaften“ fürwahr qualifiziert.“

Dafür heißt die von den Pinochet-Henkern zum Export offerierte faschistische Wissenschaft euphemistisch „Intensivkurs zum Studium von Fragen der Verteidigung und der internationalen Politik“.

W. PAWLOW

DENKMAL FÜR DIMITROFF

Von unserem Sonderberichterstatter Albert PIN

Kowatschewzi, ein kleines, 60 km westlich von Sofia gelegenes Dorf, liegt am Flüßchen Swetja, einem rechten Nebenfluß der Struma. Weiße Häuser sind im Grün von Obstgärten, Pappeln und Weiden gebettet. Heute zählt das Dorf 2000 Bewohner.

Alljährlich finden sich hier hundertmal so viele Menschen ein, um ein niedriges, schiefergedecktes Haus, eng, mit einfachen Bauernmöbeln und bescheidenem Hausrat, zu besuchen.

Die Gäste werden von einer Frauenfigur in Bronze empfangen. Sie steht mit gefalteten Händen weit der Freitreppe. Ruhig und edel ist ihr Gesicht mit den traurigen Augen. Ein dunkles Tuch bedeckt das Kleid.

Das Leben dieser Frau war lang und schwer. Im südlichen Städtchen Banska am Pirin-Fuß geboren, war sie von klein auf an schwere Arbeit — zu Hause und bei Fremden — gewohnt, kannte das Joch der türkischen Unterdrücker, trug die Erinnerung an den im Blut erstickten Aufstand in Raslog in sich: Damals mußte sie mit anderen Flüchtlingen ihr Haus verlassen und Zuflucht in Nordbulgarien suchen. Das war bald nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78, der das verhafte Joch sprengte.

In Kowatschewzi lernte Paraschewa Dossewa Dimitr Michailow kennen, ebenfalls einen Flüchtling aus Raslog. Am 18. Juni 1882 kam beider Sohn Georgi zur Welt. Die Eltern waren stolz auf ihn und setzten ihre Hoffnung in ihn — nicht nur, weil er ihr Erstling war, sondern auch weil Georgi zu einem aufgeweckten, starken und selbständigen Jungen heranwuchs. Nach Jahren sollte Georgi Dimitroff zum Stolz ganz Bulgariens und sein Name achtungsvoll in vielen Sprachen, in allen Ländern ausgesprochen werden.

Die Welt achtete auch Paraschekewas Großtat als Mutter. Alle ihre Kinder — sechs Söhne und zwei Töchter — wurden Revolutionäre, Kämpfer für Freiheit und Wahrheit. Sie verlor drei Söhne. Georgi schwebte 1933 in tödlicher Gefahr: Er wurde in Deutschland verhaftet. Die Nazibonen wollten mit ihm und zwei seiner Kameraden, bulgarischen Kommunisten, abrechnen und fabrizierten eine Gerichtsfarce gegen sie als angebliche Reichstags-

brandstifter. Von einer der Töchter begleitet, trat die Mutter eine lange Reise an. In Paris lauschte ihr ergriffen der überfüllte Boulier-Saal. Zum erstenmal im Leben sprach sie auf einer Kundgebung, sie sagte nur ein paar ungekünstelte Worte über ihren Sohn. Die ganze Welt hörte ihren Aufruf, sich zum Schutz der Häftlinge des Faschismus zu erheben.

Dann reiste die schmächtige alte Frau in Schwarz nach Berlin und schließlich nach Leipzig, wo ihr Georgi vor Gericht stand. Aufgewühlt und doch voller Zuversicht verfolgte sie seinen Zweikampf mit dem Faschismus und seine kühnen Attacken gegen die Feinde. Es gab keine glücklichere Mutter, als ihr Georgi den Sieg davontrug.

Bulgaren und Ausländer gehen seit Jahren zu dem Haus, vor dem die alte Mutter steht. Jetzt ist der Menschenstrom besonders stark:

Am 18. Juni begeht Bulgarien den 100. Geburtstag Georgi Dimitroffs, eines flammanden Kämpfers für das Glück des Volkes, eines Kommunisten, großen Patrioten und Internationalisten.

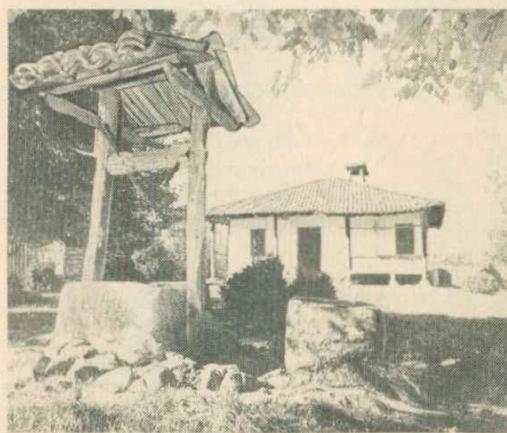
Jenseits des Bergpasses

Auf einer verschlungenen Serpentine strebt unser Minibus dem Petrochan-Paß über den Stara-Planina-Grat zu. Wir fahren aus Sofia nach dem nördlicher gelegenen Michailowgrad. Die Entfernung beträgt nur 114 km, aber man muß sich zuerst fast 1500 m hinauf- und dann vom Paß aus den steilen Berghang hinunterbemühen.

Ich war öfters in Bulgarien und bin an seine Berge gewöhnt. Aber auf dieser Straße fahre ich erstmals und mit einem besonderen Gefühl. Mit dem Nordwesten Bulgariens sind dramatische Kapitel seiner Geschichte und des Lebens Georgi Dimitroffs verbunden. Deshalb empfahlen die Kollegen aus der bulgarischen Wochenschrift „Pogled“ uns, einer Gruppe von Journalisten aus den Bruderländern, die zum Dimitroff-Jubiläum in Bulgarien eintraf, diese Gegend.

Am 21. September 1923 befuhr ein

Wagen mit angebundenen Meßblättern dieselbe Straße. Er kam aus Sofia. Darin saßen die angeblichen Ingenieure Wassil Kolarow, Georgi Dimitroff und Gawril Genow. Das ZK der Bulgarischen KP hatte ihnen einen verantwortlichen Auftrag gegeben: den bewaffneten Kampf gegen die in Bulgarien im Juni errichtete faschistische Diktatur zu leiten.



Das Dimitroff-Haus in Kowatschewzi

Die Gruppe passierte unbehelligt den Wachposten in Petrochan und bog 4 km vor Berkowiza von der Straße, die nach Ferdinand (heute Michailowgrad) führte, nach rechts, zum Dorf Wryscheza, ab. In der Nacht zum 23. September war das Dorf bereits in den Händen der Aufständischen.

Das Zentrum des Aufstands wurde Ferdinand, wohin Kolarow und Dimitroff am 24. September kamen. Aus jener Zeit hat sich in Michailowgrad das Haus der ehemaligen Bank erhalten, in der sich der Stab des Aufstands befand. Heute ist das Haus ein Museum.

Hier erinnert alles an jene Tage: Fahnen der aufständischen Truppen, ihre nicht eben sehr modernen Waffen, Messer, Jagtagne, Jagdflinten, Beile, Heugabeln und Spaten; eine wie eine Bauernfuhré wirkende Draisine. Mit ihr kamen Wassil Kolarow und Georgi Dimitroff mit der Eisenbahn von Berkowiza nach Ferdinand, wo die Aufständischen sie begeistert empfingen.

Eine Woche dauerten die heftigen Kämpfe. Auf einer Karte Bulgariens im Museum des Septemberaufstands

sind mit roten Wimpeln die Orte der Gefechte kenntlich gemacht. Besonders dicht sind die Wimpel auf jenem Teil der Karte, wo die Ortschaften des Bezirks Wraza eingezeichnet sind. Die Aufständischen kontrollierten beinahe den ganzen Bezirk. Unter dem Kommando Gawril Genows errangen sie einen Sieg bei der Eisenbahnstation Boichinowzi. Blutige Kämpfe wurden um die Donaustadt Lom geführt, aber dort verbarrikadierten sich die Regierungstruppen in den Kavalleriekasernen und harrten aus, bis Verstärkung kam.

Die Konterrevolution war stärker. Die Aufständischen konnten die Bezirksstadt Wraza nicht nehmen, und der Gegner entriß ihnen die Initiative. Die Regierungstruppen, Gendarmen und Söldner der Bourgeoisie gingen grausam gegen die vom Aufstand erfaßten Dörfer und Städte vor. Als klar wurde, daß der Feind in der Übermacht war, befahl das Militärisch-Revolutionäre Hauptkomitee den Aufständischen den Rückzug zur jugoslawischen Grenze. Unter denjenigen, die die Heimat verlassen mußten, waren auch die Führer des Aufstands. Die faschistischen Behörden verurteilten Kolarow und Dimitroff in Abwesenheit zum Tode.

Lange noch rächten sich die regierungstreuen Truppen an den Teilnehmern des ersten antifaschistischen Aufstands in Europa. Der heldenhafte Versuch der bulgarischen Werkstätten, unter Führung der KP die faschistische Diktatur zu stürzen, mißlang. Aber die Opfer waren nicht vergeblich. „Die Niederlage wird uns siegen lehren!“ schrieben Kolarow und Dimitroff an die Arbeiter und Bauern aus der Emigration. „Trotz allem wird in Bulgarien eine Arbeiter-und-Bauernregierung siegen!“ Das waren prophetische Worte. Zwei Jahrzehnte später, am 9. September 1944, fegte ein bewaffneter Aufstand das monarchofaschistische Regime hinweg und eröffnete Bulgarien den Weg zum Sozialismus.

Zusammen mit Dimitr Mladenow, dem Chefredakteur der Michailowgrader Bezirkszeitung „Septembriko Slowo“, stehe ich auf einem weiten rechteckigen Platz, der von hellen Häusern umgeben ist. Im Mittelpunkt des Platzes befindet sich ein majestätisches Denkmal der Helden des Aufstandes von 1923. Unweit vom Ewigen Feuer spielen Kinder.

Wie ganz Bulgarien habe Michailowgrad in den Jahren der Volksmacht eine zweite Geburt erlebt, sagt Mladenow. Der Stadtname ist ebenfalls neu. Früher hatte die Stadt den slawischen Namen Kutlowize getragen, aber die Machthaber tauften sie in Ferdinand um. Damit wollten sie dem Sprößling eines deutschen

Fürstenhauses, der auf dem bulgarischen Thron saß, ihre Untertänigkeit beweisen. Nach der Befreiung wurde die Stadt nach Christo Michailow genannt. Ein Führer des Aufstands von 1923, tat dieser hervorragende Mann auch während des zweiten Weltkriegs viel für sein Heimatland. Er leitete die Aufständische Volksbefreiungsarmee und fiel kurz vor dem Sieg, im Februar 1944.

Wohl jede Stadt hat ihre Helden, die den Dank der Einwohner und vielleicht sogar aller Landsleute verdient haben. Dieser Teil Bulgariens bescherte dem Land viele ruhmreiche Männer und Frauen.

Über das Dorf Gawril-Genowo könnte, glaube ich, ein interessantes Buch geschrieben werden. Hier nur ein paar Fakten. Im Jahre 1923 erhob sich praktisch das ganze Dorf (80 von den 85 Häusern) zum Kampf gegen die monarchofaschistische Diktatur. 1944 waren Bewohner von 120 Häusern in der Partisanenbewegung oder halfen den Partisanen, und nur fünf Häuser blieben abseits vom Kampf gegen den Feind. Wie uns die Dorfbewohner erzählten, gehörten acht von ihren Genossen in verschiedenen Jahren dem ZK der BKP an. Viermal war hier Georgi Dimitroff.

Das Dorf bewahrt seinen berühmten Menschen ein ehrendes Andenken. Davon zeugt schon das Museum, in dem man auch viel über das Heute erfahren kann. Übrigens befindet sich das Museum im ersten Stock des Hauses, in dem vor 60 Jahren — am 6. Mai 1922 — ein Parteiklub eröffnet wurde. Von den Faschisten nach dem Aufstand vernichtet, ist dieser Klub heute eine weitere Sehenswürdigkeit des Dorfes.

Auch das Nachbardorf Georgi-Damjanowo ist stolz auf Menschen, die hier geboren wurden und Großes vollbracht haben. Georgi Damjanow, später ein hervorragender Vertreter der bulgarischen revolutionären Bewegung und des sozialistischen Staates, leitete in seinem Heimatdorf (ehemals Lopuschna) die Parteizelle.

Die Kämpfer von Lopuschna taten sich im September 1923 hervor: Seine Bewohner und die Bauern aus benachbarten Dörfern, mehrere hundert Personen, kämpften mutig gegen die Regierungstruppen in Ferdinand.

Einen Monat früher hatte Lopuschna den faschistischen Ministerpräsidenten Zankow herausgefordert. Er kam dorthin, um ein Kirchenfest durch seine Anwesenheit „zu schmücken“, aber vor dem Kloster spielten ihm die Dorfmusikanten die Internationale auf! Darauf gingen die Bauern rasch auseinander, ohne sich um Drohungen des wütenden Diktators zu kümmern.

Das alte Kloster hat wohl als ein-

ziges Gebäude die Jahre überdauert. Georgi-Damjanovo erfreut das Auge mit seinen gediegenen Häusern, grünen Straßen und dem Hauptplatz mit einer großen Kaufhalle und einem Kulturhaus.

Die meisten Dorfbewohner sind im Agrar-Industrie-Komplex „Balkan“ beschäftigt. Die größten Gewinne bezieht er, wie uns sein Vorsitzender Iwan Danailow sagte, aus der Viehzucht sowie von dem Obst-, Wein- und Gemüsebau. Mit Getreide sind relativ kleine Flächen bestellt (die Böden hier gehören nicht gerade zu den besten Bulgariens). Nichtsdestoweniger erzielte man im vorigen Jahr bei Weizen einen Durchschnittsertrag von 44 dt und bei Mais von 48 dt pro Hektar.

Obst, Weintrauben und Gemüse werden exportiert bzw. zum Teil an Ort und Stelle verarbeitet: „Balkan“ hat eine Konserven- und eine Weinfabrik. Die hiesigen Konserven, Komposte und Säfte werden ebenfalls ausgeführt: in die DDR, die UdSSR, nach Polen. Die Beschäftigten von „Balkan“ verdienen nicht schlecht: die Viehzüchter durchschnittlich 300, die Pflanzenzüchter rd. 200 Lewa im Monat.

Das Ehepaar Iwanow lud uns in sein geräumiges, geschmackvoll eingerichtetes Haus ein. Alexander (Mechanisator in der hiesigen MTS) und Iwanka (Leiterin des Dorfkindergartens) haben drei Kinder: Eine typische Familie.

Iwanows Haus befindet sich in der Dorfmitte, nah bei der Mauer der Kommunarden. Das ist die wieder aufgebaute Fassade eines längst verfallenen kleinen Hauses, vor dem die Straentrups im Oktober 1923 zehn Aufständische erschossen. Unter ihnen war Alexanders Onkel.

Ewiger Kampf

Der Tag des ersten Verhörs Georgi Dimitroffs im Leipziger Reichsgericht, der 23. September 1933, fiel mit dem 10. Jahrestag des Septemberaufstands zusammen. Der proletarische Revolutionär ergriff die Gelegenheit, um der Welt über die Heldentat der bulgarischen Arbeiter und Bauern und ihren selbstlosen Kampf, dessen aktiver Teilnehmer auch er gewesen war, zu berichten.

Drei Monate dauerte der Prozeß. Dimitroff versetzte den Faschisten, die eine grobe moralisch-politische Provokation gegen die Kommunisten angezettelt hatten, einen Schlag nach dem anderen. Er verwandelte die Anklagebank zur Tribüne des Anklägers. Die Richter konnten ihn nicht daran hindern, Hitlers Komplott zu entlarven. Mehr noch, sie mußten Dimitroff und seine Kameraden freisprechen.

Fast ein Jahr verbrachte Georgi

Dimitroff in faschistischen Gefängnissen, und all diese Zeit kämpfte er kompromißlos gegen die Nazibonen. Gewiß, sein ganzes Leben ist, wie Alexander Block sagte, ein ewiger Kampf für den Sieg der kommunistischen Ideale und das Glück der Werktätigen. Doch ist es folgerichtig, daß in der umfangreichen Literatur über Dimitroff gerade jenes Jahr hervorgehoben wird. In seinem dramatischen Zweikampf gegen die Nazibonen prallten im Grunde erstmalig so offen die kommunistische und die faschistische Ideologie aufeinander. Dimitroffs Sieg war zugleich der erste Sieg der Kräfte der Demokratie über die des Faschismus, ein Sieg der kommunistischen Parteien, die die Arbeiterklasse aller Länder zum Kampf für die Rettung der Revolutionäre aufboten. Der Reichstagsbrandprozeß rückte Georgi Dimitroff ins Rampenlicht der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, in die ersten Reihen der Kämpfer gegen den Faschismus und den in der Luft liegenden zweiten Weltkrieg.

Über all das spreche ich mit meinem alten Bekannten Stefan Gezow. Wiederholte traf ich den bulgarischen Schauspieler, einen Volkskünstler der VR Bulgarien, sowohl in Moskau als auch in Sofia, sah ihn in vielen

„Hammer oder Amboß“, der vor 10 Jahren herauskam und in vielen Ländern lief. Der Streifen brachte Gezow die größte schöpferische Befriedigung. Leser und Kritiker nahmen ihn gleich gut auf. Sehr hoch wurde der Film auch von Menschen eingeschätzt, die Dimitroff unmittelbar kannten, darunter von seiner Schwester Elena Dimitrowa.

„Jetzt lese ich erneut in Dimitroffs Artikeln und Reden und in Neuerscheinungen über ihn“, berichtet der Schauspieler. „Ich bewundere seinen Intellekt, seine Bildung und Scharfsicht. Besonders aufmerksam studiere ich nach wie vor alles, was auf den Leipziger Prozeß Bezug hat. Der erste Schlag, ‚Hammer oder Amboß‘ und jetzt ‚Der Brand‘ rekonstruierten ja gerade jene Ereignisse, die nun schon fast ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Wie aktuell ist jedoch vieles davon, was Dimitroff damals sagte und schrieb!“

Der Kampf gegen die Nazis in ihrer eigenen Hochburg verlangte Dimitroff alles an geistigen, körperlichen und nervlichen Kräften ab. Im Gefängnis Moabit mußte er fünf Monate lang ständig Handschellen tragen. Trotzdem schrieb und las er stundenlang, studierte das Recht, die Vergangenheit Deutschlands und die Weltgeschichte, vertiefte sein phi-

lung ziehen; für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus müsse die Einheit der Arbeiterklasse, aller demokratischen Kräfte erreicht werden...“

Stefan Gezow zeigt mir ein Fotoalbum. Zusammen betrachten wir Fotos aus verschiedenen Jahren:

1904–1905. Der junge Georgi Dimitroff als Sekretär der Parteorganisation Sofia.

Foto eines Gemäldes, auf dem die Begegnung des bulgarischen Revolutionärs mit Lenin 1921 dargestellt ist.

Georgi Dimitroff, seine Mutter und Maxim Gorki auf dem Lenin-Mausoleum am 1. Mai 1934.

Georgi Dimitroff hält einen Bericht auf dem VII. Komintern-Kongreß, Moskau, 2. August 1935.

Der Vorsitzende des Ministerrates der VP Bulgarien Dimitroff in seinem Arbeitszimmer in Sofia.

Moskau, 18. März 1948. Dimitroff unterzeichnet den bulgarisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Ich muß an seine bekannten Worte denken: „Für das bulgarische Volk ist die Freundschaft mit der Sowjetunion ebenso lebensnotwendig wie Sonne und Luft für jedes Lebewesen.“

Auf dem Weg des Aufbaus

Es gibt kein Land, in dem man nicht den Namen Georgi Dimitroff gehört, nicht die Großtat seines Lebens geehrt hätte. Die Gestalt des hervorragenden Revolutionärs und Humanisten unserer Epoche ist in Granit und Bronze gemeißelt. Aber das monumentalste Denkmal Dimitroffs ist das Bulgarien von heute, das sein Vermächtnis hat Wirklichkeit werden lassen.

Nur wenige Jahre war es Dimitroff beschieden, das Schiff seiner Heimat zu den Ufern des Sozialismus zu steuern. Der weitsichtige Staatsmann wußte, daß dieser Weg nicht einfach ist. „Es gilt, durch Industrialisierung und Elektrifizierung des Landes und die Mechanisierung der Landwirtschaft in 15–20 Jahren das zu erreichen, wozu andere Länder unter anderen Bedingungen ein Jahrhundert brauchten.“ Ungefähr diese Jahre brauchten auch die Republik und ihr Volk, um einen würdigen Platz unter den Erbauern der neuen sozialistischen Zivilisation einzunehmen.

Das Land schreitet nach wie vor sicheren Schrittes vorwärts. Auf dem XII. Parteitag der BKP hieß es: „Im letzten Jahrzehnt wurden praktisch zwei neue Bulgarien gebaut.“ Zwischen 1970 und 1980 stiegen die Produktionsgrundfonds der Republik und ihr Nationaleinkommen auf mehr als das Doppelte.



Theateraufführungen und Filmen. Jetzt, bei ihm zu Gast, bitte ich ihn, mir und unseren Lesern über seine Arbeit an der Gestalt Georgi Dimitroffs zu erzählen.

Stefan ist eben erst von einer Probe zurück: Im Volkstheater von Sofia wird ein neues Stück über Dimitroff, „Der Brand“, einstudiert. Für den Schauspieler ist es schon das fünfte Mal, daß er seinen großen Landsmann verkörpern darf. Er spielte Dimitroff seinerzeit im Stück „Der erste Schlag“, dann im Film

Mauer der Kommunarden in Georgi-Damjanowo

Fotos: Autor

losophisches Wissen und verbesserte sein Deutsch. Er hatte dort Hunderte Seiten der deutschen und Weltklassik gelesen. Bei Goethe beeindruckten ihn die Zeilen über Hammer und Amboß. Dimitroff verstand selbst und forderte auch alle auf, es zu verstehen: Wer nicht Opfer des Faschismus sein wolle, müsse sofort Schlüsse aus der deutschen Entwick-

VERNEBELTE CHEMISCHE BEDROHUNG

O. MICHAILOW

„Die US-Administration überprüft gegenwärtig die internationalen Verträge und Abkommen, die den Einsatz chemischer und biologischer Waffen verbieten, und macht sich bereit, ihr Arsenal dieser Waffen auszubauen.“

Aus einem Interview des US-Verteidigungsministers Weinberger in der „Stimme Amerikas“, September 1981.

„Der neue Anlauf der Massenherstellung von binären Kampfstoffen und binärgasbestückten Sprengköpfen gilt der erhöhten Kampfbereitschaft der US-Truppen bei anhaltenden Kampfhandlungen unter Einsatz chemischer Waffen und zur Erzielung hoher Kampfeffekte.“

Der Berater des US-Verteidigungsministers, R. Wagner, vor dem Verteidigungsausschuß im US-Senat, 15. März 1982.

„Die USA müssen der Sowjetunion ständig mit dem Einsatz von chemischen und bakteriologischen Waffen drohen und den chemischen Krieg als Element jedes Konflikts betrachten.“

Die stellvertretende Beraterin des US-Heeresministers, Amoretta Hoeber, in der Georgetown-Universität, April 1982.

Derart drohende Äußerungen offizieller Vertreter der US-Administration gegen die Sowjetunion gibt es mehr als genug. Und das sind nicht nur Worte. Präsident Reagan verkündete am 8. Februar d. J. offiziell, daß die USA eine großangelegte Produktion neuer chemischer binärer Waffen aufnehmen.

Warum hat sich die US-Administration entschlossen, überstürzt chemische Waffen in die Rüstung zu integrieren? Vielleicht besaßen die USA keine? Oder sie reichten nicht aus, um die Sicherheit der USA zu garantieren? Weder, noch. Das Pentagon erklärt offen, die USA müßten der Sowjetunion ständig mit dem Einsatz von chemischen und bakteriologischen Waffen drohen. Bei dieser Waffe handelt es sich um eine Angriffswaffe. Die begonnene Hochrüstung der US-Armee mit dieser Waffe und ihre Stationierung in Westeuropa ist nicht zum Schutz der Europäer gedacht, wie das Pentagon das interpretiert. Europa ist vom Standpunkt der US-Strategen der wichtigste künftige Kriegsschauplatz. Die gleichzeitig mit der Entwicklung neuer strategischer Angriffswaffen geplante Stationierung von Neutronensprengköpfen und nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa ist ein weiterer Schritt auf dem gefährlichen Weg des Wettrüstens und der Vorbereitung eines „begrenzten Kernkriegs“ unter Einsatz anderer Arten von Massenvernichtungswaffen. Selbst US-amerikanische Experten und Wissenschaftler im C-Waffen-Bereich weisen alle Propagandaerfindungen bezüglich einer „Schwäche“ der USA auf dem Gebiet der chemischen Waffen voll und ganz zurück. Die Tatsachen sehen anders aus.

Gegenwärtig verfügen die USA über das stärkste und modernste Arsenal chemischer Waffen. 55 000 t sehr wirksamer Nervengase mit hohem Toxingehalt GB und VX und mehr als 150 000 t (über

3 000 000 Einheiten) chemischer Munition verschiedener Bestimmung: Minen, Granaten, Artilleriegeschosse, Fliegerbomben, Mehrfachsprengkörper, lenkbare und unlenkbare Geschosse, Zerstäuber und andere — insgesamt 90 Typen — machen die Reserven der C-Waffen aus. Zu ihrer Lagerung befinden sich in den USA und in anderen Ländern, darunter in Westeuropa, mehr als 10 Bunker. Mit diesen Vorräten könnte die Erdbevölkerung viermal ausgerottet werden. Aber das ist der US-Regierung noch zu wenig. Sie will die Munition um weitere 2 000 000 Einheiten und die binären Nervengase um 30 000 t aufstocken.

In der Bewilligungskommission des US-Senats gab es vor kurzem ein Hearing über die Bewilligung neuer Mittel zur Modernisierung des C-Waffenarsenals für das Pentagon. Während 1978 und 1981 jeweils 111 bzw. 239 Millionen Dollar zur Verfügung standen, sind es 1982 und 1983 bereits 532 bzw. 705 Millionen, für das Finanzjahr 1984 verlangte das Pentagon 1,4 Milliarden Dollar. Insgesamt beläuft sich dieses Fünfjahrrprogramm (1983–1987) auf 10 Md. Dollar. Dadurch werden die USA rund 5 Mio Einheiten verschiedener chemischer Vernichtungswaffen erhalten. Zu diesem Zweck wird in Pine Bluff (US-Staat Arkansas) ein Chemiekomplex zur Herstellung von binärer C-Munition mit einer Kapazität von rund 70 000 Einheiten jährlich errichtet. Produziert werden sollen 155-mm-Artilleriegeschosse, Fliegerbomben „Big Eye“ sowie 203,2-mm-Artilleriegeschosse.

Die USA haben auch nicht auf die sogenannten Psychogase vom Typ LSD und BZ verzichtet — letztergenanntes wurde bereits Ende der 50er Jahre synthetisiert. Von 1959 bis 1975 wurde dieses Nervengas einer klinischen Erprobung unterzogen. Ihm wurden etwa 3000 US-Soldaten ausgesetzt. Viele von ihnen erklärten, sie seien nach den

Tests noch immer nicht wieder ganz hergestellt. Dieses Nervengas wirkt in sehr geringen Dosen auf das zentrale Nervensystem und stört das psychische Gleichgewicht des Menschen für Stunden oder sogar Tage. Anfängliche Schläfrigkeit und Unlust werden von starkem Kopfschmerz, Depressionen, audiovisuellen Schreckenshalluzinationen abgelöst. Das endgültige Resultat läßt sich nicht voraussagen. Möglich sind langanhaltende und chronische Effekte, die häufig zum Selbstmord führen. Die US-Truppen haben auch praktische Erfahrungen beim Einsatz dieses Nervengases in Vietnam machen können. Die an drei Stellen gelagerten 50 t BZ würden genügen, um alle Erdbewohner in Irrsinn verfallen zu lassen.

Ausgedehnt wird auch die Erforschung anderer Klassen hochtoxischer Giftstoffe, gegen die es praktisch keine oder nur wenig wirksame Schutzmittel gibt. Zu diesem Zweck werden im bevorstehenden Jahr fünf rund 2,5 Md. Dollar bereitgestellt. In die Entwicklung werden viele Privatfirmen und Zivileinrichtungen der USA einbezogen. Große Hoffnungen setzt man auf Tier- und Pflanzentoxine, z. B. auf Palytoxin und Ricin.

Palytoxin wird von einzelligen, in Meeresschwämmen siedelnden Parasiten abgesondert. Dringt es durch Hautabschürfungen ins menschliche Blut, wirkt es auf den Herzmuskel und löst mit einer Herzparalyse den augenblicklichen Tod aus.

Ricin ist ein Pflanzentoxin, das bei der Herstellung von Rizinusöl anfällt. Es ist ein langsam wirkendes Gift, das die Eiweißsynthese stört. Geringe Dosen reichen aus, um eine Atemstockung und eine Paralyse des menschlichen Nervensystems herbeizuführen.

Zur Entwicklung neuer Giftstoffe werden die weitgehend wissenschaftlich-technische und industrielle Möglichkeiten der Verbündeten genutzt. An der Synthese neuer Giftstoffe arbeitet man in Großbritannien, in der BRD, in Frankreich, Kanada, Dänemark, Japan, Israel, der RSA. Die gemeinsame Entwicklung von Zerstäubermunition betreiben die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD. Die BRD, Israel, und Großbritannien beteiligen sich in den USA an Forschungsarbeiten zur Entwicklung chemischer Waffen für die 80er Jahre. Aus Pressemeldungen weiß man, daß in den USA gleichzeitig mit der Entwicklung chemische und bakteriologische Waffen getestet werden, darunter auch an Menschen. Das Magazin „The Nation“ schrieb z. B., solche Experimente seien in den USA an stark bevölkerten Orten, Flughäfen, Bus- und Bahnhöfen, an Straßenkreuzungen, in Unterführungen und U-Bahn-Stationen vorgenommen worden. Dabei wurde allerdings hinzugefügt, hierbei seien Giftdgasimitationen verwendet worden.

In den US-Streitkräften, die gemäß

der Heeresordnung der USA „so organisiert, ausgebildet und ausgerüstet sein müssen, daß sie Kampfhandlungen unter Einsatz chemischer Waffen führen können“, werden großangelegte organisatorische Maßnahmen zur Umstrukturierung und Verstärkung der C-Kampfdienste vorgenommen.

Wesentlich ausgebaut wurde das Ausbildungprogramm für die Mannschaften in chemischer Kriegsführung. Mitte 1981 wurde in Fort McClellan (US-Staat Alabama) ein Ausbildungs-Camp für Experten der C-Dienste eröffnet. Für die regulären Mannschaften und die Reservisten wurden die

Lehrgänge der C-Waffenausbildung bedeutend erweitert. Aufgaben der chemischen Kriegsführung werden in der operativen und in der Gefechtsausbildung ständig trainiert. Alle US-Truppen sind mit Schutzkleidung, neuesten Gasmasken, Aufklärungs- und Entgasungsmitteln ausgestattet. Die meisten Übungen werden unter Einsatz von chemischen Waffen durchgeführt. Für den Fall einer Komplikierung der Situation in Europa, so der Berater des stellvertretenden US-Verteidigungsministers Wade in einem „Armed-Forces“-Interview, sei das nötig, um die Möglichkeit zu haben, einen großangelegten Krieg gegen die Warschauer Vertragsstaaten zu führen.

Den Pentagonplänen zufolge sollen binäre Waffen zunächst auf US-Stützpunkten in Großbritannien, in der BRD und in Italien gelagert werden, später dann auch in anderen Ländern Europas, des Nahen und Mittleren Ostens, also näher an den Grenzen der sozialistischen Länder. Außerdem werden Flugzeugträger im Ostatlantik und im Mittelmeer, d. h. in europäischen Küstengewässern, ebenfalls chemische Waffen mit „Big Eye“, Mehrfachsprengköpfen und Zerstäubern an Bord haben.

Im dichtbevölkerten Europa neue C-Waffen-Arsenale anzulegen, bedeutet, einen weiteren ständigen Gefahrenherd für Mensch und Umwelt zu schaffen. In US-Lagerstätten kommt es jährlich zu rund 4000 Fällen von Gasaustritt. Wenn aber ein chemischer Krieg ausbricht, werden Millionen Europäer die Opfer sein. Hauptsächlich hätte die Zivilbevölkerung zu leiden, deren Verluste das 20- bis 30fache der Truppen-Verluste betragen würden, da sie keine Schutzmittel gegen die Waffe hat.

Klardenkende Menschen unterschiedlicher politischer Anschauungen nicht



Giftgascontainer in den chemischen Rüstungsarsenalen der USA

Fotos aus „Science“ (USA)

Auf einem US-Luftwaffenstützpunkt bei der BRD-Stadt Ramstein trainieren US-Soldaten Gefechtsübungen im chemischen Krieg (links)

Foto aus „Stern“ (BRD)

nur in Europa, sondern auch in Übersee begreifen das gut. Der Protest gegen die Stationierung chemischer Waffen in Europa wächst.

Die US-Streitkräfte besitzen bereits heute chemische Munitionsvorräte, die einen 30tägigen Krieg in Europa gestatteten, selbst wenn diese Waffe direkt mit Ausbruch der Kampfhandlungen eingesetzt wird. Der Kongreßabgeordnete Zablocki sagte, man könne 50 Divisionen 100 Tage lang chemischen Krieg führen lassen, wobei es wohl nach dieser Zeit in Europa kaum noch lebende Wesen gäbe, um die man kämpfen könnte.

Die chemische Hochrüstung der USA vollzieht sich vor dem Hintergrund der Verleumdungskampagne über eine „Beteiligung“ der UdSSR am Einsatz von chemischen Waffen in Südostasien und Afghanistan. Diese Lüge brauchte die US-Administration zur Rechtfertigung der eigenen Pläne und um ihre Verbrechen im chemischen Krieg in Vietnam zu verschleiern. Dieser Lügenschleier soll Washingtons Unlust zu ehrlichen, gleichberechtigten Verhandlungen über das Verbot der Entwicklung und der Herstellung von chemischen Waffen sowie über die Vernichtung ihrer Vorräte beseiteln. (Erinnern wir daran, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen 1980 einseitig von Washington abgebrochen wurden.) Gleichzeitig dient diese Lüge dem Versuch, die Außenpolitik der UdSSR zu verkettern, die Sowjetunion als Verletzer interna-

tionaler Abmachungen im Bereich der Rüstungsbegrenzung hinzustellen.

In die gleiche Richtung zielt auch der Bericht des US-Außenministers an den Kongreß „Der chemische Krieg in Südostasien und Afghanistan“, der ein ganzes Sammelurium antisowjetischer Greuelmärchen enthält. Diese von CIA gekauften und instruierten „Zeugen“ fabrizierte Fälschung wurde in einem Schreiben des ständigen UNO-Vertreters der UdSSR zurückgewiesen, das als offizielles UNO-Dokument Verbreitung fand. In ihm befassen sich Experten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, des Gesundheitsministeriums und anderer kompetenter Organisationen der Sowjetunion kritisch mit den im Haig-Bericht enthaltenen Fakten und beweisen die Unhaltbarkeit der Anschuldigungen mit der Schlussfolgerung, der Bericht stelle eine Anhäufung von unbestätigten Erfindungen und Beschuldigungen dar, die aller Beweisbar seien, weder einer wissenschaftlichen Kritik noch einer logischen Analyse standhielten und auch nichts mit den realen Tatsachen gemein hätten.

Selbst amerikanische Kongreßabgeordnete stellten auf einer Sitzung des Bewilligungsausschusses des Senats im Mai d. J. fest, die Reagan-Administration besitze bislang keine überprüften Angaben bezüglich der angeblichen Fälle des Einsatzes von chemischen Waffen sowjetischer Produktion in Kampuchea, Laos und Afghanistan.

Dennoch bläst das Weiße Haus diese Lügenblasen weiter auf. Eine Delegation aus Vertretern des Außenministe-

riums, des Pentagon und der CIA wurde in europäische und einige Länder des Nahen und Mittleren Ostens entsandt, um die NATO-Verbündeten davon zu überzeugen, daß die von Haig vorgetragenen Beschuldigungen der UdSSR fundiert seien und der Wahrheit entsprächen. Aber es ist nun einmal schwer, Tatsachen überzeugend darzustellen, die keine sind, um so mehr, als man noch die Beispiele des verbrecherischen großangelegten chemischen Kriegs in Vietnam vor Augen hat. Er nämlich war es, der in einer ganzen Erdregion ernstliche ökologische Veränderungen auslöste, die Ursache der Geburt von Menschen mit veränderten Chromosomen war und Natur und menschlicher Gesundheit in Indochina weiter ungeheuren Schaden zufügt.

Die chemische Waffe ist eines der barbarischsten Mittel der Kriegsführung, da sie lebende Zellen vernichtet oder beschädigt. Nach Ansicht von Wissenschaftlern berührt sie das fermentative System und die Gene, weshalb sich die Spätfolgen einer chemischen Massenvergiftung noch kaum voraussagen lassen. Der massierte Einsatz von chemischen Waffen führt nicht nur zum Aussterben der Menschheit, sondern macht eine weitere Besiedlung der Erde mit lebenden Organismen unmöglich.

Die sowjetischen Vorschläge zum Verbot und zur Vernichtung der chemischen Waffen sind gut bekannt. Die USA jedoch wenden sich offen gegen jede Initiative in dieser Frage. Von 157 Mitgliedsländern der UNO stimmten nur die USA gegen die Resolution der UNO-Vollversammlung, alle Staaten sollten sich der Herstellung und Entwicklung neuer Arten chemischer Waffen und ihrer Stationierung in solchen Ländern, die sie bislang nicht haben, enthalten.

Zweifellos muß auf der jetzt eröffneten 2. Abrüstungssondertagung der UNO dieses Problem mit im Vordergrund stehen.

Trotz der Obstruktion der jetzigen Washingtoner Administration müssen wirksame Maßnahmen entwickelt und ergriffen werden, damit diese entsetzliche Massenvernichtungswaffe, die alles Leben auf Erden bedroht, für immer aus den Rüstungsarsenalnen verschwindet.

WIEDER HERREN UND KNECHTE?

Sergej KUSMIN

Die wahre Rolle der Neonazis in der derzeitigen polnischen Krise ist noch nicht vollständig aufgedeckt. Doch mit Gewißheit läßt sich sagen, daß unter allen Anwärtern auf Lenker der Geschicke Polens wohl gerade die bundesdeutschen Revanchisten von ihren politischen Vorgängern die präzisesten Anleitungen übernommen haben. Deshalb wohl sind diese Anstifter der Destabilisierung in der VR Polen so aktiv, deshalb arbeiten sie auch auf der gleichen Wellenlänge wie die US-Reaktion.

Was dient ihnen als Orientierung?

• • •

Nürnberg. In einer Sitzung des Internationalen Militärgerichtshofes wurde den Richtern als Beweisstück eine Karte des von den Nazis okkupierten Europa präsentiert. Auf einem großen Blatt waren die Territorien Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Österreichs mit unzähligen kleinen Quadranten (Vernichtungslager), Dreiecken („einfach“ KZ) und Kreisen (Zweigstellen von KZ) übersät. Hitler hatte seine Politik des Völkermords auf die einfache Formel gebracht, Europa sei Deutschland und Deutschland die ganze Welt.

Zusammen mit besagter Karte befaßte sich der Nürnberger Prozeß mit einem Dokument, das Bemerkungen und Vorschläge zum „Generalplan Ost“ enthielt. Er sah die Aussiedlung von mehr als 30 Millionen Menschen nach Beendigung des Krieges vom Territorium Polens und aus dem Westteil der Sowjetunion vor. Konkret ging es um 80 bis 85 Prozent der polnischen Bevölkerung, 65 Prozent der Einwohner der Westukraine, 75 Prozent der Bevölkerung Belorußlands usw. Zum „Generalplan Ost“ gab es eine Anmerkung des „Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete“ unter Rosenberg, einem Naziverbrecher, der nach dem Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes gehängt wurde. In der Anmerkung

Sergej Kusmin war beim Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher Vertreter der in der UdSSR gebildeten Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der hitlerfascistischen Eindringlinge.

hieß es, daß die Zahl der zur Aussiedlung vorgesehenen Einwohner der „Ostgebiete“ zu niedrig und auf ca. 50 Millionen Menschen zu erhöhen sei. Die „Übersiedler“ sollten (außer in die Todeslager) in Regionen Süd-, Nord- und Mittelamerikas deportiert werden.

Ein tragisches Schicksal war Polen zugeschlagen. Während die Polen in den Kriegsjahren den Hitlerfascisten als billige Arbeitskräfte dienen sollten, drohte ihnen nach dem Krieg, bei einem Sieg Hitlers, die vollständige Liquidierung.

Ich verweise auf ein Dokument von schlimmstem Zynismus: die 36 Bände der „Tagebücher von Frank“, einem der intimsten Mordgesellen Hitlers und einem brutalen Ausführenden von dessen Politik des Völkermords.

Franks Schreckenskarriere: Von 1927 bis 1945 Mitglied der Nazipartei. Er war SA-Obergruppenführer, Reichsminister und Generalgouverneur der besetzten polnischen Gebiete. Frank erlangte diese Posten durch persönliche Verbindungen mit Hitler, trug zur Machtergreifung der Nazibanden bei und vernichtete alle, die den Faschisten im Weg standen.

Die Nazipolitik zu Polen formulierte Frank so: Von nun an sei es mit der politischen Rolle des polnischen Volkes vorbei. Es werde zur Arbeitskraft erklärt, zu nichts mehr... Das Deutsche Reich werde erreichen, daß allein schon der Name Polens für alle Zeiten ausgetilgt werde. Nie mehr wird eine Rzecz Pospolita oder igrendeine anderer polnischer Staat wiederentstehen.

Die bei Kriegsende in Franks Haus gefundenen Tagebücher enthielten Protokolle der Sitzungen der Regierung des Generalgouvernements und der Versammlungen der Nazi-Partei sowie Aufzeichnungen des Generalgouverneurs selbst. Vor allem handelt es sich um seine Reden und Äußerungen von 1939 bis 1945.

Dem Untersuchungsrichter erklärte Frank in Nürnberg, diese ihm vorgelegten Tagebücher seien ein „historisches Dokument“ und auf die Frage: „Sind alle die in diesen Tagebüchern gemachten Angaben wahr... und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht“, antwortete er: „Nach meinem besten Wissen...“.

Den Tagebüchern zufolge traf Frank in Polen ein, um in dem Land mit seiner jahrhundertealten Geschichte und eigenständigen Kultur das nazistische Programm der Unterjochung und dann der Vernichtung eines ganzen Volkes zu verwirklichen. Am 2. Dezember 1939 erklärte Frank auf einer Konferenz der Abteilungsleiter der „Regierung des Generalgouvernements“ in Krakau: „Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet“ (d. h. Polen) „das erste Kolonialgebiet der deutschen Nation sei.“

Am 19. Januar 1940 sagte Frank in zynischer Offenheit zu seinen Mitarbeitern: „Am 15. 9. 1939 erhielt ich ... den Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen.“ Und weiter: „Mein Verhältnis zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandle, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt... Wo

zeit... auf die Notwendigkeit hin gewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160 000. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. Der beste Weg wäre aber die Veranstaltung einer Razzia.“

Am 12. September 1940 Frank – laut Tagebüchern zu Kollegen:

„Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein. Die Polen müssen die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einsehen. Der Führer hat erneut auf meine ausdrückliche Frage entschieden: Kein Pole soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen, kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten, diese klare Linie einzuhalten...“

Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes... Uns liegt nichts daran, daß etwa die

lei Verpflichtungen für eine deutsche Gestaltung des Lebens hier auferlegt, daß auch keinerlei Germanisierungstendenzen hier Raum hätten. Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein. Wir haben hier lediglich ein gigantisches Arbeitslager, wo alles, was Macht und Selbständigkeit bedeutet, in den Händen der Deutschen ist...“

Die Hitlerfaschisten sind am Tod von 6 028 000 polnischen Bürgern schuld. Von ihnen kamen 644 000 bei Kriegshandlungen um, die übrigen wurden von den Okkupanten liquidiert. Der Kriegsverbrecher Frank spielte in seinem letzten Wort vor dem Militärgerichtshof den reuigen Sünder. Er ließ eine ganze Tirade vom Stapel, daß ... Adolf Hitler, der Hauptschuldige, dem deutschen Volk und der ganzen Welt sein letztes Wort nicht gesagt habe. Er habe seine Pflicht als Führer nicht erfüllt und sei als Selbstmörder von dannen gegangen...

Frank sprach sogar vom Nationalsozialismus als einem Weg des politischen Wahnsinns, der Vernichtung und des Todes.

Die Ideen der „neuen Ordnung“ sollten sich als zählig erweisen.

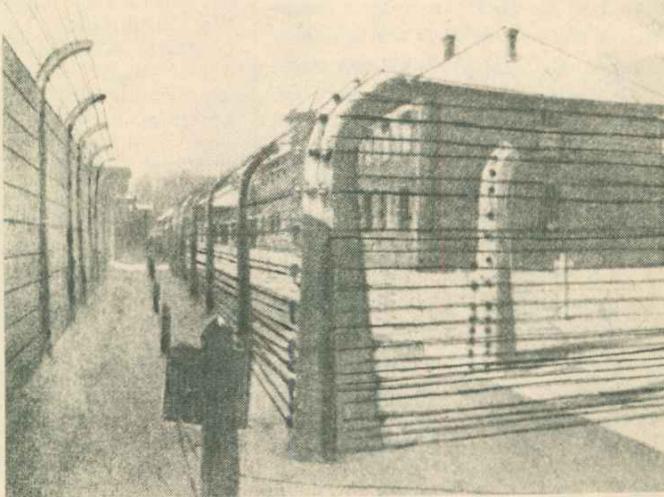


Den Polen stand nur Auschwitz offen...

trotz aller dieser Maßnahmen die Leistung nicht steigt, oder wo der geringste Akt mir Anlaß gibt einzuschreiten, werde ich allerdings auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken.“

Am 12. April 1940 erklärte Frank auf einer Tagung der Abteilungsleiter über die Arbeitspflicht der Polen: „Da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten“, dürfe „ein Zwang ausgeübt werden“. „Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der Inhaftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts... Göring habe seiner-

Polen reicher oder sicherer werden... Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten... Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerkriegen um Jahrtausende und Jahrtausende kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt... Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten... Der Führer hat ... ausdrücklich erklärt, ... daß er dem Generalgouverneur keiner-



Unter dem Vorwand der „Sorge um die Polen“ werden sie von den Neonazis wiederbelebt. Das verstehen jene Generationen von Bürgern Volkspolens nur zu gut, die die Jahre des faschistischen Hölle und des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus durchgemacht haben. Doch wissen die jungen Leute, die sich von den Neonazi-Sirenen betören lassen, um was es in Wirklichkeit jenen geht, die den Gedanken nicht aufgegeben haben, die europäischen Völker in Herren und Knechte zu teilen?

„WEDER AMERIKANER NOCH ENGLÄNDER!“

Anatoli MEDWEDENKO

Einige Zeit ließen sich die argentinischen und die britischen Einheiten auf Ost-Falkland (Isla Soledad) nicht in ernsthafte Kampfhandlungen ein. Nur selten kommt es zu Artilleriegefechten und zu Scharmützeln zwischen Patrouillen. Ab und zu attackieren britische bzw. argentinische Flugzeuge Positionen des Gegners.

Doch den letzten Meldungen von den Inseln zufolge geht die relative Ruhe, die dort herrschte, zu Ende. Die Gefahr einer weiteren Eskalation der Kriegshandlungen ist größer geworden, nachdem durch Schuld Washingtons und Londons der Versuch des UNO-Generalsekretärs Pé-

schen Wegen nach Verhandlungen. So betonte Außenminister Nicanor Costa Méndez zu den Ergebnissen der Abstimmung im Sicherheitsrat, seine Regierung werde die Versuche nicht aufgeben, den Konflikt politisch zu lösen. Wir beabsichtigen, uns erneut an den Sicherheitsrat zu wenden und diese Frage in der UNO-Vollversammlung zur Sprache zu bringen, sagte er. Wir werden uns ferner an alle internationalen Organisationen wenden, die uns bei der Herstellung des Friedens helfen können.

Zugleich konstatiert die Presse, daß die Friedensinitiativen der argentinischen Regierung auf den hartnäckigen Widerstand der Regierung Thatcher stoßen, die mit Unterstützung Washingtons absichtlich ultimative Forderungen stellt, es auf ein Scheitern der Verhandlungen anlegt und mit Waffengewalt ihre Herrschaft über dem Archipel errichten will.

Das erste, was beim Eintreffen in Buenos Aires auffällt, ist der enthusiastische Patriotismus mit antiimperialistischen und antikolonialistischen Lösungen. Durch ganz Argentinien rollte eine Welle von Demonstrationen, an denen Vertreter der verschiedensten Parteien und Organisationen teilnahmen. Kundgebungen, Demonstrationen und Versammlungen stehen unter den Lösungen: „Für ein unabhängiges Argentinien!“, „Weder Amerikaner noch Engländer!“ und „Argentinien den Argentinier!“

In letzter Zeit geschah es immer häufiger, daß Argentinier ihre an britischen Lehranstalten erworbenen Diplome zurückgaben. Überall werden Gelder für den „Volksfonds“ der Verteidiger der Inseln gesammelt, was bereits ca. 500 Md. Peso (14 600 Peso=1 Dollar) erbrachte. Die Einwohner von Buenos Aires, Mendoza, Córdoba und anderen Städten schicken an Angehörige, Freunde oder Bekannte in Großbritannien, Frankreich, der BRD und den USA „Friedensbriefe“ mit dem Aufruf, den Kampf Argentiniens gegen den Kolonialismus zu unterstützen und entsprechenden Druck auf die Regierungen ihrer Länder auszuüben.

Diese Stimmungen erfaßten nicht nur die Argentinier, sondern auch

viele in Argentinien lebende Briten. Schon einen Tag nach meiner Ankunft in Buenos Aires wurde ich zufällig Zeuge einer ungewöhnlichen Zeremonie, bei der eine Gruppe junger Briten die argentinische Staatsangehörigkeit annahm. Diese Prozedur erlangte jetzt eine besondere, symbolische Bedeutung und wurde zu einem politischen Willensakt.

Einen Tag zuvor hatte in Buenos Aires eine nicht weniger bewegende Feier stattgefunden: Erstmals erhielt ein Einwohner des Archipels, Derek William Rose, die argentinische Staatsangehörigkeit. Die britische Propaganda behauptet, London wolle bei dem Versuch, seine Herrschaft über die Inseln wiederzuerufen, angeblich die Interessen der 1800 dort lebenden Bürger verteidigen. Und das sagte Derek William: „Ich habe es satt, zweitrangiger, wenn nicht drittrangiger Staatsbürger Großbritanniens zu sein. Ich möchte Bürger mit allen Rechten sein. Zudem sehe ich die Malwinen als argentinisch an.“

Und schließlich sandten vor einigen Tagen über 300 in Buenos Aires lebende Briten eine Botschaft an Königin Elisabeth II. In ihr erklären sie, daß sie die Malwinen als argentinisch betrachten, und bitten, Thatcher zu Verhandlungen zu bewegen.

In den Gesprächen mit Argentinern — mit namhaften Politikern oder Studenten, Geschäftleuten oder Militärangehörigen — kann man immer wieder hören, Argentinien sei nicht mehr das, was es vor dem 2. April war. Die Malwinenkrise habe sie vieles gelehrt und vor allem geholfen, den wahren Wert dessen zu ermessen, was von vielen früher als „amerikanische Einheit“, als „Freundschaft mit den Vereinigten Staaten“ bezeichnet wurde.

Die Krise hat sowohl ganz Lateinamerika als auch jedes Land des Subkontinents für sich genommen vieles gelehrt. Sie zeigte in aller Deutlichkeit, daß das „interamerikanische System“, das Washington lange Jahrzehnte als „Vorbild“ der Zusammenarbeit hingestellt hatte, nichts als eine Fiktion ist. Die Krise demonstrierte, daß es für die USA nichts außer den eigenen Großmachtinteressen gibt, daß sie jederzeit bereit sind, selbst ihre lateinamerikanischen Partner zu verraten.

Ebendeshalb haben die Vorgänge auf den fernen Inseln eine so entschiedene Protestwelle in allen Ländern Lateinamerikas ausgelöst. Bezeichnenderweise ist dieser Protest sogar weniger gegen Großbritannien, den unmittelbaren Schuldigen des Konflikts, als vielmehr gegen die USA gerichtet.

Buenos Aires, am 8. Juni



In New York fand eine Massendemonstration gegen die Aggressionsakte Großbritanniens und die Unterstützung Washingtons für London statt.

Foto: UPI—TASS

rez de Cuellar, eine Feuereinstellung und Friedensverhandlungen zu erreichen, scheiterte.

Die Entwicklung im Südatlantik hat tief Spuren im politischen Leben Argentiniens hinterlassen. Ihr gilt die Hauptaufmerksamkeit aller Zeitungen und Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehsender. In den Beiträgen der hiesigen Massenmedien ist immer wieder davon die Rede, daß die Argentinier nach einer friedlichen Regelung streben und so schnell wie möglich Verhandlungen aufnehmen wollen. Zugleich gibt die Presse deutlich zu verstehen, daß sich Argentinien nicht auf einseitige Zugeständnisse einzulassen gedenkt und keine erniedrigenden Bedingungen Großbritanniens hinnehmen wird.

Die argentinische Regierung strebt auf allen politischen und diplomati-

ZEHN JAHRE ILLUSIONEN

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri TAWROWSKI

Im September d. J. wird der zehnte Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VR China begangen. Obgleich das eigentliche Jubiläum erst in gut drei Monaten steigen wird, laufen in Tokio Festveranstaltungen schon auf vollen Touren. Als „Höhepunkt“ des Jubiläumsprogramms galt der offizielle Besuch Zhao Ziyangs, Premier des Staatsrates der VR China, vom 31. Mai bis 5. Juni. Der Zeitplan des Besuchs sollte den Massenmedien möglichst viele Anlässe zur Darstellung der Begegnungen und Reisen des chinesischen Regierungschefs geben: offizielle Verhandlungen mit Premierminister Zenko Suzuki, Höflichkeitsbesuche beim Tenno und bei Ex-Premier Tanaka, ein Gespräch mit den Führern des Big Business, Fernsehauftritte, eine Pressekonferenz und ein Zusammentreffen mit japanischen Bürgern chinesischer Abstammung. Zhao Ziyangs Reise wurde von lärmenden Demonstrationen antikommunistischer Gruppierungen begleitet, die durch die Hauptstadt mit riesigen Flaggen Taiwans und mit für die VR China beleidigenden Slogans fuhren.

Anfangs wurde über die chinesische Delegation sehr viel geschrieben, doch sobald der offizielle Teil des Besuchs vorüber war, rutschten die Besuchsmeldungen von den Titelseiten in den Innenteil und verschwanden dann ganz. In privaten Gesprächen gestehen japanische Chinaluxen ein, daß die Reise des chinesischen Premiers die in sie von den Japanern gesetzten Hoffnungen nicht erfüllte. Von Zhao Ziyang wurde eine Antwort auf zwei Hauptfragen erwartet: erstens die Zukunft der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und zweitens die langfristigen Aussichten für die japanisch-chinesische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die japanische Führung unterstreicht ständig, daß sich die japanisch-chinesischen Beziehungen nicht selbstständig, sondern im Rahmen der westlichen Gesamtstrategie gegenüber China entwickeln. Nicht von ungefähr nahm Japan, das bereits vor 1972 recht ausgedehnte wirtschaftliche und andere Beziehungen zur VR China unterhalten hatte, diplomatische Beziehungen zu Peking erst nach den USA auf. Diese abhängige Position wurde erneut am

Vorabend des Besuchs des chinesischen Premiers bekräftigt. „Die Diplomatie Japans basiert auf der Unterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den USA“, schrieb die „Mainichi Daily News“. „Und seine Beziehungen zu China gestalten sich in diesen Grenzen.“ Deshalb unternahm die Tokioter Führung Anstrengungen zur Festigung der chinesisch-amerikanischen Bande.

Was die Wirtschaftsprobleme angeht, so konnte Zhao Ziyang nicht einmal die konkreten Kennziffern für die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft in den kommenden fünf bis zehn Jahren nennen. Der chinesische Gast gab nur allgemeine Worte und Aufrufe zu verstärkter Zusammenarbeit von sich. Wie die „Yomiuri“ konstatierte, ist davon auszugehen, daß China den „Kurs der Versuche und Fehler“ verfolgen wird.

Neben der Erörterung der bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen tauschten beide Regierungschefs ihre Ansichten zur Weltlage aus. Zhao Ziyang nahm eine harte antisowjetische Haltung ein und attackierte schärfstens die SRV. Bezeichnenderweise versäumte Premier Zhao Ziyang nicht, dazu aufzurufen, „sich zum Widerstand gegen das sowjetische Expansions- und Hegemoniestreben zu vereinen“. Der Meinungsaustausch, betonte die Tokioter Presse, sei besonders wichtig angesichts des bevorstehenden „Weltwirtschaftsgipfels“ in Versailles gewesen, wo Suzuki bemüht war, das große Interesse der führenden Politiker der mächtigsten westlichen Länder an der Haltung der VR China zu den bedeutendsten internationalen Fragen zu befriedigen.

Zhao Ziyangs Besuch dürfte kaum zu einem Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen werden. Eher dürfte er nur gezeigt haben, daß beide Seiten recht begrenzte Nahziele proklamierten. Japan beabsichtigt offenbar, auch in Zukunft die ihm im Rahmen der imperialistischen „Arbeitsteilung“ auferlegte Aufgabe zu erfüllen, der derzeitigen „pragmatischen“ Führung in Peking umfassende Wirtschaftshilfe zu geben, um die chinesische Wirtschaft weiter in das kapitalistische Weltsystem hineinzuziehen und die allseitige Abhängigkeit der VR China von der „freien Welt“ zu verstärken. Zu-

gleich will Tokio aus den derzeitigen Gegensätzen in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen gewisses politisches Kapital herausschlagen, indem es zum Vermittler bei den Versuchen einer Überwindung der Differenzen wird. Die japanischen Monopole suchen offenbar ihre amerikanischen und westeuropäischen Konkurrenten auszustecken, besonders bei der Prospektierung und Ausbeutung von Kohle, Erdöl und anderen Bodenschätzen.

China sieht in Japan vor allem eine Quelle von Geldern, Technik und Technologie, die zur Verringerung der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erforderlich sind. Zudem weist Peking Japan nach wie vor einen wichtigen Platz in seinen geopolitischen Plänen zu. Die anhaltenden Appelle für wachsende Rüstungsausgaben Tokios, die Verstärkung der Kampfkraft der „Selbstverteidigungskräfte“, die Nutzung des „Antihegemonie“-Artikels des „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ von 1978 zur Einwirkung auf die japanische Politik gegenüber der UdSSR und den Ländern Indochinas sowie die Anstachelung Tokios zur Festigung der militärpolitischen Beziehungen zu den USA sagen viel: zum Beispiel, daß Japan in die „Struktur eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Sowjetunion“ hineingezogen werden soll. Diese weitere, Anfang 1981 erfundene Konzeption der Pekinger Strategen sieht „koordinierte Aktionen der USA, Japans und Chinas“ und die weitere Festigung der militärpolitischen Kontakte im „Pazifikkreis“ Washington—Peking—Tokio vor. Die Pekinger Politiker wollen nicht nur politische, sondern auch militärische Beziehungen zum Nachbarn im Osten herstellen. Im vergangenen Jahrzehnt haben Japan und China Dutzende Militärdelegationen ausgetauscht. In Peking wird großes Interesse an den Spitzenleistungen der japanischen Funktechnik und Elektronik, an Computern, Lasern, Rakettentechnik und der Technologie der Wartung von Nuklearreaktoren bekundet. Modernste Computer für das Nuklear- und Raketenprogramm der VR China wurden bereits angekauft und aufgestellt. Die „Mainichi Daily News“ teilte mit, japanische Experten würden wahrscheinlich bei der Errichtung eines Nuklearreaktors in China helfen. Das besondere Interesse der chinesischen Diplomaten in Tokio findet die in Japan entfachte Diskussion über die Verfassungsmäßigkeit des Exports von Waffen und von militärisch verwendbarer Technologie. Wenn dem japanischen Militär-Industrie-Komplex grünes Licht für solche Lieferungen in die USA gegeben

wird, dann müßte möglicherweise auch China nicht mehr lange warten. Natürlich sind vollwertige militärische Verbindungen zwischen Japan und China einstweilen nur eine Möglichkeit. Doch ganz offenbar gibt es in Peking und Tokio nicht wenige Leute, die diese Möglichkeit zur Realität werden lassen möchten. Der neue chinesische Botschafter in Tokio, Song Zhiguang, erklärte japanischen Journalisten in einem Interview, er sehe eines der Hauptziele seiner Mission in der „starken Zunahme der Kontakte und des Austausches auf militärischem Gebiet“.

Wenn man japanische Zeitungen von vor zehn Jahren durchblättert, trifft man häufig auf Artikel, in de-



1978: Deng Xiaoping und der damalige japanische Premier Takeo Fukuda nach der Ratifizierung des „Friedens- und Freundschaftsvertrages“. Die Verfechter einer japanisch-chinesischen Annäherung rechneten mit großen wirtschaftlichen wie politischen Dividenden...

Foto: Nachrichtenmagazin „Time“ (USA)

nen die Aussichten des China-Han- dels in den rosigsten Farben gemalt wurden. Heutige Publikationen zum gleichen Thema hingegen sind durchgehend sehr skeptisch gehalten.

In Peking wird der Japanhandel mit einer Einbahnstraße verglichen — das Gesamtdefizit der VR China im Handel mit Tokio betrug in den zehn Jahren fast 8 Md. Dollar. Allerdings erreichte China 1981 erstmals in dieser Zeit einen Handelsbilanzüberschuß von 200 Mio. Dollar. Doch das erklärt sich nicht durch günstige Strukturwandelungen des Warenaustausches, sondern durch die starke Drosselung des Ankaufs von Stahl und Maschinen in Japan. Den Grund dafür sehen hiesige Experten in den wirtschaftlichen Problemen der VR China, in der veränderten Volkswirtschaftsstrategie.

Nicht weniger Klagen gibt es auch auf der japanischen Seite. „Die wirtschaftlichen Tendenzen in China und die Absichten seiner Handelsorgani-

sationen sind ebenso schwer zu pro- phezeien wie ein Erdbeben“, sagte mir der Chef eines der größten Tokioter Handelshäuser, der viele Jahre im China-Geschäft tätig ist. Das Fehlen realistischer Pläne der Wirtschaftsentwicklung führt zu einem ständigen Hin und Her im Außenhandel und zu unerwarteten Absagen von Lieferungen bereits angekaufter Waren. In den letzten Jahren wurde der bilaterale Handel mehrmals stark erschüttert, wobei Dutzende japanische Klein- und Mittelfirmen bankrott gingen. Das anschaulichste, wenn auch bei weitem nicht einzige Beispiel ist die Pleite mit der Beteiligung Japans am Bau des Hüttenkomplexes von Baoshan. Die japanischen Vertragsfirma, die Aufträge von ca. 0,5 Md. Dollar erhalten und bereits mit der Zulieferung der bestellten Anlagen begonnen hatten, erfuhren, zudem aus der Presse, daß die chinesische Seite die Kontrakte storniert hatte.

Große Enttäuschung rief in Japan die Unfähigkeit der VR China her- vor, die übernommenen Verpflich- tungen zu erfüllen und 9,5 Mio t Erdöl 1981 und 15 Mio t 1982 zu lie- fernen. Die Enttäuschung der japanischen Geschäftsleute war besonders groß, weil sie in den 70er Jahren, als die Preise für das Nahostöl rapide kletterten, nur zu gern an ein „chi- nesisches Ölwunder“ glauben wollten und durch Druck auf die OPEC mit der Möglichkeit, sich auf billigeres chinesisches Erdöl umzustellen, eine Senkung der Preise durchzusetzen hofften. Diese Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen — gegenwärtig beträgt Chinas Anteil am japanischen Ölimport nur 3,6%.

Es gibt auch andere Gründe, über die Zukunft der japanisch-chinesischen Beziehungen nachzudenken. Bislang bleibt die Frage der Zugehörigkeit von Inseln im Ostchinesischen Meer, die von den Japanern Senkaku-Inseln und von den Chine- sen Diaoyudao-Inseln genannt werden, offen. Beide Länder beanspruchen diese Inselgruppe, genauer gesagt, die möglicherweise ölreichen Gewässer um das Archipel.

Nicht weniger Explosionsstoff bergen auch die Verbindungen zu Tai- wan, die sich trotz des Abbruchs der offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen all diese Jahre weiterhin zügig entwickelten. So gibt es in Tokio fast doppelt soviel taiwanische Handelsvertreter, Journalisten und Diplomaten (bezeichnet als „Mitarbeiter inoffizieller Institu- tionen“) wie aus der VR China. Die Route Tokio—Taipéh wird bedeutend intensiver beflogen als die Strecke Tokio—Peking. Touristenreisen nach Taiwan sind bei den Japanern beson- ders beliebt, und Einwohner

Taiwans kommen zu Tausenden nach Japan, um elektronische Geräte billiger als bei sich zu Hause einzukaufen. Auch der bilaterale Han- del floriert. Unter den Großprojekten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei besonders auf den Kontrakt zwischen den japanischen Autogigan- ten Toyota und Nissan sowie dem der Regierung Taiwans gehörenden Konzern China Steel verwiesen.

Ungewißheit über die Zukunft der Beziehungen zu China ist jetzt für viele Schichten der japanischen Ge- sellschaft kennzeichnend. Die Zeitung „Yomiuri“ schrieb: „Die jähren Veränderungen in der chinesischen Politik rufen nicht nur Verwirrung in der japanischen Geschäftswelt her- vor, sondern untergraben überhaupt das Vertrauen zu China...“

Derartige Stimmungen sind natür- lich kein Geheimnis für Peking. Dort hat man eine ganze Reihe von Maß- nahmen geplant, die das wachsende Mißtrauen wenn schon nicht völlig beseitigen, so doch zumindest ab- schwächen sollen. Aus verständli- chen Gründen wird der einstige Trumpf der „unbegrenzten Möglich- keiten des chinesischen Marktes“ nicht mehr ausgespielt. Jetzt sind niedrigere Werte im Umlauf. So wird auf jede Weise die Gemeinsam- keit der Schriften, einiger anderer Elemente der Kultur, der Philoso- phie und der Religionen betont.

Die Pekinger Japan-Experten, die bei breiten Schichten des japanischen Volkes positive Emotionen für China auslösen wollen, richten ihre Anstrengungen gleichzeitig auf die Be- arbeitung der herrschenden Kreise Tokios. Hierbei ist die Hauptmethode, Angst und Haß gegenüber der Sowjetunion zu schüren und zu sug- gerieren, Japan werde ohne den „Schutz“ durch Amerika und China ein Opfer des „sowjetischen Expan- sionismus“. Unlängst meldete die Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin, sie habe ein Geheimdokument des ZK der KPCh mit Prognosen für die Entwicklung der internationalen La- ge und Empfehlungen für konkrete politische Aktionen erhalten. Insbesondere wird dort vorgeschlagen, „die Ängste in Japan vor der sowjetischen militärischen Bedrohung auszunutzen, um finanzielle und technische Hilfe bei der Verwirkli- chung der Modernisierungspro- gramme Chinas zu erhalten.“

Das Streben, die eigenen Probleme auf Kosten des Partners zu lösen, ihn im politischen Spiel übers Ohr zu hauen und auszunutzen, gegen- seitige Verdächtigungen und die Nichteinhaltung übernommener Ver- pflichtungen — so sehen die japanisch-chinesischen Beziehungen heu- te aus.
Tokio

WISSENSCHAFTLER UND FRIEDEN

Prof. Sergej KAPIZA

Umfang und Charakter der Antikriegsbewegung in Westeuropa stehen im Brennpunkt der Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit. Sie wird von manchen unerwartet, von anderen unerklärlich genannt. Dritte wollen ihr Entstehen dem Einfluß Moskaus zuschreiben.

In Wirklichkeit ist sie ein durchaus folgerichtiges Resultat des Kampfes der sozialen Kräfte, die schon lange Besorgnis über die Folgen des von den imperialistischen Kreisen aufgezogenen Wettrüstens empfinden.

Nichts Verwunderliches ist auch daran, daß bei der Entwicklung der Bewegung gegen den Krieg, für eine festere Völkerfreundschaft bedeutendste Wissenschaftler — Menschen, die sich besser als andere Rechenschaft darüber ablegen, daß eine Kernkatastrophe verhütet werden muß — eine große Rolle gespielt haben und auch jetzt spielen.

Zu diesen Persönlichkeiten zählte der kürzlich verstorbene bekannte Publizist und Kulturpolitiker Großbritanniens Lord Ritchie-Calder, der jahrelang Ehrenpräsident der Gesellschaft Schottland-UdSSR war.

Er trat seine Laufbahn bei einem Provinzblatt als Reporter für Tatortberichte an. Obwohl er keine systematische Bildung erhalten hatte, wurde er später ein bekannter wissenschaftlicher Publizist, Professor der Staatswissenschaften, der als angesehene Persönlichkeit sein Land bei vielen Weltorganisationen repräsentierte. Er verfaßte über 30 Bücher. Sie wurden in 40 Ländern herausgegeben. Lord Ritchie-Calder war also ein hervorragender Sohn seines Volkes. Im Gedenken an diesen vielseitig begabten Mann wurde im britischen Parlament eine Sitzung abgehalten. Dazu versammelten sich in dem altägyptischen, in gotischem Stil gehaltenen Großen Saal der Ausschüsse von Westminster die Mitglieder des Parlaments, Staatsmänner, namhafte Teilnehmer am öffentlichen Leben, Wissenschaftler sowie Freunde und Verwandte Lord Calders. Auch der



Schreiber dieser Zeilen war anwesend.

Als der junge Journalist Ritchie-Calder vor einem halben Jahrhundert über wissenschaftliche Themen zu schreiben begann, waren die meisten der Ansicht, daß der beste und sicherste Weg zum Fortschritt über die Wissenschaft — über die exakten Kenntnisse — führt. Die Wissenschaft war unterhaltend, man schrieb interessiert über sie, und all das Wunderbare, das sie verhieß, flößte niemandem Besorgnis ein.

Dieser jugendliche Optimismus in der Popularisierung der Wissenschaft stammte noch aus dem 19. Jahrhundert, und eigentlich von noch früher, als große technische Erfindungen die Epoche der Industrievolution einleiteten. Die reine Wissenschaft entwickelte sich damals mehr oder minder von selbst, als Bestandteil der Kultur, und trug nur indirekt zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Erst mit dem Anbruch des Zeitalters der Elektrizität und mit der Entwicklung der chemischen Industrie begannen die Grundlagenwissenschaften die Produktion direkt zu beeinflussen.

Heute ist dieses Bündnis von Wissenschaft und Technik eine allgemeine Erscheinung. Groß sind die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte: die moderne Elektronik, die zur Radartechnik, zum Fernsehen und zu den EDV-Anlagen geführt hat; ferner die Biochemie und Biologie, die anfangs das Penicillin ergaben und jetzt zur Genentechnik geführt haben; und schließlich die Kernenergie und die Atombombe, die Düsenflugzeuge und Raketen und der Vorstoß in den Kosmos.

Heute spielt die Wissenschaft in der Welt eine so bedeutende Rolle, daß von Zeit zu Zeit Versuche gemacht werden, die Zukunft wissenschaftlich zu prognostizieren.

Zukunftsprognosen hängen mit der Lösung globaler Probleme wie Energetik, Naturressourcen, Umwelt, Ernährung, Demographie und nicht zuletzt mit dem Frieden und der Abrüstung zusammen. Einer der er-

Lord Ritchie-Calder [dritter von links sitzend] unter Teilnehmern eines sowjetisch-schottischen Wissenschaftertreffens in Edinburgh von Oktober 1981

sten, die ihre Tragweite erkannten, war Lord Ritchie-Calder.

Globale Probleme müssen international erforscht werden. Gegenwärtig befassen sich damit nur sehr wenige internationale Institute, wenige im Vergleich zum Ausmaß der eventuellen Folgen. Es wäre verfrüht anzunehmen, daß irgendwelche endgültige Varianten schon gefunden seien. Die erzielten Resultate und erarbeiteten Methoden zeigen deutlich sowohl die Tragweite dieser Probleme als auch den Umstand, daß die Menschheit nur sehr wenig Zeit zu ihrer Lösung hat.

Eine Reihe großer Länder leisten auf nationaler Basis schon einschlägige Arbeiten und trifft bereits konkrete Maßnahmen. Das gilt besonders für die Energetik und den Umweltschutz. Betrachten wir aber einen transnationalen Faktor wie z. B. die Zunahme des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre, so muß ausdrücklich gesagt werden, daß außer der Untersuchung dieser komplizierten und höchst besorgnisregenden Erscheinung nur ganz wenig getan ist. Die Menschheit muß

JOURNALISTENTREFFEN

Am 31. Mai und 1. Juni 1982 fand Leningrad ein erneutes Treffen sowjetischer und finnischer Journalisten statt. Erörtert wurde die Zusammenarbeit zwischen Journalisten Finnlands und der Sowjetunion und ihre Perspektiven. Rund 50 Diskussionsteilnehmer tauschten ihre Sichten zu Fragen der sowjetisch-finnischen Beziehungen und zu aktuellen Weltproblemen aus, wobei der Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone in Nordeuropa besondere Beachtung galt. Wie bei solchen Begegnungen üblich, trugen die offenen, in einer sachlichen und freundschaftlichen Atmosphäre

sich noch global mit der Erschließung der Ressourcen des Weltmeers befassen. Besonders wichtig ist die Wissenschaft für eine beschleunigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung der frei gewordenen Staaten. Mit allen diesen Problemen hat sich Lord Ritchie-Calder viel beschäftigt.

Es besteht eigentlich noch kein internationaler Mechanismus zur Beurteilung der Schlußfolgerungen, und wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie die erhaltenen Empfehlungen in die Tat umgesetzt werden sollen. Es ist jedoch klar, daß zuallererst das gesellschaftliche Bewußtsein darauf vorbereitet werden muß. Durch das Behandeln globaler Probleme schaffen wir eine allgemeine wissenschaftliche Grundlage für die Politik der Entspannung und Koexistenz. Wenn die Wissenschaftler sie aber breiten Bevölkerungsschichten wie auch Staatsmännern erläutern, müssen sie sich selbst einen neuen Denkstil aneignen.

Für den Wissenschaftler erfassen diese Probleme mehrere Disziplinen auf einmal, d. h. sie sind interdisziplinär. In unserem Zeitalter einer intensiven Spezialisierung müssen wir noch viel lernen, wie die Bemühungen nicht nur der exakten, sondern auch der Gesellschaftswissenschaften zusammengefaßt werden sollen. In diesem Zusammenhang möchte ich zitieren, was der Dichter Tschechow vor fast 100 Jahren sagte: „Die Humaniora werden das menschliche Denken nur dann befriedigen, wenn sie in ihrer Bewegung mit den exakten Wissenschaften zusammentreffen und neben ihnen hergehen werden.“

Wissenschaftler, die die exakten Wissenschaften und die Humaniora repräsentieren, müssen an den wichtigsten Problemen unserer Zeit zusammenarbeiten. Sollten wir das nicht erreichen können, dann werden wir außerstande sein, gebührend auf die Anforderung zu re-

agieren, die die wissenschaftlich-technische Revolution an die ganze Menschheit gestellt hat.

Bei uns in der Sowjetunion müssen wir, wie ganz klar aus Stellungnahmen der KPdSU hervorgeht, die Erkenntnisse der modernen Wissenschaft und Technik mit den Vorteilen des sozialistischen Systems verbinden. Das ist die Generallinie unserer Entwicklung. Deshalb wird die Frage nach dem unmittelbaren Nutzen der Wissenschaft, nach der Benutzung ihrer Resultate zur Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen so nachdrücklich gestellt. Die Wissenschaft, namentlich die Grundlagenwissenschaft, ist heutzutage eine globale kulturelle Erscheinung. Sie überschreitet die Grenzen. Die angewandten Wissenschaften sind viel enger mit dem Wirtschaftssystem des einen oder anderen Landes verbunden.

Bei der Diskussion über wissenschaftliche und soziale Probleme gibt es noch einen Faktor, über den wir sprechen müssen. Es ist der Mensch selbst. Die Behandlung der globalen Probleme wird dadurch erschwert, daß sie vornehmlich überpersönlicher Natur ist. Inwiefern wirkt sich der zunehmende Kohlendioxidgehalt der Atmosphäre auf den persönlichen Entschluß zum Kauf eines Autos aus? Wie wirken demographische Kenntnisse auf die Gründung einer Familie? Solche Fragen mögen unangebracht sein, und ich höre einen Gesellschaftswissenschaftler schon einwenden, daß wir es mit statistischen Durchschnittszahlen zu tun haben, die sich aus der Wirkung der Kräfte des freien Marktes oder aber der „sichtbaren Hand“ der Planwirtschaft ergeben, und nicht mit einer Summe von Einzelbegründungen, ebenso wenig wie mit dem summierten Verhalten von Einzelpersonen. Ich bin aber sicher, daß der Maßstab und das scheinbar Abstrakte dieser Fragen zu einem

persönlichen Desinteresse und dazu führen, sich ihrer Stellung zu entziehen. Es ist die erste natürliche Reaktion des Menschen, an Undenkbare nicht zu denken.

Die gesellschaftlichen Institutionen, unsere Gewohnheiten und der Mensch selbst haben die kolossale Fähigkeit, sich neuen Verhältnissen und neuen Anforderungen anzupassen. Das hat aber offenbar eine Grenze, an der wirkliche Veränderungen notwendig werden.

Heutzutage führt das unterschiedliche Tempo des wissenschaftlich-technischen und des sozialen Fortschritts dazu, daß für die Wachstumsgrenzen vielleicht nicht unsere Ressourcen bestimmt sind, sondern eher der Mensch selbst. Einerseits erblicken wir seinen unzureichenden Kontakt mit der Wissenschaft und der Wirklichkeit im Überhandnehmen einer Pseudo- oder Antiwissenschaft, in verschiedenerlei Irrationalitäten der modernen Mystik. Andererseits gewinnen die ethischen Probleme, die moralischen Fragen, die die Wissenschaft anschneidet, stetig zunehmende Bedeutung. Die Routine in den gesellschaftlichen Instituten und im Bildungswesen sowie das äußerst Komplizierte der wirtschaftlichen Systeme führen oft dazu, daß die Persönlichkeit ihr Gleichgewicht verliert, dazu, daß sich der Mensch angesichts der ihm unlösbar scheinenden Gegenwartsprobleme in sich selbst zurückzieht.

Eins der unheimlichsten ist jetzt die Kernkriegsgefahr. Es gibt kein krasseres Beispiel eines Mißbrauchs von Wissenschaft und Technik als die Verwendung der bedrohlichsten aller uns bekannten Kräfte zur Vernichtung des Menschen. Es gibt keine schrecklicheren Menschen als gewisse Politiker, die offenbar jeden Begriff von menschlichen Wer-

ten Diskussionen zur weiteren Verfehlung des Verständnisses und Vertrags zwischen den Journalisten beider Länder bei. Sehr nützlich war der fruchtbare Erfahrungsaustausch. Bei der Diskussion herrschte volle Übereinstimmung darüber, daß große Möglichkeiten der verstärkten Einflußnahme der Massenmedien auf die weitere günstige Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Finnland und der DDR im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Nordeuropa und in der Welt bestehen.

Die Teilnehmer faßten einmütig einen Appell an die 2. Abrüstungskonferenz der UNO, in dem die Hoffnung auf Ausdruck kommt, die Tagung wer-

de der Lösung des Abrüstungsproblems, der Erhaltung des Weltfriedens und der Entwicklung einer breiten Antikriegsbewegung neue Impulse geben.

Auf den Plenarsitzungen und in drei Sektionen wurden Wege zur weiteren Realisierung der Abkommen über Zusammenarbeit zwischen den Journalistenverbänden beider Länder besprochen. Die Teilnehmer stimmten darin überein, zur Steigerung der Rolle der Massenmedien bei der weiteren Vertiefung der sowjetisch-finnischen Beziehungen müßten:

eine objektive Information über die Beziehungen zwischen beiden Ländern und die Lebensweise unserer Völker verbreitet werden;

neue Formen der beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Informationsgabe und in anderen Bereichen gesucht und — jeder an seinem Platz — unterstützt werden;

ständig und konsequent gegen alles aufgetreten werden, was der günstigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Ländern schaden könnte;

alle Aktivitäten für Frieden, Abrüstung und vorteilhafte Zusammenarbeit der Völker in zuverlässiger Sicherheit gefördert und unterstützt werden;

alle Aufgaben im vollen Bewußtsein der Verantwortung vor den Zeitgenossen wie vor den kommenden Generationen erfüllt werden. ■

ten eingebüßt haben und diesen Prozeß aufheizen. Wir müssen uns restlos darüber klar sein, daß es in einem begrenzten oder unbegrenzten Weltkrieg, in dem die Kontinente nur als Kriegsschauplätze und einzelne Völker nur als Geiseln angesehen werden, keinen Sieger geben kann.

Die Wissenschaftler und die Militärexperten sind verpflichtet, die Menschen über die unmittelbare Gefahr für unser Leben zu informieren, die die Massenvernichtungswaffen, besonders die nuklearen, darstellen. Das ist ein hochwichtiges wissenschaftliches und soziales Problem von heute. Der Frieden ist die unbedingte Voraussetzung für eine Entwicklung. Er ist unteilbar, und für ihn ist jeder von uns verantwortlich, ganz besonders aber diejenigen, die die Völker repräsentieren und in ihrem Namen sprechen. Unter den rastlosen Verfechtern von Frieden und Abrüstung befand sich ständig Lord Ritchie-Calder.

Er hat Moskau oft besucht. Seine Beisteuer zur Verständigung war konkret und real. Seine Aufgeschlossenheit und Klugheit wie auch sein Humor haben dazu beigetragen, zu vielen Fragen, die uns trennen, eine gemeinsame Sprache zu finden. In seiner Person haben wir einen prächtigen, gutgewillten Menschen verloren.

Zum letzten Mal sah ich ihn 1980 bei einem Pugwash-Kolloquium in der Umgegend von Wien. Es war das erste Kolloquium über die Rolle der Massenmedien bei der Verhütung eines Kernkriegs. Herkömmlicherweise vermeiden die an der Pugwashbewegung beteiligten Wissenschaftler ein großes Aufsehen. Dort waren aber zum ersten Mal Vertreter der Massenmedien, Angehörige des sogenannten vierten Standes, als mit allen Rechten ausgestattete Teilnehmer der Diskussion über eins der schwierigsten Probleme für Ost und West hinzugezogen worden. Dank seiner großen Erfahrung hat Lord Ritchie-Calder viel dafür getan, eine Verständigung zwischen den nicht allzu befreundeten Welten der Wissenschaft und der Massenmedien bei ihrem ersten solchen Zusammentreffen herbeizuführen. Die

interessanteste Äußerung tat er aber am Ende des Kolloquiums. Er sprach prophetisch darüber, wie wichtig die Rolle ist, die die öffentliche Meinung über eine Aufstellung von Kernwaffen in Europa spielen kann. Mit einem geradezu seherischen Weitblick erklärte er, daß die Völker selbst auf den Plan treten und ihr Wort sprechen müssen. Heute sehen wir, wie recht er hatte.

Auf seine Initiative wurden unter der Ägide der Universität Edinburgh Treffen sowjetischer und schottischer Wissenschaftler, Ärzte und einflußreicher Teilnehmer am öffentlichen Leben veranstaltet. Das jüngste fand im Herbst 1981 in Schottland statt und hatte das Thema „Die Überlebenschance im Kernzeitalter“. Die anwesenden Spezialisten verschiedener Wissensgebiete, die Experten für internationale Beziehungen und strategische Fragen gelangten ohne jede Ausnahme zu dem Schluß, daß der politische Dialog über die lebenswichtigen Gegenwartsfragen unbedingt fortzusetzen ist und daß alle bisher erzielten Resultate aufrechterhalten werden müssen. Der Ersteinsatz von Kernwaffen durch irgendein Land ist rückhaltlos zu verurteilen. Und schließlich haben die Experten zur Fortsetzung der sowjetisch-amerikanischen Genfer Verhandlungen aufgerufen, die zu einem wirklichen Abbau der militärischen Konfrontation führen müssen. Diese in der Londoner „Times“ und in anderen Blättern veröffentlichten Erklärungen kann man als das Vermächtnis von Lord Ritchie-Calder ansehen.

Als Publizist und Teilnehmer am öffentlichen Leben besaß Lord Ritchie-Calder die außergewöhnliche Fähigkeit, Kontakte anzubauen. Er war von einem nie versiegenden Optimismus und guten Willen. Das machte seine Persönlichkeit so stark. So mächtig die Wissenschaft und so überzeugend ihre Logik heute auch sein mag, wegen der sozialen Folgen, die der Fortschritt des menschlichen Denkens hat, werden Aufklärer wie Lord Ritchie-Calder, dieser aufrichtige Verfechter der Ideen des wissenschaftlichen Humanismus, unbedingt gebraucht.



In den Informationen über den Falkland-Konflikt wird oft die Insel Ascension erwähnt. Berichten Sie darüber ausführlicher.

E. BELOWA,
Tambow, RSFSR

Die Insel Ascension wurde 1501 von portugiesischen Seefahrern entdeckt. Im Zentrum des Atlantiks, 6000 Kilometer entfernt von den Falkland-Inseln (Malwines) gelegen, stellt sie ein 88 km² großes Vulkanplateau dar, übersät von mit tropischen Wäldern bedeckten Maaren.

Die ersten Siedler kamen hier erst 1815 an, als Napoleon auf die ein wenig südlicher gelegene Insel St. Helena verbannt wurde. In den folgenden Jahren wurde die Insel eine englische Kolonie und spielte keine besondere Rolle. Erst während des 2. Weltkrieges legten die USA hier eine Landebahn und dann einen Luftwaffenstützpunkt an.

Nach dem Krieg stieg die Einwohnerzahl, von denen die meisten im Verwaltungszentrum und Hafen Georgetown siedelten, auf 1000 Personen. Georgetown wurde zu einem wichtigen Verbindungszentrum. Mit Zustimmung Englands richteten dort die USA eine Bodenkontrollstation für interkontinentale ballistische Flugkörper ein. England stationierte auf der Insel eine BBC-Funküberwachungsstelle, eine Fernsprechzentrale und eine Funkstation zur Überwachung der Schiffswege.

Der Luftwaffenstützpunkt wurde von London an die USA nach einem nicht veröffentlichten Vertrag verpachtet. Seit Anfang der Krise im Südatlantik stellt ihn das Pentagon den Engländern zur Verfügung. Jetzt ist die Insel in einen „unversenkbarer Flugzeugträger“ verwandelt worden. Sie dient England als Umschlagplatz für Munition, Militärtechnik und -ausrüstung, Ersatzteile und Treibstoff. Von hier aus starten englische strategische Bomber vom Typ „Vulkan“ gegen die Falkland-Inseln.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Bei uns im Westen entfaltete sich besonders in den letzten Jahren eine mächtige Bewegung für Frieden und Abrüstung. Sie ist ein Druckmittel, das die Regierungen zu Zugeständnissen zwingt. Nehmen Sie allein die Tatsache, daß die Regierungen Belgiens und Hollands die endgültige Entscheidung über die „Euroraketen“ verschoben haben. Was den Begriff „Friedensbewegung in der UdSSR“ anbetrifft, so ist das für mich keine Abstraktion.

B. SAMUELSON,
Kopenhagen, Dänemark

Es diskutiert
der Sekretär
des Sowjetischen
Friedenskomitees
Sergej
GRIBKOW



Werter Herr Samuelson! Bevor ich auf die in Ihrer Behauptung verborgene Frage eingehe („Gibt es denn überhaupt eine Friedensbewegung in der UdSSR?“), möchte ich einige Überlegungen darüber anstellen, warum noch ziemlich oft und bei vielen Menschen im Westen irrite Vorstellungen über verschiedene Aspekte des gesellschaftspolitischen Lebens in unserem Lande vorhanden sind.

Es geht darum, daß das Leben der Sowjetbürger und ihre Initiativen in den Massenmedien der kapitalistischen Länder zu kurz kommen. Es nimmt deshalb nicht wunder, daß Ihnen über die organisierte Friedensbewegung in der UdSSR nichts bekannt ist, obwohl sie bereits einige Jahrzehnte, seit der Unionskonferenz der Friedensanhänger 1949, auf der das Sowjetische Friedenskomitee (SFK) gegründet wurde, existiert. Das ist eine freiwillige gesellschaftliche Organisation, die die friedeliebenden Bestrebungen von Millionen Sowjetmenschen, ihre Entschlossenheit zur Festigung des Friedens auf der Erde allseitig beizutragen, bekundet.

Die sowjetische Friedensbewegung ist die größte gesellschaftliche Bewegung in unserem Lande. Sie vereint jugendliche und ältere Menschen, Mitglieder der KPdSU und Parteilose, Arbeiter, Kolchosbauern, Intellektuelle, Atheisten und Gläubige, Vertreter aller Nationen und Nationalitäten. Sie initiiert wiederholt Massenkampagnen gegen den Krieg.

Vom Massencharakter der sowjetischen Friedensbewegung zeugt der riesige Aufschwung, den in der UdSSR Unterschriftensammlungen unter dem Stockholmer Appell angenommen haben. So setzten unter den ersten Stockholmer

Appell über die Ächtung der Atomwaffen (1950) 115 Millionen Sowjetbürger ihre Unterschrift. Den zweiten Appell für die Einstellung des Wettrüstens, für Abrüstung (1975) unterzeichnete praktisch die gesamte erwachsene Bevölkerung des Landes. Vom Einfluß unserer Bewegung spricht folgende Tatsache: Es war das Sowjetische Friedenskomitee, auf dessen Initiative der Oberste Sowjet der UdSSR 1951 das Gesetz über das Verbot der Kriegspropaganda und die Bestrafung von Personen, die sie betreiben, verabschiedet hat.

Unser Komitee ist im wahrsten Sinne des Wortes eine gesellschaftliche, nicht-staatliche Organisation (in den Republiken, Regionen und Gebieten gibt es ebenfalls über 100 Friedenskomitees). Das SFK wird nicht von der Regierung finanziert, es erhält keine Zuschüsse aus dem Staatshaushalt. Seine Tätigkeit wird aus den Mitteln des Sowjetischen Friedensfonds finanziert. Das ist ebenfalls eine gesellschaftliche Organisation. Ihr fließen freiwillige Geld- und andere Beiträge von einzelnen Sowjetbürgern und Kollektiven zu. An der Bewegung zur Förderung des Friedensfonds beteiligen sich Dutzende Millionen von Menschen. Gegenwärtig gibt es im ganzen Lande über 350 000 freiwillige Kommissionen zur Förderung des Fonds mit etwa 5 Millionen Mitgliedern.

Die letzte Kampagne der sowjetischen Friedensfreunde war die Aktionswoche für Frieden, gegen die thermonukleare Gefahr, die in der UdSSR vor Beginn der 2. UNO-Sondertagung für Abrüstung stattgefunden hat. In den Städten und Dörfern wurden Umzüge, Kundgebungen, öffentliche Versammlungen abgehalten. Viele Betriebsbelegschaften führten „Friedenswachen“ durch und überwiesen die erarbeiteten Gelder an den Sowjetischen Friedensfonds.

Im Wolgogradener Gebiet fanden sich zu Antikriegsveranstaltungen 600 000 Menschen zusammen, im Gebiet Kemerowo (Sibirien) — 500 000, in der Region Chabarowsk (Ferner Osten) — 300 000. Man kann auch Manifestationen, Fackelzüge, Liederfeste mit Spendensammlungen für den Friedensfonds in den Städten Gorki (Wolga-Gebiet), Witebsk (Belorussland), Kaunas (Litauen), Tscheboksary (Tschuwaschien) usw. nen-

nen, an denen viele Tausende Menschen teilgenommen haben.

Während der Aktionswoche fanden über 14 000 solche Massenveranstaltungen statt. Daran beteiligten sich 48 Millionen Menschen. Die Sowjetbürger bekundeten erneut ihre Unterstützung für die friedeliebende Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates.

Tagtäglich wurde über diese Aktionen der sowjetischen Friedensanhänger in unserer Presse, im Rundfunk und Fernsehen berichtet. TASS und die Presseagentur „Nowosti“ übermittelten ausführliche Berichte ins Ausland. Zur Kundgebung von 12 000 Repräsentanten der Moskauer Öffentlichkeit, die im Sportpalast des Zentralen Lenin-Stadions abgehalten wurde, wurden auch Korrespondenten der in Moskau akkreditierten ausländischen Zeitungen und Presseagenturen eingeladen, darunter solcher großen wie UPI und AP. Interessant, ob Sie, Herr Samuelson, darüber in den dänischen Zeitschriften, die zur „großen Presse“ gehören, gelesen haben? Die Antikriegskampagne geht in der UdSSR weiter. Sie nimmt immer breitere Ausmaße an.

Sie schreiben über das „Druckmittel, das die (westlichen) Regierungen zu Zugeständnissen zwingt“. Hier muß man feststellen, daß es zwischen der Politik verschiedener Regierungen einen wesentlichen Unterschied gibt. Ich darf Sie erinnern, daß die Sowjetunion in den Nachkriegsjahren über 130 konstruktive Vorschläge zu Fragen der Begrenzung des Wettrüstens und zur Abrüstung unterbreitet hat. Ich glaube kaum, daß eine ganze Reihe einseitiger Schritte Moskaus mit dem Zweck der Verbesserung der internationalen Lage sowie neuer Friedensvorschläge, die in letzter Zeit von unserem Staatsoberhaupt Leonid Brezhnev gemacht wurden und eine Zügelung des Wettrüstens zum Inhalt haben, für Sie ebenfalls „Abstraktion“ sind. Man muß also auf jene Kräfte in der Welt „Druck ausüben“, die die internationale Spannung anheizen, jahraus, jahrein die Rüstungsspirale hochschrauben, und beileibe nicht auf die Sowjetregierung.

Ich möchte hoffen, Herr Samuelson, daß sich Ihre Vorstellungen über die Friedensbewegung in der UdSSR verändern werden, nachdem Sie sich mit den obengenannten Tatsachen vertraut gemacht haben. Wenn Sie den Wunsch haben, ausführlichere Informationen zu erhalten, wenden Sie sich bitte an die Adresse: Moskau, Prospekt Mira, 36, Sowjetisches Friedenskomitee. Meine Kollegen und ich sind gerne bereit, unsere Diskussion fortzusetzen.

PS

Auf fremde Kosten

Ex-Präsident Carter möchte gar zu gern seinen Namen verewigen. Er will eine Präsident-Carter-Bibliothek bauen lassen und hat das Bauprojekt schon bestellt. Der Bau soll die eigentliche Bibliothek, einen Konferenzsaal und einen „Präsidentensaal“ unter seinem Dach vereinigen. Die Sache soll ihn aber nichts kosten. Für den Anfang hat er die Beamten seiner früheren Präsidentenkanzlei zusammengetrommelt und sie gebeten, je 5000 Dollar zu spenden. Diejenigen, die sich aufs Vortraghalten verstehen, sollen sich zu 10 000 Dollar Nachzahlung verpflichten. Das berichtet die „Newsweek“ und fügt hinzu, die Leute seien „baß erstaunt“ gewesen.

Luft-Schloß



Fliegende Festungen, Boote und Untertassen hat es schon gegeben. Bald werde es — so berichtet die „International Herald Tribune“ — auch ein fliegendes Schloß geben. Ein saudischer Ölreich will sich nämlich, um alle anderen Krösusse der Welt auszustechen, eins bauen lassen. Er hat einen Jumbojet mit Kristallkronleuchtern, vielen echtgoldenen Einrichtungsgegenständen und anderen luxuriösen Dingen bestellt. Selbst dem Präsidenten der Firma in Florida, die sich auf die „hochindividuelle“ Ausgestaltung von Flugzeugkabinen nach dem Geschmack der Besitzer spe-

zialisiert hat, ist bei der Millionenbestellung die Spucke weggeblieben.

Lohnendes Geschäft



Der 24jährige Student Giovanni Gullace aus Kalabrien (Italien) kann von Glück sagen. Nach neun Monaten, die er in den Händen von Kidnappern war, ist er heil und ganz heimgekehrt, allerdings erst, nachdem die Angehörigen 240 000 Dollar Lösegeld herausgerückt hatten. Insgesamt wurden in Italien 1981 38 und dieses Jahr schon 14 Personen mit Lösegeldansprüchen entführt. Nicht bei allen ist die Verwandtschaft zahlungskräftig genug. In Italien sind Entführungen heutzutage ein modisches und durchaus lohnendes Geschäft.

Wer's glaubt, wird selig

In China sind viele Leute abergläubisch, was selbst die chinesische Presse zugeben muß. Sie schreibt z.B., daß sich die Bauern immer öfter an Zauberer und Hexenwirker wenden. Manche verlassen sich nicht auf die Zauberei und suchen den Himmel mit möglichst wertvollen Gaben zu bestechen. Bauern in den Nordostpro-

vinzen verbrennen beispielsweise aus Papier angefertigte Fernseherattrappen. Wieso Attrappen? Weil sie erstens keine Fernseher haben, und weil zweitens der Himmel weit ist und, wie sie hoffen, von der Täuschung nichts merken wird.

Wo ihr hingeht...

Don Santino Guglielmi, Priester in dem Städtchen Taggia (Oberitalien), merkte, daß viele seiner Schäfchen dem Gottesdienst fernbleiben — manche „aus Zerschreutheit“, andere „aus Zeitmangel“ usw. Da hatte er eine glänzende Idee: Er ging dazu über, die Messe nicht nur in der Kirche, sondern überall zu zelebrieren, wo auch nur ein paar Gemeindemitglieder beisammen sind. So hat er sie in den Schoß der Kirche zurückgeführt.

Laßt Island Island sein!



Sorgen macht den Isländern nicht nur die Gefährdung der Sicherheit ihres Landes durch die amerikanische Militärpräsenz, sondern auch die Amerikанизierung, die nicht aufhört, seitdem die ersten paar Dutzend GIs die Insel betraten. Unlängst ist die Reykjaviker Stadtverordnete Sigurbjörnsdóttir dagegen aufgetreten, daß ein neuer Nachtclub „Broadway“ heißen soll. Man habe schon allzu viele „Hollywoods“, „Manhattans“, „Dallas“ und sonstige amerikanische Lokalnamen und solle dem Klubhaber die

Lizenz erst dann erteilen, wenn er sich einen passenden isländischen Namen für sein Lokal ausgedacht haben würde

Galgenhumor



Das rasche Anschwellen der Inflation im Westen nahm die kanadische „Globe and Mail“ zum Anlaß für einen faulen Witz. Sie schreibt, heutzutage sei ein gesparter Dollar gleichbedeutend mit verlorenen 50 Cents.

Sprach-Regelung

Die Einwohner der italienischen Hafenstadt Triest, die slowenischer Nationalität sind, können wegen der Weigerung, italienisch zu sprechen, vor Gericht kommen. So erging es dem Schullehrer Samo Pahor. Er wollte zu einem Verkehrspolizisten nicht italienisch sprechen und wurde dem Gerichtsvorsitzenden vorgeführt. Dessen Fragen wollte er auch nicht italienisch beantworten, was straferschwerend ist. Der Richter hat seinen Entscheid noch nicht gefällt.

Rekorde, Rekorde...

Der mexikanische Humorist Juan Kahan beschloß, den Rekord im Witzezählen — 27 Stunden — zu brechen und es auf 30 Stunden zu bringen. Vorläufig ist er erst bei 25 Stunden angelangt.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis